



---

## Eröffnung der Stadtratssitzung

---

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Liebe Anwesende, ich eröffne die heutige Stadtratssitzung und begrüsse Sie alle, Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, des Gemeinderates sowie die Verwaltung, die Medien und Fräulein Lama und ansonsten allfällige weitere Gäste. Wir hatten heute den Sitzungsbeginn erneut auf 18.00 Uhr festzulegen, weil wir etwas gar viele Traktanden vor uns herschoben, die wir heute ganz sicher zu Ende beraten müssen. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn «sich alle einer gewissen Disziplin befleissigen» und sich dabei vielleicht überlegen, ob es wirklich nötig ist noch etwas zu sagen oder es gescheiter wäre darauf zu verzichten. Wir werden auch heute eine Pause mit Sandwiches einlegen, möchten aber dennoch alles in allem zügig durch die Traktanden gehen. Nun bitte ich Simone Burkhard Schneider, unsere Stadtratssekretärin, um den Appell.

Der Sekretärin, Simone Burkhard Schneider, wird gebeten, die Anwesenheitskontrolle durchzuführen:

- 35 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.
  - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.<sup>1</sup>
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Besten Dank. Somit stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Die Traktandenliste wurde ordnungsgemäss verschickt und auch die Aktenauflage erfolgte vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die Akten sind ebenso auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Nein, so kommen wir bereits zu Traktandum Nr. 1.

---

<sup>1</sup> 3 Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein.



## 1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialkommission (Ersatzwahl für den per 31. Oktober 2022 zurückgetretenen Ulmann Stefan [SVP])

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Unter diesem Traktandum Nr. 1 geht es um die Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialkommission und dabei um die Nachfolge des zurückgetretenen Stefan Ulmann (SVP). Die SVP schlägt als Nachfolgerin Parteikollegin Cornelia Wälchli vor. Wird der Wahlvorschlag aus der Mitte des Saals ergänzt? Es meldet sich niemand und so stelle ich fest, dass es keine weiteren Wahlvorschläge gibt.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Gibt es Beratungsbedarf zu dieser Kandidatur? Wünscht ansonsten jemand das Wort? Ich sehe niemanden. So können wir bereits zur Wahl schreiten. Wer Frau Cornelia Wälchli in die Sozialkommission, mit Beginn ab 13. Dezember 2022 bis Ende der laufenden Legislatur, wählen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Herzliche Gratulation der gewählten Cornelia Wälchli, viel Freude und Erfolg.

### III Abstimmung:

#### ■ Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

**Frau Cornelia Wälchli (SVP) wurde als Mitglied der Sozialkommission, mit Wirkung ab dem 13. Dezember 2022 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2024), gewählt (Ersatzwahl für den per 31. Oktober 2022 zurückgetretenen Stefan Ulmann [SVP]).**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl für die per 30. November 2022 zurücktretende Therese Sägesser-Meyer [FDP])

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es folgt Traktandum Nr. 2 mit der Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission, da Therese Sägesser-Meyer (FDP) ihren Rücktritt erklärte. Sie sahen vielleicht in den Unterlagen, dass sich da ein Fehler einschlich, heisst es dort doch, dass dabei eine Nachfolge für die Sozialkommission zu wählen ist, was natürlich falsch ist und dann passiert, wenn man nicht mit «suchen – ersetzen» arbeitet, muss es an dieser Stelle doch um einen Ersatz für die Finanzkommission gehen. Die FDP schlägt als Nachfolgerin in der Finanzkommission die Parteikollegin Brigitte Stark-Mäder vor. Wird dieser Wahlvorschlag ergänzt?

### II Beratung:

**FDP/jll-Fraktion, Stefanie Barben-Kohler (FDP):** Sehr gerne stelle ich Ihnen Brigitte Stark-Mäder vor. Brigitte ist selbstständige Physiotherapeutin im eigenen Familienbetrieb und weiss, wie es im eigenen Geschäft zu haushalten gilt. Vor der Ausbildung zur Physiotherapeutin hatte sie den Lehrerberuf inne und erlangte anschliessend den Master in schulischer Heilpädagogik. Brigitte ist verheiratet und hat drei schulpflichtige Kinder. In der Gemeindepolitik ist Brigitte nun seit gut zwei Jahren aktiv dabei und wurde kürzlich in den Vorstand der Kreispartei FDP Oberaargau gewählt und ist auch bei den FDP Frauen des Kantons als Delegierte unterwegs. Wir sind der Meinung, dass Brigitte mit ihren vielseitigen Erfahrungen und mit den Kenntnissen aus der eigenen Geschäftstätigkeit eine gute Ergänzung in der Finanzkommission darstellt und schlagen sie Ihnen deshalb als Ersatz von Therese Sägesser-Meyer vor. Wer sie noch sehen möchte, bekommt noch ein Gesicht dazu, sitzt sie doch gleich hier hinten. Danke.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Besten Dank. Das nenne ich dann mal eine umfassende Kandidatur. Das war nun in dem Sinn keine Ergänzung, sondern eine Vorstellung der Kandidatin. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Gibt es Beratungsbedarf? Möchte jemand das Wort ergreifen? Nein, so kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer Brigitte Stark-Mäder von der FDP, mit Wirkung ab dem 13. Dezember 2022 bis Ende der Legislatur, in die Finanzkommission wählen möchte, soll dies bitte mit der Karte bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Herzliche Gratulation auch an Brigitte Stark-Mäder und viel Spass, wobei ich nicht weiss, ob man dies für die Finanzkommission sagen kann, aber dennoch alles Gute.

### III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

**Frau Brigitte Stark-Mäder (FDP) wurde als Mitglied der Finanzkommission, mit Wirkung ab dem 13. Dezember 2022 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2024), gewählt (Ersatzwahl für die per 30. November 2022 zurückgetretene Therese Sägesser-Meyer [FDP]).**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 3. Reglement über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz: 2. Lesung: Erlass: Genehmigung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es folgt Traktandum Nr. 3 mit der 2. Lesung und der Genehmigung des Erlasses zum Reglement über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz. Die einen von Ihnen mögen sich dabei gar nicht daran erinnern, weil sie dannzumal noch gar nicht Mitglied des Stadtrats waren, aber dennoch handelt es sich hier um die 2. Lesung, da die 1. Lesung bereits ein bisschen länger zurückliegt. Ist das Eintreten zu diesem Traktandum bestritten? Nein, so ist dies unbestritten und wurde stillschweigend genehmigt.

### II Beratung:

#### A Berichterstattung

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Die Berichterstattung des Gemeinderates obliegt Markus Gfeller, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

**Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):** Ich freue mich, dass wir dieses Geschäft heute in der 2. Lesung beraten dürfen. Es ist tatsächlich so, dass es – wie es die Vorsitzende bereits sagte, einen Moment her ist, seit wir über dieses Geschäft redeten. Somit möchte ich sogleich etwas zur Ausgangslage sagen. Die 1. Lesung fand im Stadtrat am 29. März 2021 statt. Dannzumal wurden aus der Mitte des Rates sechs Anträge zuhanden der 2. Lesung überwiesen. Zu diesen sechs Anträgen fand der Gemeinderat, dass bei drei dieser Anträge kein Handlungsbedarf besteht, wobei ich selbstverständlich auf alle sechs Anträge nochmals zurückkommen werde. Bei den drei weiteren Anträgen sah man ein, dass es einen gewissen Anpassungsbedarf in diesem Reglementsentwurf gibt. Und dementsprechend gibt es hier dann auch eine Präsentation dieser Anträge.

Ausgangslage (1/2)

- Erste Lesung Stadtrat am 29. März 2021.
- Sechs Anträge wurden an den Gemeinderat überwiesen.
- Bei drei Anträgen sieht der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf.
- Bei drei Anträgen sieht der Gemeinderat Handlungsbedarf und unterbreitet dem Stadtrat Anträge für die zweite Lesung.

Wir starteten am Beispiel dieses Geschäfts mit einem kleinen Versuchsballon, indem wir verschiedentlich feststellten, dass in der Vorbereitung von Geschäften zuhanden des Stadtrates die GPK immer mal wieder schwerwiegende Probleme vermutete, sodass es eigentlich kaum mehr eine Möglichkeit gab, das Geschäft von der Traktandenliste zu streichen, ohne dass es danach zu einem formellen Rückweisungsantrag kommt. Deshalb dachte man sich, dass man einmal bei einem Geschäft – und wenn es sich zukünftig bewährt auch bei mehreren Geschäften, den Versuch startet, die Vorlage der GPK im Sinne einer vorbereitenden Kommission zur Beurteilung zu unterbreiten, sodass sie sich damit auseinandersetzen und ihre Meinung dem Gemeinderat zurückmelden kann. Anschliessend kann der Gemeinderat darüber beraten, ob man auf die Anträge der GPK eingeht will oder kann. Tatsächlich war es in diesem Fall nun effektiv so, dass die GPK bei der Vorstellung dieses Geschäfts im Rahmen der ersten Beratung im Februar 2022 zum Schluss kam, dass es doch noch zwei, drei heikle Punkte gibt, die es nochmals genauer anzusehen gilt. Der Gemeinderat nahm danach das Geschäft noch einmal zurück und nahm dann in der Folge die drei entsprechenden Anträge auf, auf ich nachfolgend ebenso zu reden komme.

Ausgangslage (2/2)

- Das vorliegende Geschäft wurde vom in der Folge Gemeinderat in Form eines Versuchs der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Prüfung und Beurteilung überwiesen.
- Die GPK empfiehlt drei Korrekturen des Reglementsentwurfs.
- Der Gemeinderat nahm diese Anregungen der GPK entgegen und unterbreitet dem Stadtrat mit dem vorliegenden Bericht und Antrag drei entsprechende Anträge zusätzlich.



Damit möchte ich nun eigentlich das Geschäft nicht mehr als Gesamtes vorstellen, was ich ja bereits das letzte Mal machte, sondern ich möchte nur noch auf die Anträge eingehen. Sollten zum Rest des Reglements noch Fragen auftauchen, werde ich diese selbstverständlich nach bestem Wissen zu beantworten versuchen.

Ich sprach bereits die Anträge der GPK an und so komme ich nun zu den Anträgen, die sich aus der 1. Lesung ergaben. Dabei wurde unter anderem das Funktionieren der politischen Behörden bemängelt, was während einer länger dauernden oder anhaltenden Katastrophe gewährleistet sein sollte.

Sie erinnern sich vielleicht noch daran, als das Geschäft im Frühling 2021 im Stadtrat behandelt wurde, dass damals alle noch extrem von dieser Corona-Geschichte geprägt waren, da das Parlament für eine längere Zeit nicht tagen konnte. Deshalb wurde dann wahrscheinlich auch auf diesen effektiv vorhandenen Mangel hingewiesen. Das Reglement, worüber wir heute reden, bezweckt die Gewährleistung des Bevölkerungsschutzes bei sicherheitsrelevanten Ereignissen; das Funktionieren politischer Behörden ist dabei nach Meinung des Gemeinderates an anderer Stelle zu regeln. Wenn man dies in diesem Reglement regeln möchte, so müsste man den Zweck und somit logischerweise auch den Titel dieses Reglementsentwurfs noch einmal deutlich überarbeiten und ebenso ausweiten. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat insbesondere den Titel und den Zweck des Erlasses nicht zu ändern. Dazu werde ich dann in meinen Ausführungen noch später zurückkommen.

Als Erstes lag ein Antrag der SP/GL-Fraktion zur zusätzlichen Ergänzung von Art. 6 Abs. 1 lit. d vor, wonach der kommunale Führungsstab mit der Leitung Fachbereich Kommunikation zu ergänzen ist, weil der Bereich Kommunikation in diesem Führungsstab bislang nicht berücksichtigt war. Der Gemeinderat ist der festen Überzeugung, dass in Krisensituationen nicht aus verschiedenen Quellen kommuniziert werden sollte. Hingegen schien ich wahrscheinlich anlässlich der 1.

Lesung etwas zu wenig kommuniziert zu haben, wie die Kommunikation in solch einem Krisenfall sicherzustellen ist. Wir verfügen nämlich bereits in der Organisation des regionalen Führungsorgans RFO über einen eigenen Fachbereich, der mit der Kommunikation beauftragt ist. Genau aus diesem Grund ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Reglementsentwurf auch in diesem Punkt nicht anzupassen ist.

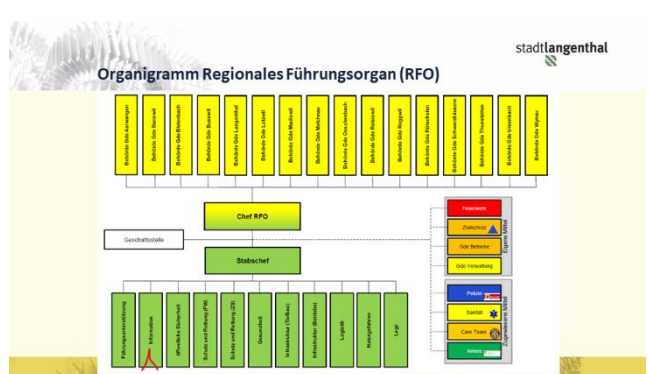
Ich erlaube mir an dieser Stelle einen kleinen Einschub im Bewusstsein vorzunehmen, dass Sie dies jetzt so nicht wirklich lesen können, was hier dargestellt ist. Diese Übersicht zeigt die Organisationsstruktur, wie das RFO funktioniert. In der Mitte dieses Diagramm sehen Sie zwei einzelne Felder, die übereinanderstehen. Das obere dieser beiden Felder symbolisiert den Chef des RFO und darunter befindet sich der Stabschef. Was ich Ihnen nun eigentlich zeigen möchte,

sind die unteren Felder in grüner Farbe, die die verschiedenen Fachbereiche aufzeigen, die zur Organisation dieses regionalen Führungsorgans gehören. Im zweiten Feld von links ist der Bereich «Information» aufgeführt, worin dann eben auch die gesamte Kommunikation nach aussen angedacht ist. In der obersten Reihe mit diesen gelben Feldern werden die verschiedenen Anschlussgemeinden genannt, wobei je nach Ereignis die verschiedenen Gemeindevertreter in dieses regionale Führungsorgan eingebunden werden. Wenn wir dabei vom Führungsstab reden, so geht es oben um dieses eine gelbe Feld, das

stadtlangenthal

**2 Antrag der SP/GL-Fraktion  
betr. Ergänzung Art. 6 Abs. 1 mit lit. d**

- Art. 6 Abs. 1 - Der kommunale Führungsstab sei mit der Leiterin bzw. dem Leiter Fachbereich Kommunikation oder deren bzw. dessen Stellvertretung zu ergänzen.
- Der Gemeinderat ist der festen Überzeugung, dass in Krisensituationen **nicht aus verschiedenen Quellen** kommuniziert werden soll.
- Das RFO verfügt in seiner Organisation über einen eigenen **Fachbereich**, welcher mit der Kommunikation beauftragt ist.
- Deshalb beantragt der Gemeinderat, den Reglementsentwurf nicht anzupassen.





Langenthal repräsentiert. In der bunten Kolonne ganz rechts sehen Sie die verschiedenen Organisationen, die das RFO je nach Bedarf dann beiziehen kann, wenn sie der Situation selber nicht mehr gewachsen ist. Das geht von der Feuerwehr über die Sanität und den Zivilschutz bis schlussendlich zum Kanton oder sogar zur Armee, je nach dem wie dann eben eine solche Krise ausfällt. Wir sind der festen Ansicht, dass, falls die eigenen Mittel von Langenthal nicht mehr ausreichen – auch wenn wir hier in Langenthal ja über eine starke Stützpunktfeuerwehr, ein Regionalspital und eine Zivilschutzorganisation verfügen, uns sicherlich relativ schnell an das regionale Führungsorgan wenden würden. Und sobald das regionale Führungsorgan im Spiel ist, sind wir im Gemeinderat der Ansicht, dass dann eben auch die Kommunikation via dieses regionale Führungsorgan erfolgen sollte, und nicht unbedingt über die Stadt. Dies ist die Begründung, weshalb wir den Reglementsentwurf nicht mit diesem Art. 6 Abs. 1 lit. d ergänzen möchten.

Wir kommen somit zum dritten Antrag, der damals von Diego Clavadetscher stammte und die Ernennung der Funktionsträger im RFO betraf. Die Forderung beinhaltete, dass für die 2. Lesung zu prüfen ist, inwieweit die Ernennung der Funktionsträger des RFO im Reglement zu regeln ist. In Art. 5 Abs. 2 wird dem Gemeinderat diese Kompetenz zur Ernennung vorgeschlagen. Der Gemeinderat ist dabei der Meinung, dass diese Regelung ausreichend ist und es eine entsprechend detaillierte Regelung auf Reglementsstufe nicht braucht.

3 Antrag Diego Clavadetscher  
betr. Ernennung der Funktionsträger RFO

stadtlangenthal

- Für die zweite Lesung sei zu prüfen, ob im Reglement eine Bestimmung zu schaffen ist, welche die Ernennung der Funktionsträger des RFO regle.
- In Art. 5 Abs. 2 wird dem Gemeinderat die Kompetenz zur Ernennung der Mitglieder des RFO nach "den Vorgaben des übergeordneten Rechts, dieses Reglements und allfälliger Regelungen in Anschlussverträgen" zugesprochen.
- Der Gemeinderat sieht hierbei keinen Handlungsbedarf für eine weiterführende Regelung.

Als Viertes lag ein Antrag der GPK bezüglich der Beschränkung der Finanzkompetenz auf Sofortmassnahmen vor. Dabei ging es um die Konkretisierung von Art. 6 Abs. 4, indem die Kompetenz dieses regionalen Führungsstabs so zu beschränken ist, dass Ausgaben ohne entsprechenden Budgetkredit nicht getätigt werden können und auf Sofortmassnahmen zu beschränken und somit zeitlich einzugrenzen sind. Der Gemeinderat anerkennt die Aufforderung des Stadtrates und begrüsst die Beschränkung der entsprechenden Kompetenz. Allerdings sind Ereignisse, die zu Katastrophen oder Notlagen führen, in der Regel unberechenbar, sodass man auf eine explizit zeitliche Begrenzung im Moment verzichten möchte, weil wir dies als hinderlich erachten.

4 Antrag der GPK betr. Beschränkung der  
Finanzkompetenz auf Sofortmassnahmen (1/2)

stadtlangenthal

- In Bezug auf Art. 6 Abs. 4 soll die Kompetenz des kommunalen Führungsstabes, Ausgaben auch ohne entsprechenden Budgetkredit tätigen zu können, auf Sofortmassnahmen beschränkt und somit zeitlich begrenzt werden.
- Der Gemeinderat anerkennt die Aufforderung des Stadtrates und begrüsst die Beschränkung der entsprechenden Kompetenz.
- Ereignisse, welche zu einer Katastrophe oder Notlage führen sind in der Regel unberechenbar.
- Der Gemeinderat sieht von einer expliziten zeitlichen Begrenzung der Kompetenzen des kommunalen Führungsstabes ab.

Hingegen sind nun aber Ausgaben, die auf dringliche und nicht aufschiebbare Massnahmen zurückzuführen sind, im Reglement entsprechend umschrieben und als solches auch ohne entsprechenden Budgetkredit zulässig. Der entsprechende Passus lautet nun wie folgt: «Der kommunale Führungsstab kann bei Vorliegen einer Katastrophe oder Notlage, auch ohne entsprechenden Budgetkredit, Ausgaben tätigen», was auch der bisherigen Formulierung entsprach. Neu

4 Antrag der GPK betr. Beschränkung der  
Finanzkompetenz auf Sofortmassnahmen (2/2)

stadtlangenthal

- In Art. 6 Abs. 4 des Reglementsentwurfs beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat folgende Formulierung:

*Der kommunale Führungsstab kann bei Vorliegen einer Katastrophe oder Notlage, auch ohne entsprechenden Budgetkredit, Ausgaben tätigen. Die Ausgaben beschränken sich auf unaufschiebbare Massnahmen, die zeitlich dringlich sind und unverzüglich getätigt werden müssen, um Mensch, Tier, Umwelt und Sachwerte zu retten und zu schützen. (...)*



wird es mit dem folgenden Zusatz ergänzt: «Die Ausgaben beschränken sich auf unaufschiebbare Massnahmen, die zeitlich dringlich sind und unverzüglich getätigt werden müssen, um Mensch, Tier, Umwelt und Sachwerte zu retten und zu schützen», was somit dem Antrag der GPK entspricht.

Der fünfte Antrag betraf einen Antrag der SVP-Fraktion bezüglich der Funktionszulage zugunsten der RFO-Mitglieder. Dazu wurde der Gemeinderat eingeladen zu prüfen, ob die Mitglieder des regionalen Führungsorgans nicht mit einer Funktionszulage zu entschädigen sind. Der Gemeinderat vertritt die Ansicht, dass die Formulierung im Reglementsentwurf als Grundlage dazu ausreicht und nicht abzuändern ist, er hingegen materiell gleicher Meinung ist, sodass nun gemäss Gemeinderat die Absicht besteht, die jährliche «Liste der Entschädigungen, Besoldungen und Abzüge, deren Anstellung nicht auf einer Stelle im Stellenplan basiert» zu überarbeiten und dabei die Mitglieder des RFO integriert werden sollten. So wie beispielsweise bereits seit längerem auch die ganzen Spezialfunktionen der Feuerwehr darin enthalten sind. Diese Umsetzung erfolgte in der Zwischenzeit und die Liste wurde für das Jahr 2023 bereits genehmigt, sodass dieses Anliegen eigentlich per 2023 erledigt ist, unabhängig davon, wie die Beratung des heutigen Abends ausfallen wird.

5 Antrag der SVP-Fraktion  
betr. Funktionszulage zgst. der RFO-Mitglieder

- Der Gemeinderat wurde eingeladen, zu prüfen, ob die Mitglieder des Regionalen Führungsorgans (vgl. Art. 14 Abs. 2 lit. b Entwurf) nicht mit einer Funktionszulage entschädigt werden müssten.
- Es wird jedoch die Auffassung vertreten, dass die Formulierung im Reglementsentwurf vom 27. November 2020 als Grundlage ausreicht und nicht abgeändert werden soll.
- Der Gemeinderat soll die "Liste der Entschädigungen, Besoldungen und Abzüge, deren Anstellung nicht auf einer Stelle im Stellenplan basiert" überarbeiten und den Mitgliedern des RFO eine angemessene Entschädigung zusprechen.  
→ Die Umsetzung erfolgt ab 2023

Der letzte und sechste Antrag aus der 1. Lesung kam von der SVP-Fraktion. Dabei ging es um eine Anpassung des Reglements mit der Ergänzung einer Gefahren- und Risikoanalyse. Auch hier ist der Gemeinderat der Auffassung, dass die Formulierung im Reglementsentwurf genügt. Die entsprechende Umsetzung soll nun jedoch auf Stufe einer neu erlassenen Verordnung erfolgen und nicht im Reglement geregelt werden. Entsprechend wurde der Entwurf dieser Verordnung bereits angepasst.

6 Antrag der SVP-Fraktion  
betr. Ergänzung einer Gefahren- und Risikoanalyse (1/2)

- Es wurde angeregt, im Hinblick auf die 2. Lesung zu prüfen, ob im Reglement eine explizite Grundlage zur Gefahren- und Risikobeurteilung eingefügt werden könnte.
- Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Formulierung im Reglementsentwurf ausreichend ist.
- Die Umsetzung soll jedoch auf der Stufe der neuen Verordnung über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz erfolgen.

Diese Anpassung betrifft Art. 10 des Verordnungsentwurfs und lautet wie folgt: «Das RFO ist zuständig für die Erarbeitung und die Aktualisierung der Gefahrenanalyse und der Notfallplanungen der Stadt Langenthal nach den Vorgaben der kantonalen Behörden». Diese Gefahrenanalyse ist übrigens nichts Neues, zumal es etwas ist, das wir nicht einmal nicht machen könnten, wenn wir nicht wollten, sondern übergeordnetem kantonalem Recht entspricht, das unsere Zivilschutzorganisation in regelmässigen Abständen dazu anhält, eine solche Risikoanalyse durchzuführen.

6 Antrag der SVP-Fraktion  
betr. Ergänzung einer Gefahren- und Risikoanalyse (2/2)

- Der Art. 10 des Entwurfs der Verordnung über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz vom 3. November 2020 wird mit einem neuen Absatz 2 ergänzt:  
*"Das RFO ist zuständig für die Erarbeitung und die Aktualisierung der Gefahrenanalyse und der Notfallplanungen der Stadt Langenthal nach den Vorgaben der kantonalen Behörden."*



Dafür existiert eine eigenständige Matrix, die der Kanton den Gemeinden entsprechend empfiehlt, gemäss diesem hier eingblendeten Raster vorzunehmen. Auf der linken Seite dieser Tabelle wird anhand einer Skala eine Einschätzung der Häufigkeit eines Gefahrenereignisses vorgenommen. Auf der rechten Seite werden die möglichen Gefahren den anzunehmenden Auswirkungen zugeteilt. Dementsprechend wurden auch die Farben im Rahmen eines Ampelsystems so gewählt,

wonach beispielsweise das in Dunkelgrün gehaltene Feld als relativ selten eintretendes Ereignis zu erwarten ist und selbst bei Eintreffen mit einem geringen Ausmass gerechnet werden kann, sodass keine grossen Vorkehrungen zu treffen sind. Hingegen finden sich in der Diagonalen unter 7d mögliche Ereignisse, mit denen durchschnittlich einmal oder mehrmals innert zehn Jahren zu rechnen ist und ein grosses Schadensausmass mit sich bringen. Für ein solches Ereignis sind dann natürlich auch mehr Vorkehrungen zu treffen. Diese rechteckige Tabelle entspricht der Beurteilung, wie sie für unsere Region Gültigkeit hat und von 2018 stammt, sodass es sie kurzum wieder zu aktualisieren gilt. Rückblickend gesehen ist hier interessant, dass der einzig rote Eintrag auf der drittuntersten Zeile mit einer Klassifizierung von 6d, und damit in dieser Matrix ziemlich weit oben platziert, die Gefahr von «Epidemien und Pandemien» beschreibt, sodass es eigentlich nicht so wäre, dass man damals nicht damit rechnete, aber vielleicht einfach nicht in diesem Ausmass.

Das ist somit diese Gefahrenanalyse und Risikobeurteilung, die regelmässig und auch bereits in früheren Jahren durchgeführt wurde und wie gesagt demnächst wieder aktualisiert wird. Da es nun vorgesehen und auch von übergeordnetem Recht entsprechend vorgeschrieben ist, sind wir der Ansicht, dass es eigentlich bei Aufnahme ins Reglement einer doppelten Bestimmung gleichkäme, die bei allfälligen Änderungen durch den Kanton zu einer Reglementsanpassung führen müsste, uns aber eigentlich materiell nichts bringen würde.

Das waren somit diese sechs Punkte, die gemäss der 1. Lesung zu bearbeiten waren, sodass ich nun auf die Empfehlungen der GPK zu sprechen komme, als ich ihr anlässlich der Sitzung vom 7. Februar 2022 den neu überarbeiteten Reglementsentwurf im Nachgang zur 1. Lesung präsentierte und sie dabei nochmals auf drei Dinge hinwies und zur weiteren Anpassung empfahl.

Als ersten Punkt empfahl die GPK in der Einleitung auf die kantonale Gesetzgebung Bezug zu nehmen. Dabei gilt festzuhalten, dass diese Rangfolge keiner Gewichtung entspricht, sondern einfach einer Reihenfolge, wie es auch bei den zuvor präsentierten Anträgen der Fall war. Dazu nahm der Gemeinderat im jetzt vorliegenden Reglementsentwurf die Empfehlung der GPK entsprechend auf und passte den Ingress gegenüber dem alten Entwurf aus der 1. Lesung wie vorgeschlagen an und folgte der GPK.

stadtlängenthal

### Gefährdungsanalyse und Risikobeurteilung

Häufigkeit 1x in ... Jahren	Ausmass				Thema	Bewertung
	klein	mittel	gross	sehr gross		
< 10	4a	5b	6c	7d	Radioaktive Quellen	2a
10-10 <sup>1</sup>	3a	4b	5c	6d	Stoffat KKW	4d
10 <sup>1</sup> -10 <sup>2</sup>	2a	3b	4c	5d	Unfall B-Betrieb	-
10 <sup>2</sup> -10 <sup>3</sup>	1a	2b	3c	4d	Unfall C-Betrieb	5d
10 <sup>3</sup> -10 <sup>4</sup>	-	-	-	-	Gefahrtd-Unfall Strasse	4d
10 <sup>4</sup> -10 <sup>5</sup>	-	-	-	-	Gefahrtd-Unfall Schiene	5d
10 <sup>5</sup> -10 <sup>6</sup>	-	-	-	-	Gasleitung / Gasversorgung	4d
10 <sup>6</sup> -10 <sup>7</sup>	-	-	-	-	Talsperrenbruch	-
10 <sup>7</sup> -10 <sup>8</sup>	-	-	-	-	Flugzeugabsturz	4b
10 <sup>8</sup> -10 <sup>9</sup>	-	-	-	-	Stromausfall / Blackout	5c
10 <sup>9</sup> -10 <sup>10</sup>	-	-	-	-	Erdbeben	4d
10 <sup>10</sup> -10 <sup>11</sup>	-	-	-	-	Sturzgefahren	-
10 <sup>11</sup> -10 <sup>12</sup>	-	-	-	-	Lavinen	-
10 <sup>12</sup> -10 <sup>13</sup>	-	-	-	-	Rutschgefahren	2a
10 <sup>13</sup> -10 <sup>14</sup>	-	-	-	-	Wassergefahren	4b
10 <sup>14</sup> -10 <sup>15</sup>	-	-	-	-	Absturz	5c
10 <sup>15</sup> -10 <sup>16</sup>	-	-	-	-	Unwetter	5c
10 <sup>16</sup> -10 <sup>17</sup>	-	-	-	-	Waldbrand	2b
10 <sup>17</sup> -10 <sup>18</sup>	-	-	-	-	Epidemie / Pandemie	6d
10 <sup>18</sup> -10 <sup>19</sup>	-	-	-	-	Lebensmittelvergiftung	5c
10 <sup>19</sup> -10 <sup>20</sup>	-	-	-	-	Tierseuchen	3a

Bei der hier vorgenommenen Risikobeurteilung handelt es sich um eine Empfehlung des Kantons an die Gemeinden.

stadtlängenthal

### Empfehlung der GPK; Sitzung vom 7. Februar 2022

- Empfehlung 1 GPK:  
Im Ingress sei Bezug auf die kantonale Gesetzgebung zu nehmen.
- Antrag Gemeinderat:  
Im Reglementsentwurf vom 10. Juni 2022 wird gegenüber dem Reglementsentwurf vom 27. November 2020, welcher der ersten Lesung vom 29. März 2021 zugrunde lag, der Ingress gemäss der Empfehlung der GPK angepasst.





Eine zweite Empfehlung bezog sich auf Art. 73 Abs. 4 der Stadtverfassung, wonach der Stadtrat im Fall eines Notstandes Einzelheiten zu den Notmassnahmen in einem Reglement zu regeln hat. Da ein solches Reglement aus Sicht der GPK nicht vorliegt, sollte es dringend erlassen werden. Die GPK empfahl dazu den Einsatz einer nicht ständigen Kommission zu prüfen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es innerhalb der verschiedenen städtischen Behörden auch unterschiedliche Kompetenzen gibt, wo was zu regeln ist. Dabei liegt die Kompetenz des Gemeinderates, wie er in einer Notlage zu funktionieren hat, effektiv auch beim Gemeinderat. Die diesbezügliche Kompetenzregelung für die Kommissionen können dabei in den entsprechenden Reglementen vorgenommen werden. Hingegen ist es tatsächlich so, dass für den Stadtrat eine entsprechende Regelung fehlt, sodass dies selbstverständlich in der Kompetenz des Stadtrates liegt, eine solche Regelung einzuführen. Der Gemeinderat beantragt deshalb, dass das Büro des Stadtrates mit der Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen zu Notmassnahmen und zum Funktionieren des Stadtrates in einer Notlage beauftragt wird. Das heisst auch hier, dass wir der Empfehlung der GPK grundsätzlich folgten, jedoch nicht sämtliche Behörden berücksichtigt haben möchten, sondern alleine nur das, was in der ureigenen Kompetenz des Stadtrates liegt, nämlich effektiv das Funktionieren seines stadträtlichen Betriebs.

Zuletzt sprach sich die GPK im Rahmen ihrer dritten Empfehlung dafür aus, den sogenannten Stab neu mit dem Begriff «kommunales Beratungsgremium» zu umschreiben. Der Gemeinderat ging diesbezüglich auch nochmals über die Bücher und fand dabei, dass auch der Begriff «Beratungsgremium» nicht ganz zutreffend ist, da diesem Organ doch auch gewisse Entscheidungskompetenzen zustehen. Deshalb sieht man im Moment die Bezeichnung «kommunale Task Force Bevölkerungsschutz» vor, was nun auch in den Reglementsentswurf Eingang fand.

Das waren nun die Anträge, die aus der 1. Lesung zu bereinigen waren. Mit Blick zurück möchte ich aus persönlicher Sicht gerne noch etwas zu diesem Ping Pong sagen, das wir mit der GPK machten. Dabei stellten wir fest, dass es ein bisschen Zeit braucht, weil das ganze Geschäft zunächst an die vorberatenden Behörden geht und wenn es dann bereit wäre, in den Stadtrat zu kommen, geht es dann vorerst noch in die GPK, wird dann zurückgespiegelt und geht dann noch einmal den ganzen Weg. Das alles braucht zwar ein bisschen Zeit, doch wenn es dabei um einen Erlass geht, der zeitlich nicht sehr dringlich ist, bin ich der Ansicht, dass es sinnvoll ist, wenn man ein solches Vorgehen einführt, kann damit doch die eine oder andere Differenz, die ansonsten im Stadtrat ausdiskutiert werden müsste, so vielleicht bereits im Vorfeld bereinigt werden, was dann nach hinten hinaus wieder Zeit einspart. In dem Sinn beendete ich meine Ausführungen im Moment und bin nun auf die folgende Diskussion gespannt. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke vielmals. Ich freue mich dann bereits auf die erste

stadtlangenthal

### Empfehlung der GPK; Sitzung vom 7. Februar 2022

- Empfehlung 2 GPK:  
Art. 73 Abs. 4 der Stadtverfassung sieht vor, dass der Stadtrat im Falle eines Notstandes Einzelheiten zu den Notmassnahmen in einem Reglement zu regeln habe. Ein solches Reglement liegt aus Sicht der GPK nicht vor und ist dringend zu erlassen. Die GPK empfiehlt hierfür die Prüfung der Einsetzung einer nicht ständigen Kommission.
- Das Funktionieren des Gemeinderates liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Die Kommissionen werden in den entsprechenden Kommissionsreglementen geregelt. In der Kompetenz des Stadtrates liegt es, das Funktionieren des Stadtrates zu regeln.
- **Antrag Gemeinderat:**  
Der Gemeinderat beantragt, dass das Büro des Stadtrates mit der Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen zu Notmassnahmen und zum Funktionieren des Stadtrates in einer Notlage zu beauftragen sei.

stadtlangenthal

### Empfehlung der GPK; Sitzung vom 7. Februar 2022

- Empfehlung 3 GPK:  
Aus Sicht der GPK handelt es sich hierbei definitionsgemäss nicht um einen sogenannten Stab. Die Kommission macht beliebt, die Bezeichnung zu überarbeiten und empfiehlt den Begriff "kommunales Beratungsgremium".
- **Antrag Gemeinderat:**  
Der Gemeinderat beantragt, den bisherigen Reglementsentswurf abzuändern und die Bezeichnung "Kommunaler Führungsstab" durch die Bezeichnung "Kommunale Task Force Bevölkerungsschutz (KTBS)" zu ersetzen.



Chefin dieses regionalen Führungsorgans und auf die erste Chefin dieses Stabs. Dies einfach als Bemerkung. Daneben weise ich noch kurz darauf hin, dass nun auch Peter Bösiger, Renate Niklaus-Lanz und Nathalie Scheibli zu uns stiessen. Ich heisse auch sie herzlich willkommen, sodass wir nun 38 anwesende Mitglieder des Stadtrats sind. Nun übergebe ich aber gerne das Wort an die GPK zu ihrer Berichterstattung.

**Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP):** Die GPK diskutierte anlässlich ihrer Beratung mit Gemeinderat Markus Gfeller zuerst einmal materielle Punkte. Die uns kommunizierten Antworten führte er soeben auch in seinem Votum aus, sodass ich dazu nichts mehr sagen werde. Sodann stellten wir im Rahmen der Prüfung der formellen Richtigkeit fest, dass der uns vorgelegte Beschlussesentwurf in der Einleitung mit dem Text: «Der Stadtrat gestützt auf Art 73 Abs. 4...» noch mit folgendem Einschub zu ergänzen ist: «...in Verbindung mit Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung». Der Grund liegt darin, dass Art. 70 Abs. 4 keine Grundlage darstellt, die es dem Stadtrat erlaubt, ein Reglement zu erlassen oder ein Verfahren einzuleiten und dabei das Verfahren beschreibt, wie ein Reglement zu erlassen ist. Dabei sollte eine solche Grundlage besagen, dass weitere Ausführungen in einem Reglement festzuhalten sind. Das, was wir heute Abend machen, führt zu einem Reglementsbeschluss, der dem fakultativen Referendum unterstellt ist, was eben in Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 geregelt ist und deshalb diesen Einschub nötig macht. Dies ist wahrscheinlich eine Formalität, die niemand gross bestreiten wird. Dabei gehe ich auch davon aus, dass dies, wenn niemand dagegen opponiert, ohne Antrag bereinigt werden kann.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Das ist so.

**Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP):** Daneben hörten wir von einer zweiten formellen Bemerkung. Wenn wir dies hier so beschliessen, wird unser Beschluss am kommenden Donnerstag im Anzeiger publiziert, sodass ab diesem Datum die Beschwerdefrist läuft. Da nun diese Frist erst nach dem 1. Januar 2023 abläuft, kann dieses Reglement nicht auf den 1. Januar 2023 in Kraft treten, sondern erst per Ablaufdatum der Beschwerdefrist. Das heisst nun also, dass es dort einer formellen Textanpassung bedarf, was uns hier im Rat ebenso wenig zu interessieren hat.

Und nun kommen wir noch zum materiellen Antrag der GPK. Die GPK beantragt in der Beschlussesziffer II zwei Ergänzungen vorzunehmen. Erstens sollten die angepassten Bestimmungen nicht nur auf den Stadtrat erweitert werden, sondern auf sämtliche Behörden. Deshalb wird unter Ziffer 1 die Formulierung «Das Funktionieren der Behörden» vorgeschlagen, demgegenüber im Antrag des Gemeinderates sinngemäss noch die Formulierung «Das Funktionieren des Stadtrats» steht. Wir sind dieser Auffassung, da Art. 48 der Stadtverfassung für alle Behörden dieser Stadt verlangt, dass Beschlüsse nur dann gefasst werden können, wenn eine Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Und dieser Art. 48 der Stadtverfassung verbietet auch das Fassen von Zirkularbeschlüssen. Es gibt Notlagesituationen, in denen man diese beiden Vorschriften der Stadtverfassung unter Umständen übergehen müsste. Dies ist aber nur dann möglich, wenn ein Reglement vorliegt, das sich auf diesen Art. 73 Abs. 4 bezieht, was dann auch für alle Behörden so in diesem Reglement festgehalten werden muss. Der Gemeinderat kann dabei kein Reglement erlassen, sondern er kann nur eine Verordnung erlassen, was dann aber nicht genügen würde. Der langen Rede kurzer Sinn liegt darin, dass wir damit gerne die Kompetenz dieser Aufgabe auf sämtliche Behörden erweitern möchten.

Als Zweites nahmen wir eine kleine Anpassung vor, indem «das Büro des Stadtrates beauftragt wird, die notwendigen Massnahmen zur Sicherstellung des Funktionierens der Behörden der Stadt Langenthal im Falle höherer Gewalt zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen». Damit ist gemeint, dass sich das Büro überlegen sollte, wie man zu solch einem Geschäft kommen kann. Dazu gibt es verschiedene Varianten; entweder erstellt das Büro selber einen Reglementsentwurf oder nimmt Anpassungen an bestehenden Reglementen vor, oder das Büro tagt als erweitertes Büro und erfüllt damit die Aufgabe. Drittens besteht die Möglichkeit, dass das Büro die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission beantragt, die mit der Bearbeitung dieses Entwurfs zur Reglementsanpassung betraut wird. Von dem her gesehen schlagen wir hier etwas weitergehende Möglichkeiten vor und geben dem Büro die Option, je



nach Arbeitsbelastung über das Vorgehen entscheiden zu können. Die GPK fasste diese beiden Beschlüsse bei sechs anwesenden Mitgliedern einstimmig. Danke.

**Stadratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. Ich rekapituliere nochmals, dass bei Beschlussesentwurf Ziff. I Korrekturen mit Hinweis auf Art. 60 vorgenommen wurden, was aber nur eine Korrektur und keinen Antrag darstellt und entsprechend übernommen wird. Das Datum des Inkrafttretens wird in unserem Beschluss nicht erwähnt, sodass dies ebenso wenig ein Problem ist und in dem Sinn dem Gemeinderat den Hinweis mit auf den Weg gibt, diesbezüglich nicht vorzupreschen. Bei Ziff. II wird beantragt, die Formulierungen einerseits mit «Massnahmen» und andererseits mit «Behörden» zu umschreiben, anstatt mit «Regelungen» und «Stadtrat» festzulegen. Das umfasst aber einen einzigen Antrag. Nun kommen wir zur allgemeinen Beratung. Dabei schlage ich vor, dass Sie sogleich auch zu diesem GPK-Antrag betreffend Ziff. II Stellung beziehen, die Abstimmung über diesen Antrag aber erst am Schluss erfolgt, wenn wir über das gesamte Geschäft beschliessen. Darf ich von den Fraktionen jemandem das Wort erteilen?

## **B Allgemeine Beratung**

**SVP-Fraktion, Martin Lerch (SVP):** Die SVP-Fraktion setzte sich nochmals intensiv mit diesem 26-jährigen Reglement auseinander. Sie nahm dabei davon Kenntnis, dass sich das Sicherheitsumfeld seit der 1. Lesung sicherlich nicht verbesserte. Dannzumal hatten wir die Pandemie, die wir teilweise noch heute haben, aber zusätzlich haben wir nun auch Versorgungsprobleme, sei es im Energiebereich oder sonst wo. Das alles spricht natürlich für einen schlagkräftigen und einsatzfähigen Bevölkerungs- und Zivilschutz und bedingt personelle und materielle Ressourcen, wie beispielsweise eine Ferienentschädigung der Funktionsträger und auch eine Wertschätzung in der Öffentlichkeit. Es geht hier insbesondere auch darum, dass man unser Reglement an das übergeordnete Recht anpasst, das bereits seit 2015 besteht. Die SVP-Fraktion nahm den Spezialaustausch mit der GPK zur Kenntnis wie auch die weitgehende Umsetzung dieser Anträge. Die 1. Lesung vom 29. März 2021 liegt bereits eine gewisse Zeit zurück. Aber aus unserer Sicht lohnte es sich, ganz nach dem Motto: «gut Ding will Weile haben». Besonders positiv vermerkten wir, dass im Hinblick auf die 2. Lesung – im Gegensatz zur 1. Lesung, keine teuren Experten mehr eingesetzt wurden und dennoch lässt sich das Resultat sehr gut ansehen. Als Fazit begrüsst die SVP-Fraktion die hier präsentierte Vorlage in allen Punkten und wird dieser auch zustimmen.

Ich würde dabei aber noch gerne zwei, drei Punkte erwähnen, dann erübrigt sich mein Votum für die Detailberatung, wenn die Stadtratspräsidentin mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Insbesondere begrüssen wir, dass die bisherige Terminologie bezüglich des regionalen Führungsstabs fallengelassen wurde und nun den neudeutschen Begriff «kommunale Taskforce Bevölkerungsschutz (KTPS)» vorge schlagen wird, womit wir gut leben können. Wichtig ist uns auch, dass dieses Gremium schlank ist und dabei die Kommunikation herausgenommen wurde, was wir sehr gut finden. Daneben beantragten wir ja, dass die Funktionszulage an alle RFO-Mitglieder in das Reglement aufgenommen werden sollte. Demgegenüber schlägt nun der Gemeinderat vor, dies in der Verordnung zu regeln und es in den entsprechenden Grundlagenakten festzuschreiben. Damit können wir sehr gut leben, geht es doch um die Sache und nicht darum, wo dies festgehalten wird. Ähnlich sieht es bezüglich des zweiten SVP-Antrags zur Gefahren- und Risikoanalyse aus. Dabei machten wir ebenso beliebt, dies im Reglement zu regeln im Wissen, dass es vom Kanton vorgegeben ist. Aber es gibt manchmal auch Bestimmungen, die man deklaratorisch bewusst wiederholt, damit es wirklich auch in den Köpfen verankert ist und nicht irgendwie verloren geht. Somit sind wir auch hier damit einverstanden, dass dies in der Verordnung geregelt wird und es uns einfach wichtig ist, dass diese Analyse der Gefahren und Risiken regelmässig stattfindet. In allen anderen Punkten unterstützt die SVP-Fraktion die Haltung des Gemeinderates wie auch den GPK-Antrag. Dieser wurde bei uns zwar nicht offiziell diskutiert, aber ich gehe davon aus, dass wir dies ebenso unterstützen können.

Ich komme zum Schluss und möchte dabei allen Beteiligten ganz herzlich danken, insbesondere dem



Ressortvorsteher Gemeinderat Markus Gfeller für die umsichtige Führung und den Einbezug dieser Anträge, aber auch allen Beteiligten des Amtes für öffentliche Sicherheit. Geschätzte Anwesende, das Thema Bevölkerungs- und Zivilschutz ist wieder topaktuell. Dementsprechend ist es für uns wichtig, dass das Reglement zügig in Kraft gesetzt wird. Danke.

**SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP):** Auch wir von der SP/GL-Fraktion befassten uns nochmals intensiv mit diesem Reglement und heissen es wie bereits schon in der 1. Lesung grundsätzlich gut. Nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle noch kurz erwähnen, dass wir die Argumentation des Gemeinderates hinsichtlich der Kommunikation des Krisenstabs, respektive der Taskforce Bevölkerungsschutz, wie es nun neu heisst, nachvollziehen können und diese auch entsprechend einsehen. Dennoch möchte ich aber auch noch die klare Erwartung formuliert haben, dass einer professionellen Kommunikation, auch ohne ständige Vertretung in der Taskforce, genügend Rechnung getragen werden soll. Unsere Fraktion empfiehlt das Reglement aber ohne Änderungen zur Annahme.

Nun möchte ich noch zum Beschlusspunkt Ziff. II kommen. Wir sehen natürlich ein, dass möglichst das Funktionieren aller politischen Behörden sichergestellt werden sollte und werden deshalb auch dem Antrag der GPK folgen. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

**GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP):** Unsere Fraktion stimmt dem Antrag der GPK einstimmig zu. Aus unserer Sicht ist es besonders wichtig, dass zusätzlich zum hier vorliegenden Reglement über den Bevölkerungs- und Zivilschutz auch die notwendigen Massnahmen zur Sicherstellung des Funktionierens der Behörden der Stadt Langenthal im Fall einer höheren Gewalt erarbeitet werden, wobei dies schlussendlich ja auch bereits unsere Verfassung verlangt. Zum vorliegenden Reglement kann ich es kurz machen, liegt doch aus unserer Sicht ein gut erarbeitetes und breit abgestütztes Reglement vor, das wir ohne weitere Änderungsanträge genehmigen werden. Die in der 1. Lesung gestellten Anträge wurden unserer Meinung nach entsprechend berücksichtigt, oder es gab gemäss der Berichterstattung gute Gründe, warum diese Anträge nicht weiter berücksichtigt werden konnten. Unsere Fraktion begrüsst insbesondere die gute und breit abgestützte Zusammenarbeit, insbesondere das Projekt mit der GPK. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke auch dafür. Nun sah ich noch, dass sich auch noch die FDP/jll-Fraktion zu Wort melden möchte.

**FDP/jll-Fraktion, André Rentsch (jll):** Es ist ein Vorteil, wenn man zuletzt an der Reihe ist, da man dann nicht mehr so viel sagen muss und einfach den Vorrednern zustimmen kann. Auch wir berieten dieses Geschäft und kamen auch einstimmig zum Schluss, dieses Reglement gutzuheissen. Ebenso stimmen wir dem Antrag der GPK zu und wir begrüsst das Ping Pong oder Tennis, wie man es nennen könnte – oder aus aktuellem Anlass auch mit Fussball in Verbindung bringen könnte, geht es dort ja auch dauernd hin und her, und finden es sehr gut, dass man dieses Verfahren wählte. Wir sind der Meinung, dass nun ein gutes Reglement vorliegt. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. So waren jetzt alle Fraktionen an der Reihe. Darf ich jemandem als Einzelsprecherin oder Einzelsprecher das Wort erteilen? Ich sehe niemanden. Gibt es ansonsten noch weitere Wortmeldungen im Rahmen der allgemeinen Beratung? Da dies auch nicht der Fall ist, kommen wir zu Detailberatung.

## C Detailberatung

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Auch wenn Sie sich dazu teilweise bereits äusserten, möchte ich dennoch ganz korrekt vorgehen und die einzelnen Ziffern im Rahmen einer thematischen Gruppierung abhandeln, ohne dabei alles artikelweise durchzugehen. So frage ich, ob es zu den folgenden Bereichen Bemerkungen gibt:

### Ziff. I – Allgemeine Bestimmungen

*ohne Wortmeldung.*



## Ziff. II – Organisation und Zuständigkeiten

*ohne Wortmeldung.*

## Ziff. III – Regionales Führungsorgan

*ohne Wortmeldung.*

## Ziff. IV – Zivilschutz

*ohne Wortmeldung.*

## Ziff. V – Schlussbestimmungen

*ohne Wortmeldung.*

Somit hatten wir keine Details zu diskutieren. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zum Reglement? Es gibt keine weiteren Anträge oder Wortmeldungen. Ich werde soeben noch darauf hingewiesen, dass Art. 15 von Ziff. V der Schlussbestimmungen besagt, dass «dieses Reglement auf den 1. Januar 2023 in Kraft tritt». Wie wir hörten, kann es möglich sein, dass das Inkrafttreten erst auf 1. Februar 2023 erfolgen kann. Auch Gemeinderat Markus Gfeller kann dem so zustimmen. Dann machen wir es so, dass das Büro des Stadtrats den Antrag stellt, dass Art. 15 dieses Reglements entsprechend geändert wird, ohne dass ich damit meine Kolleginnen und Kollegen des Büros ohne weitere Absprache überfahren möchte und es somit heisst: «Dieses Reglement tritt auf den 1. Februar 2023 in Kraft». Gibt es nun zu diesem Antrag des Büros noch Bemerkungen oder Ergänzungen? Nein, so können wir darüber abstimmen. Wer diesem Antrag des Büros des Stadtrats zustimmen kann, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

## Abstimmung über den Antrag des Stadtratsbüros zur Inkraftsetzung per 1. Februar 2023

**38 Ja einstimmig angenommen**

0 Nein abgelehnt

0 Enthaltungen

## **D Abstimmung über GPK-Antrag**

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es folgt nun der Antrag der GPK zur Abänderung von Ziff. II. Gibt es zu diesem Antrag noch weitere Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern?

**Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):** Wenn ich die Diskussion richtig mitverfolgte, scheint dies eine ziemlich eindeutige Sache zu sein, indem Sie der GPK folgen möchten. Von dem her gesehen möchte ich dies nicht künstlich verlängern. Ich hätte in diesem Zusammenhang einfach noch zwei Bitten. Wenn Sie eine solche Kommission einsetzen, die sich um alle Behörden kümmern sollte, möchte ich zuhanden des Protokolls festhalten, dass der Gemeinderat diese Meinung nicht teilt, was jetzt hier aber nicht so wichtig ist. Was hingegen wichtig ist, ist, dass ich diese Kommission darum bitte sicherzustellen, dass Art. 67 der Stadtverfassung nicht verletzt wird und sich daraus auch keinen Widerspruch zu Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrates ergibt. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. Nun möchte ich dennoch die GPK oder auch die Fraktionen anfragen, ob sie dazu noch etwas sagen möchten? Das trifft nicht zu und wir gehen zur Abstimmung über diesen Antrag der Geschäftsprüfungskommission über. Sie sahen, dass es sich dabei um eine alternative Formulierung zu Ziff. II gegenüber dem Vorschlag des Gemeinderates handelt, so dass wir nun den Antrag der GPK dem Antrag des Gemeinderates gegenüberstellen. Wer dem Antrag der GPK folgen möchte, erhebt nun die Stimmkarte. Wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen möchte, zeigt dies jetzt an. Enthaltungen?



## Abstimmung über den Änderungsantrag der GPK zu Ziff. II

**38 Ja einstimmig angenommen**

0 Nein abgelehnt

0 Enthaltungen



Stadtrat  
Montag, 28. November 2022, Traktandum Nr. 3

stadtlangenthal

GPK-Antrag zu Beschlussziffer II:

**II. Der Stadtrat, gestützt auf den gemeinderätlichen Bericht vom 14. September 2022, beschliesst:**

- 1. Das Büro des Stadtrates wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen zur Sicherstellung des Funktionierens der Behörden der Stadt Langenthal im Falle höherer Gewalt zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.**
- 2. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen im Rahmen der Beratung dieses Reglements? Ich sehe niemanden, sodass ich die Beratung zu diesem Reglement und der Vorlage als geschlossen erkläre. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein, das ist nicht der Fall.

So schreiten wir nun zur jeweils separaten Schlussabstimmung von Ziff. I und Ziff. II. Wer unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums der Ziff. I mit Ziffer 1 und Ziffer 2 mit den jeweiligen Anpassungen von heute zustimmen möchte, soll nun bitte Handzeichen geben. Wer möchte dieses Reglement ablehnen? Wer enthält sich der Stimme?

So kommen wir nun zu Ziff. II. Sie sehen es entsprechend eingeblendet, was nun derjenigen Version der GPK entspricht, die sie soeben guthiessen. Wer nun diese Ziff. II so beschliessen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte an. Wer sich dagegen aussprechen möchte, zeigt es jetzt an. Gibt es Enthaltungen? Somit ist dieses Geschäft nach einer längeren Geschichte so erledigt. Ich danke allen, die daran mitarbeiteten. Das Ganze kommt nun relativ schlank und rank daher, aber es steckt viel, viel Arbeit darin. Merci vielmals.

### III Abstimmung:

#### E Abstimmungen über Beschlussesentwurf

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

- 1. Das Reglement über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Entwurf vom 14. September 2022 mit der an der Sitzung beschlossenen Anpassung wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

- 1. Das Büro des Stadtrates wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen zur Sicherstellung des Funktionierens der Behörden der Stadt Langenthal im Falle höherer Gewalt zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.**
- 2. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 4. Budget der Erfolgsrechnung 2023: Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 18. Dezember 2022; Wiedererwägung und Genehmigung der Botschaft zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 22. Januar 2023

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es folgt Traktandum Nr. 4 mit der Verabschiedung sowie der Wiedererwägung und Genehmigung der Botschaft zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 22. Januar 2023 betreffend das Budget der Erfolgsrechnung 2023. Sie waren vielleicht ein bisschen überrascht, was wir da machten und für uns aber wichtig war. So frage ich nach, ob das Eintreten dazu bestritten wird? Ich sehe niemanden. So ist das Eintreten dieses Traktandums unbestritten und stillschweigend genehmigt.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es ist nun so, dass die Berichterstattung durch das Büro des Stadtrats erfolgt. In den Unterlagen steht noch, dass ich das übernehme, doch in der Zwischenzeit organisierten wir das um, sodass das dazugehörige Votum durch den Vizestadtratspräsidenten Michael Schenk erfolgt und er Ihnen nun im Auftrag des Büros des Stadtrats die Idee erläutert, warum wir dazu eine Wiedererwägung beantragen.

**Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Ich möchte kurz auf unsere Gedanken eingehen, wieso wir dies so machten. Das Büro des Stadtrats passte die Abstimmungsbotschaft aufgrund der geführten Diskussion anlässlich der Stadtratssitzung vom 31. Oktober 2022 entsprechend an und aktualisierte sie. Auftragsgemäss fasste das Büro die Diskussion im Stadtrat zusammen und stellte die vorgebrachten Argumente transparent und relativ ausführlich dar. Diese Ergänzungen erscheinen dem Büro des Stadtrats wichtig, weshalb das Büro die Botschaft dem Plenum noch einmal für eine kritische Prüfung unterbreiten möchte. So kann sichergestellt werden, dass die Stimmberechtigten auch diesbezüglich vollständig und korrekt informiert werden. Da der Stadtrat die Botschaft bereits verabschiedete, bedarf es dazu einer Wiedererwägung. Es geht dem Stadtratsbüro also rein darum, sich nochmals über Passagen, respektive über die Botschaft auszutauschen. Es wurden nun auch bereits Anträge zu dieser Botschaft eingereicht, was uns im Büro darin bestärkte, dass wir richtig entschieden und dieses Geschäft dem Stadtrat nochmals zur Diskussion vorlegen. So haben wir Gewähr, dass die Haltung vom Stadtrat in der Botschaft richtig wiedergegeben zu finden ist. Das Büro beantragt Ihnen deshalb erstens eine Wiedererwägung und zweitens eine Gutheissung der Botschaft, die im Anschluss zu diskutieren und anzupassen ist. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. Sie bekamen es ja alle mit, dass Sie Möglichkeiten hatten für die Diskussion im Stadtrat Ihre Inputs zu liefern, wozu wir auch entsprechende Hinweise bekamen. Daneben wurde auch ein Antrag zur Anpassung derjenigen Version, wie sie das Büro erarbeitete, eingereicht. Dieser Antrag liegt allen physisch auf Ihren Tischen vor, weil sich die Einblendung des Textes aufgrund seines Umfangs etwas schwierig gestaltet hätte. Eine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission liegt keine vor, da die GPK dieses Geschäft nicht beriet. Nun bitte ich aber die Fraktionen sich dazu zu äussern. Wem von den Fraktionen darf ich das Wort erteilen?

**FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** Vorab möchten wir die hier geleistete Arbeit zwischen diesen beiden Stadtratssitzungen verdanken. Wenn man das Dokument genau studierte, wurden über 200 Änderungen gegenüber der letzten Version vorgenommen, was immer eine grosse Arbeit darstellt, eine solchen Text anzupassen. Es ist uns wichtig festzustellen, dass dieses Vorgehen, dass eine Botschaft nun zum dritten Mal im Stadtrat beraten wird, für diesen speziellen Fall richtig ist und wir damit leben können, es gleichzeitig aber nicht zu einem Präjudiz werden soll, weil wir ansonsten nicht vorwärtskommen. Und wir möchten auch gerne inhaltlich in Bezug auf die Ausgestaltung der Botschaft keine Präjudizien schaffen. Nach unserer Auffassung ist es so, wie es jahrzehntelang der Praxis entsprach, dass eigentlich das Büro des Stadtrats die Änderungen an der Botschaft vornimmt und dafür dann schlussendlich auch eine gewisse Verantwortung übernimmt, die wir gerne übertragen.





Da wir nun dies aber auch vorgelegt bekommen und begutachten sollen, stolperten wir an verschiedenen Passagen über die Ausführungen zur Beratung im Stadtrat. Und diese Ausführungen kommen in dieser Botschaft zweimal vor. Wenn wir hier die Ziffer 7 erwähnen, so gehen wir davon aus, dass dies ja deckungsgleich auch in die einleitende Zusammenfassung zu übertragen ist, weil dies im Moment demselben Inhalt entspricht. Somit werden wir nicht zwei Anträge stellen, vielmehr geht es um einen Antrag, der sich auf zwei Stellen in der Botschaft bezieht. Uns waren dabei drei Punkte ganz besonders wichtig. Erstens soll eine Abstimmungsbotschaft politisch möglichst neutral formuliert werden. Das bedeutet, dass die Nennung von Parteien und Fraktionen, oder von ihren Mitgliedern, nur in alleräussersten Ausnahmefällen in eine Botschaft Eingang finden sollten. Es darf nicht einreissen, dass irgendeine Mehrheit ihre Bezeichnung in die Botschaft hineinzubringen versucht, was aus unserer Sicht demokratiepolitisch falsch wäre. Deshalb möchten wir gerne diejenigen Elemente, die auf Absender von Voten hinzielen, in dieser Botschaft streichen. Kommt noch dazu, dass wir hier ja auch als Einzelpersonen abstimmen und dass sich Fraktionen nicht immer einheitlich verhalten, sodass dies in der Aussenwahrnehmung zu einem falschen Bild führen würde. Die Berichterstattung über das Abstimmungsverhalten ist die Aufgabe von den Medien oder den Bloggern und Bloggerinnen.

Zweitens verdient jede Minderheit eine Begründung, was so auch in der Stadtverfassung steht. Aus diesem Grund ergänzten wir die Formulierung zur Minderheit, die das Budget mit vier Stimmen ablehnte, noch mit zwei Sätzen; der eine davon wurde eigentlich in der zweiten Sitzung von der Mehrheit des Stadtrats inhaltlich genehmigt. Drittens möchten wir gerne vermeiden, dass anhand einer möglichen Interpretation, die bei der Lektüre des vorliegenden Textentwurfs des Büros entstehen könnte, eine Beschwerde eingereicht werden könnte. Dabei geht es darum, dass die Botschaft eine Beschreibung des Geschäfts darstellen sollte. Und die Botschaft ist keine Darstellung der Mehrheitsmeinung des Parlaments. Bevor die Botschaft verabschiedet wird, wird gestützt auf den Bericht & Antrag des Gemeinderates über das Geschäft beraten, eine Meinung gefasst und sodann erst im Nachgang die Botschaft verabschiedet. Aus diesem Grund störten wir uns an der Formulierung, dass sich die Argumente der zustimmenden Mehrheit des Stadtrats aus den Ausführungen der Botschaft ergeben und wir dieser Aussage nicht zustimmen können. Deshalb passten wir dies auch entsprechend an, gibt es doch verschiedenste Motive dieser 27 Stadträtinnen und Stadträten, warum hier zugestimmt wurde, aber nicht alle in der Botschaft aufgeführt sind, meine eigene jedenfalls nicht. Das ist der Punkt, wieso wir Änderungen vorschlagen.

Wir hatten auch noch weitere Punkte, die uns nicht gefielen. Im Moment liegt ja noch kein Protokoll der letzten Stadtratssitzung vor, sodass es falsch wäre zu sagen, was in der letzten Sitzung gesagt oder nicht gesagt wurde, da dafür das Protokoll massgebend ist. Nach Erinnerung aller Personen, mit denen ich redete, begründete es in der letzten Stadtratssitzung niemand, wieso er sich der Stimme enthielt. Aus diesem Grund sehen wir es als heikel an, wenn nun in dieser Botschaft eine Begründung der enthaltenden Stimmen erscheint. Die Begründung wurde einem Mail einer Fraktion entnommen, was wir nun auch so zulassen, weil eben danach gefragt wurde und wir nicht weiter darüber diskutieren möchten. Aber im Prinzip geht es dabei um eine nachgeschobene Begründung, was nicht Sinn und Zweck einer in der Botschaft wiedergegebenen Diskussion im Stadtrat sein kann. Der langen Rede kurzer Sinn liegt darin, dass wir dieses Geschäft heute gerne verabschieden möchten. Wir möchten aus hygienischen Gründen verschiedene Änderungen an Ziffer 7 und der Entsprechung in der einleitenden Zusammenfassung vornehmen, was wir rechtzeitig einreichten und als Text vorgängig verteilt wurde, sodass es alle studieren konnten. Dazu sind wir gerne bereit Fragen zu beantworten und stellen diesen Text als einen integralen Antrag zur Debatte.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. Du redetest in dem Fall auch noch sogleich zum Antrag der Fraktionen FDP/jll und SVP. Gleichwohl habe ich noch eine Verständnisfrage. Am Ende von Ziffer 7 steht in der Botschaft ja noch, dass die Details zu den Beratungen im Stadtrat in den Protokollen zu finden sind und diese den Stimmberechtigten zur Verfügung stehen. Bis dann wird dies ja vorliegen und ich gehe davon aus, dass diese Passage mit dem Antrag zu Ziffer 7 nicht gestrichen wird und somit nach wie vor in der Botschaft stehen bleibt. Ist dem so?



**FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):** Ja, das ist richtig. Es gibt auch noch eine Einleitung zu Ziffer 7, die wir ebenso wenig veränderten. Es geht alleine um den gemeinsamen Text, der in der Zusammenfassung und in Ziffer 7 vorkommt.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Gut, das begriffen wir nun hoffentlich alle so. Merci. Gibt es weitere Fraktionen, die sich nun dazu äussern möchten?

**SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP):** Liebes Stadtratsbüro, besten Dank für die Erarbeitung dieser Botschaft. Wir finden den Text ausgewogen, transparent, sehr deutlich in der Aussage, es gibt keine Verschleierungen und man weiss, wer sich hier mit welchem Abstimmungsverhalten einbrachte. Dementsprechend werden wir wahrscheinlich auch diesen Antrag der FDP/jll- und SVP-Fraktionen grossmehrheitlich ablehnen, lag er ja erst nach unserer Fraktionssitzung vor und wir keinen Beschluss dazu fassen konnten. Dabei möchten wir auch die hier geleistete Arbeit nicht derart verändern, wie es hier vorgeschlagen wird. Wir würdigen dies und danken vielmals, dass wir dazu per Mail Stellung beziehen konnten, was wir auch machten und auch in den Text miteinfluss, was uns sehr freute. Wir finden, dass diese Abstimmungsbotschaft genau so, wie wir sie vorgeschlagen bekamen, der Bevölkerung zugestellt werden sollte, damit sie auch sieht, warum man wie abstimmte und vor allem wer, wie abstimmte. Das ist uns wichtig und deshalb werden wir dem Stadtratsbüro folgen. Merci.

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Es bringt, so glaube ich, mehr rhetorische Abwechslung, wenn man zuerst Saima Sägesser reden liess und nun wieder ein Vertreter derjenigen Fraktion, die diesen Antrag mitverantwortet. Die SVP-Fraktion möchte vorab dem Stadtratsbüro für die akribische Arbeit und dem Willen danken, eine bestmöglich transparente Abstimmungsbotschaft zu schaffen. Wir erlauben uns dazu einfach folgende Bemerkung: Man berief sich ja hier nun auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung, der besagt, dass Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte gesondert darzustellen sind. In der Regel löste dieser Artikel nicht allzu viele Debatten aus. Ich erinnere mich, dass man bei der Abstimmungsbotschaft über den Kredit von Fr. 250'000.00 für die SCL-Jugend etwas darüber redete, wie viele Mehrheits- und wie viele Minderheitsstandpunkte in eine Botschaft gehören. Ansonsten genoss dieses Thema jeweils nicht ganz dieselbe Priorität, vor allem dann, wenn gleich davor der materielle Erlass durchgespielt wurde. Ich machte mir dann die Mühe um zu schauen, wie die Regelung dazu in der alten Gemeindeordnung, wie dies früher genannt wurde, ausfiel. Dieser Absatz findet sich ziemlich wortwörtlich identisch in der alten Gemeindeordnung. Und in der alten Gemeindeordnung kannte man auch schon diese Praxis, so wie wir es an der letzten Budgetsitzung machten, dass man etwas knapper die Minderheits- und Mehrheitsvoten darstellte und nicht noch überall festhielt, wer sich aus welchem Grund enthielt oder zustimmte oder ablehnte. Und schon gar nicht operierte man dabei mit Parteibezeichnungen. Wir waren eigentlich davon ausgegangen, dass weiterhin die Praxis gemäss dem alten Wortlaut Gültigkeit hat, wenn man dann schon den Wortlaut 1:1 in die neue Stadtverfassung überführt. Von dem her scheint uns die Anpassung der Botschaft, wie man sie jetzt vornahm, unter rechtlichen Gesichtspunkten nicht zwingend.

Wenn wir hier nun diesem Destillat zustimmen – zumindest dann, wenn die von uns beantragten Änderungsvorschläge angenommen werden, so erfolgt das auch überhaupt nicht in Anerkennung irgendeines rechtlichen Präjudizes, sondern sollte vielmehr der politisch psychologischen Hygiene dienen, dass wir am Schluss mit einer von allen Seiten mehr oder weniger akzeptierten Abstimmungsbotschaft in den Abstimmungskampf schreiten können. Die Änderungen, die wir Ihnen beliebt machen, scheinen uns allerdings nötig. Vorredner Diego Clavadetscher erwähnte dazu bereits das meiste. Vielleicht kann ich lediglich noch ergänzen, dass die Aussage in der ursprünglichen Fassung, wonach sich die Argumente der 27 zustimmenden Mitglieder aus den vorhergehenden 20 Seiten ergeben, damit einen implizit schlicht falschen Eindruck erwecken, wonach die vorangegangenen 20 Seiten ein einseitiges Plädoyer für ein Ja wäre. Und das sollte eine Abstimmungsbotschaft ja genau nicht sein. Man darf zwar den Akzent ein bisschen auf die eine Seite legen, aber die Aussage sollte dabei dennoch neutral ausfallen. Und so kann man dann eben für die zustimmenden Argumente nicht einfach sagen, dass man dies bereits auf den 20 Seiten zuvor ausführte, ansonsten man eben implizit damit aussagt, dass diese 20 Seiten vorher Ja-Propaganda sind.



Deshalb möchte wir dies hier ändern und es wäre wohl auch nicht richtig, weil die Abstimmungsbotschaft eigentlich ausgewogen dargestellt ist und auch die finanziellen Auswirkungen aufzeigt. Dabei verweist man auch noch auf die Debatte und es ist nicht einfach ein Ja-Plädoyer, wodurch man dann vielleicht dieser Leistung nicht ganz gerecht würde, wenn man auf etwas verweist, was einen falschen Eindruck erwecken könnte. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Partei- oder Fraktionsbezeichnungen hier in der Darstellung nichts zu suchen haben. Man betrieb einen beachtlichen Aufwand um aufzuzeigen, weshalb sich jemand der Stimme enthielt. Es ist ein gewisses Kunstwerk, dass man die Meinung von jemandem, der keine Meinung äusserte, so wiedergeben kann. Also herzliche Gratulation dazu. Im Entwurf reichte es dann aber einfach nicht mehr ganz zu sagen, warum vier von fünf Leuten das Budget ablehnten. Es wird zwar erwähnt, dass man gegen diese Steuererhöhung war, aber mehr steht dann aber auch nicht. Wenn ich nun aber sehe, welchen Aufwand man betrieb und wie fest man sich darum bemühte, die Abänderungsanträge zu erklären, die man ansonsten kaum je in der Botschaft erwähnte, wie die Haltungen dazu waren und warum sie so waren, dann waren wir doch der Meinung, dass es wertungsmässig nicht ganz genügend ist, wenn man dann in der Schlussabstimmung bei diesen vier von fünf Leuten, die das Budget ablehnten, einfach nur sagt, dass dies aufgrund der Steuererhöhung erfolgte. Da hätten wir uns gewünscht, dass dort vielleicht noch ein halber Satz mehr steht. Das ist somit auch Teil des Antrags und ich wiederhole nochmals, dass falls die Arbeit des Stadtratsbüros dazu führen kann, dass wir am Schluss eine Abstimmungsbotschaft vorliegen haben, bei der man von links bis rechts sagt, dass man damit in den Abstimmungskampf gehen kann, so ist politisch viel gewonnen. Deshalb werden wir bei Annahme der Abänderungsanträge in der Schlussabstimmung auch der Wiedererwägung und der neuen Botschaft so zustimmen. Danke fürs Zuhören.

**GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP):** Besten Dank dem Büro des Stadtrates für die aufwendige Arbeit und für die Erstellung dieser angepassten Abstimmungsbotschaft. Die GLP/EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass es richtig und auch wichtig ist, dass die Minderheitsmeinungen in der Botschaft entsprechend abgebildet werden. Dies soll jeweils auch mit einer kurzen Begründung erfolgen, um die Hintergründe zur geäusserten Meinung darzulegen. Eine Mehrheit unserer Fraktion ist der Ansicht, dass es zudem auch in Ordnung und auch der Transparenz geschuldet ist, wenn in der Abstimmungsbotschaft auch ersichtlich wird, aus welcher Partei, beziehungsweise aus welcher Fraktion die geäusserte Meinung stammt. Eine Minderheit unserer Fraktion vertritt die Auffassung, dass eine Abstimmungsbotschaft möglichst politisch neutral formuliert sein sollte und man dabei vermeiden sollte, dass gewisse Aussagen Parteien oder Fraktionen konkret zugeordnet werden können. Es soll damit nicht Tür und Tor dafür geöffnet werden, dass dies bei künftigen Abstimmungsbotschaften zu einem grossen Gefecht im Stadtrat führt, wie dies genau zu formulieren ist, beziehungsweise wie sich wer äusserte und dabei versucht wird in der Abstimmungsbotschaft Wahlkampf zu betreiben. Diese soll wie gesagt politisch möglichst neutral formuliert sein. Daraus erschliesst sich, dass die Mehrheit der GLP/EVP-Fraktion dem Antrag des Büros zustimmen und den Antrag der FDP/jll- und SVP-Fraktion ablehnen wird.

Dazu möchte ich noch persönlich anmerken, dass ich es richtig und wichtig finde, dass sich das Büro des Stadtrats hier noch einmal eingehend und vertieft mit dem materiellen Inhalt der Botschaft auseinandersetzt. Deshalb bedanke ich mich nochmals bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Es ist sicher begrüssenswert, wenn bei zukünftigen Abstimmungsbotschaften alle Anträge bei einer 1. oder bei der 2. Lesung eingereicht und diskutiert werden können, sodass es keine zusätzliche Besprechung braucht. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci herzlich. So kamen jetzt alle Fraktionen an die Reihe und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern. Möchte jemand in dieser Funktion das Wort? Offenbar nicht. So kommen wir bereits zur Abstimmung über diesen Antrag der FDP/jll- und SVP-Fraktion. Wir stimmen folgendermassen ab: Wer diesen Antrag der beiden genannten Fraktionen unterstützen möchte, stimmt mit Ja und wer dem Antrag des Büros folgen möchte, stimmt mit Nein. Und wer sich enthalten möchte, macht das ohne Begründung und enthält sich der Stimme. Wer nun also dem Antrag der FDP/jll- und SVP-Fraktion zustimmen möchte, zeigt dies mit der orangen Karte. Wer sich für die Version des Büros Stadtrat entscheidet, erhebt nun dazu die Karte. Gibt es Enthaltungen?



## Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP/jll- und der SVP-Fraktion zu Seite 7 f. und Ziff. 7 der Abstimmungsbotschaft

**20 Ja angenommen**

17 Nein

1 Enthaltung

### **Antrag der Fraktionen FDP/jll und SVP zum Traktandum Nr. 4 der Stadtratssitzung vom 28.11.22**

Der Text auf Seite 7 f. entspricht – soweit ersichtlich – wortwörtlich dem Inhalt von Ziff. 7 (mit Ausnahme des ersten Absatzes von Ziff. 7, der nicht übernommen worden ist). Dementsprechend wird nachstehend nur Ziff. 7 aufgeführt. Die Anpassungen wären dann auf S. 7 zu übertragen.

### **7. Beratungen im Stadtrat**

Der Stadtrat setzte sich an seinen Sitzungen vom 29. August 2022 und vom 31. Oktober 2022 eingehend mit dem Budget 2023 auseinander. In der Schlussabstimmung verabschiedete der Stadtrat bei 38 anwesenden Mitgliedern das vorliegende Budget 2023 am 31. Oktober 2022 mit 27 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen zu Händen der Volksabstimmung vom 22. Januar 2023 und beantragt Ihnen damit mehrheitlich, dem Beschluss am Ende dieser Botschaft zuzustimmen.

In der ersten Lesung am 29. August 2022 diskutierte der Stadtrat die finanzielle Situation der Stadt eingehend und umfassend und beauftragte den Gemeinderat, im Hinblick auf die zweite Lesung im Stadtrat weitere Prüfungen mit dem Ziel einer Ergebnisverbesserung (Aufwandreduktionen) vorzunehmen sowie Massnahmen in Bezug auf die Budgetprozesse der Folgejahre umzusetzen. Im Rahmen der zweiten Lesung am 31. Oktober 2022 beriet der Stadtrat, auf der Basis der Stellungnahme des Gemeinderates zu den erteilten Aufträgen, das Budget (nochmals) in seiner Gesamtheit und auch in seinen Einzelpositionen. Die Steuererhöhung von 1.38 auf 1.44 Steuereinheiten wurde dabei, abgesehen von einzelnen Mitgliedern des Stadtrates, mehrheitlich als notwendig beurteilt. Im Gegenzug zur Erhöhung der Steueranlage beschloss der Stadtrat jedoch zusätzliche Aufwandreduktionen im Umfang von rund Fr. 0.24 Mio. Sie betrafen einen grossen Teil der Kosten des jährlichen Weihnachtsschlusssessens der Behörden, einen Anteil der Betriebskosten des Stadttheaters, die Kosten für die Wiedereinführung des Projektes Sicherheit/Intervention/Prävention (SIP) und einen Anteil der vom Gemeinderat vorgesehenen Mittel zur Finanzierung der Lohnentwicklung für das Jahr 2023 des städtischen Personals. Insbesondere die Einsparungen beim Betrieb des Stadttheaters, die Streichung der Kosten für die Wiedereinführung von SIP und die Reduktion beim städtischen Personal waren im Stadtrat allerdings umstritten.

Gemäss Art. 58 Abs. 2 der geltenden Stadtverfassung sind Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat in der Abstimmungsbotschaft gesondert darzustellen:

- 27 Mitglieder des Stadtrates haben in der Schlussabstimmung dem Budget 2023 aus teilweise unterschiedlichen Motiven zugestimmt. Wichtig ist aber der Hinweis, dass für die beauftragten Mitglieder des Stadtrates die vom Gemeinderat in Aussicht gestellten Begleitmassnahmen für die Erstellung der kommenden Budgets 2024 ff sowie die Tatsache ausschlaggebend war, dass der Finanzplan 2023 – 2027 für diese Planungsperiode keine weiteren Steuererhöhungen einrechnet.
- Verschiedene Stadtratsmitglieder sprachen sich in der Detailberatung gegen die vom Stadtrat beschlossenen zusätzlichen Einsparungen im Bereich des Stadttheaters, beim Projekt SIP sowie bei den finanziellen Mitteln für die Lohnentwicklung des städtischen Personals aus. Dies auch in Beachtung des Umstandes, dass in ihrer Beurteilung bereits bei der Erarbeitung des Budgets 2023 durch den Gemeinderat wesentliche Spammassnahmen umgesetzt wurden.
- In der Schlussabstimmung war das Abstimmungsverhalten der 38 anwesenden Stadtratsmitglieder wie folgt:
  - 27 Stadtratsmitglieder stimmten für das Budget 2023.
  - Sechs Mitglieder enthielten sich der Stimme, um zum Ausdruck zu bringen, dass die vom Stadtrat zusätzlich beschlossenen Einsparungen nicht toleriert werden, was aber nicht dazu führen soll, dass das Gesamtergebnis mit der integrierten Steuererhöhung gefährdet wird und die Stadt allenfalls über eine längere Zeit ohne rechtskräftiges Budget 2023 dasteht.
  - Vier Stadtratsmitglieder lehnten das Budget 2023 in der Schlussabstimmung wegen der Steuererhöhung ab. Sie erachten den Zeitpunkt für eine weitere finanzielle Mehrbelastung der Steuerzahlenden wegen der herrschenden Wirtschaftslage als falsch und sehen im Vordergrund eine ausgabenbürtige Reduktion des Defizits.
  - Ein Mitglied stimmte wegen der beschlossenen Einsparung beim Stadttheater gegen das Budget 2023.

Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen zu diesem Traktandum? Das ist nicht der Fall, sodass ich die Beratung für geschlossen erkläre. Wünscht der Vizestadtratspräsident Michael Schenk nochmals das Wort? Nein, das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Jetzt stimmen wir zuerst über die Wiedererwägung ab. Falls diese Wiedererwägung abgelehnt wird, so würde diejenige Version der Botschaft gültig sein, so wie Sie Ihnen heute ursprünglich unterbreitet wurde, weil dann eben keine Wiedererwägung stattfand, sodass sich daraus auch Ziffer 2 des Beschlussesentwurfs erübrigt. Wer der Wiedererwägung gemäss Ziff. I betreffend dieser Abstimmungsbotschaft zustimmen möchte, reckt jetzt die Stimmkarte in die Höhe. Wer diese Wiedererwägung ablehnen möchte, zeigt es nun entsprechend an. Gibt es Enthaltungen?

So kommen wir nun zu Ziff. II des Beschlussesantrags des Büros. Wer nun den Entwurf der Abstimmungsbotschaft, so wie sie nun heute mit den beschlossenen Änderungen vorliegt, genehmigen möchte, zeigt dies bitte mit der Stimmkarte. Wer möchte den Entwurf ablehnen? Wer enthält sich der Stimme?



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

## III Abstimmung:

### ■ Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:

1. Die Beschlüsse des Stadtrates vom 31. Oktober 2022 in Zusammenhang mit der Beratung der Botschaft für das Budget der Erfolgsrechnung 2023 werden in Wiedererwägung gezogen und aufgehoben, soweit sie im vorliegenden Botschaftsentwurf des Stadtratsbüros vom 17. November 2022 nicht eingeflossen sind.
2. Das Sekretariat des Stadtrats wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

### ■ Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:

1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 17. November 2022 betreffend "Budget der Erfolgsrechnung 2023 (Budget 2023)" mit den an der Sitzung beschlossenen Anpassungen für die Gemeindeabstimmung vom 22. Januar 2023 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 5. **Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Bevölkerungsvorstosses: Stellungnahme**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es folgen nun noch zwei Traktanden, die wir sicherlich noch vor der Pause erledigen möchten, da es nun bereits das dritte Mal ist, dass diese traktandiert wurden und wir da nicht nochmals etwas riskieren wollen. Es folgt demgemäss Traktandum Nr. 5 betreffend die Stellungnahme zum Beschlussantrag von Cap (GL), Zürn (GL), Lehmann (SP), Fankhauser (glp) und Mitunterzeichnende zur Einführung eines Bevölkerungsvorstosses. Auch hier gilt, dass das Eintreten zwingend ist und wir deshalb mit der Beratung fortfahren.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Aus dem Büro des Stadtrats erfolgt die Berichterstattung auch hier durch den Vizestadtratspräsidenten Michael Schenk.

**Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Ich möchte kurz resümieren, worum es geht, ist es doch bereits eine Zeit lang her, seit dieser Antrag für einen Bevölkerungsvorstoss eingereicht wurde. Es soll damit neu möglich sein, aus der wachsenden Wohnbevölkerung einen Vorstoss, eine Motion oder ein Postulat oder auch eine Interpellation dem Parlament der Stadt Langenthal zur Beratung einzureichen. Konkret wird vorgeschlagen, dass eine notwendige Anzahl von 40 Unterschriften von Personen erforderlich ist, die mindestens 18 Jahre alt sind und in der Stadt Langenthal wohnen. Das heisst, dass diese Leute über eine Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung verfügen müssen. Dies soll quasi als Instrument zwischen Volksinitiative, die eine sehr hohe Hürde aufweist, und einer Petition, die eigentlich gar keine Hürde kennt und auch kaum eine Wirkung entfacht, eingeführt werden.

Das Büro des Stadtrats diskutierte den Beschlussantrag und begrüsst dieses Anliegen grundsätzlich. Es erachtet diesen Bevölkerungsvorstoss als gutes Mitwirkungsinstrument, ohne dass dabei kritische politische Rechte angepasst werden müssten. Das Büro des Stadtrats lud dazu den Gemeinderat zu einer Stellungnahme ein, was der Gemeinderat auch wahrnahm und dem Büro entsprechend zustellte. Besten Dank. Dabei gilt es nun aber noch einige Punkte zu diskutieren, die bereits vom Büro und dem Gemeinderat thematisiert wurden und entsprechend darüber zu entscheiden. Dabei geht es beispielsweise um Fragen, auf welcher Stufe die Regelung eingeführt werden soll, ob diese Einführung gemäss Stadtverfassung zwingend eine Volksabstimmung auslösen würde oder auf Stufe der Geschäftsordnung des Stadtrats zu klären ist? Weiter wurde diskutiert, ob diese 40 Unterschriften ausreichen oder ob diese Unterschriftenzahl allenfalls auf 100 oder noch mehr zu erhöhen ist. Schliesslich ist auch zu klären, ob der Stadtrat über die konkrete Ausgestaltung eines Bevölkerungsvorstosses zu entscheiden hat. Das Büro empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussantrag für einen Bevölkerungsvorstoss zu unterstützen und dem Büro den Auftrag zur Ausarbeitung eines Entwurfs zu erteilen. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke vielmals. Wir kommen zur Anhörung des Gemeinderates gemäss Art. 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats. Wird dazu das Wort seitens des Gemeinderates gewünscht? Das ist nicht der Fall, danke vielmals. Eine Berichterstattung aus der GPK liegt keine vor, sodass nun der Sprecher oder die Sprecherin des Beschlussantrags die Möglichkeit zur Stellungnahme erhält. Wem darf ich das Wort erteilen?

**Sprecher des Beschlussantrags, Georg Cap (GL):** Ich und die Mitinitiant:innen sind erfreut über die positive Beantwortung und die befürwortende Stellungnahme durch das Stadtratsbüro sowie seitens des Gemeinderates zu diesem Vorstoss. Bei der politisch aufmerksamen und mit einer politischen Mitbestimmung vertrauten Schweizer Bevölkerung besteht immer ein ausgeprägtes Bedürfnis umfassende politische Mitsprachrechte zu haben. Und ehrlich gesagt, dürfte dieses Mitspracherecht und die damit verbundenen Möglichkeiten in unseren Augen auch noch ausgeprägter ausfallen, als sie es aktuell sind, weil unsere so hoch gelobte direkte Demokratie vielleicht nicht immer so direkt ist, wie sie sein könnte. Genau dies soll dieser Bevölkerungsvorstoss verbessern.



Unser demokratisches System funktioniert zwar gut und unsere politischen Rechte sind relativ umfangreich und sicher. Trotzdem gibt es konstant Bevölkerungsgruppen von Stimmberechtigten, die sich durch die Parteipolitik der etablierten Parteien vielleicht nicht zufriedenstellend vertreten fühlen, oder dann grosse Mühe bekunden gewählte Politiker:innen zu finden, die ihre Themen und Anliegen ins Parlament einbringen und zufriedenstellend vertreten. Diese Menschen werden trotz Stimm- und Wahlrecht in der politischen Debatte und im Diskurs auf eine Art an den Rand gedrängt, weil sie eben keinen Zugang zu etablierten Parteien haben. Auch diesen Leuten sollte es möglich sein, sich thematisch in die Parlamentspolitik einzubringen, um dadurch erwirken zu können, dass auch ihre Themen von uns, das heisst dem Parlament, debattiert werden. Nebst diesen Menschen gibt es aber auch noch einen grossen Teil unserer Bevölkerung, die kein politisches Mitspracherecht hat, nämlich Ausländerinnen und Ausländer. Sie leben schon jahrelang bei uns und bezahlen Steuern, aber in der Politik verfügen sie über keine Stimme, können nicht mitreden und auch nicht wirklich Themen einbringen, die wir debattieren könnten, weil sie vielleicht einerseits über kein Stimm- und Wahlrecht verfügen und andererseits auch keinen Zugang zu einer Parlamentarierin oder Parlamentarier finden, die sie zufriedenstellend in ihren Themen vertritt. Und dies soll geändert werden, weil diese Menschen vom politischen Diskurs faktisch ausgeschlossen sind, da sie aufgrund des fehlenden Schweizer Passes so gut wie keine politischen Rechte haben.

Dazu muss man bedenken, dass in Langenthal genau diese Menschen fast ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. Dabei geht es um ein Viertel einer Gemeinschaft, die über kein Recht auf politische Mitsprache verfügt, was für mich irgendwie abstrus tönt und es in meinen Augen auch nicht geben darf. Natürlich ist das Stimm- und Wahlrecht ein Privileg, das man erst mit dem Schweizer Pass erhält. Das soll hier aber auch in keiner Art und Weise zur Debatte stehen. Aber wer Teil einer städtischen Gemeinschaft ist, sollte in irgendeiner Form doch die Möglichkeit haben, seine Ideen und Bedürfnisse mit Nachdruck in den politischen Diskurs einbringen zu können. Das letzte Wort dazu und die Entscheidung soll am Ende aber immer das Parlament oder die Stimmbevölkerung bekommen. Aber das Recht, politische Themen einzubringen, soll jedem Menschen offenstehen. Und genau dieser Schritt sollte die Stadt Langenthal mit dem Bevölkerungsvorstoss hoffentlich machen. Der geforderte Bevölkerungsvorstoss bezweckt in diesem Sinn eine bessere und direktere politische Mitsprache für die erwachsene Bevölkerung von Langenthal und für Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht. Dabei erfolgt das Ganze in einem sinnvollen und in meinen Augen moderaten Rahmen, ohne dabei irgendwelche bestehenden politischen Rechte und Pflichten zu verletzen oder unangemessen verfassungswidrig auszuweiten. Es wäre sehr erfreulich, wenn Langenthal die demokratische Fortschrittlichkeit und Vorbildfunktion wahrnehmen würde und wir hier heute Abend den Menschen in unserer Gemeinde diese Mitsprache zusprechen. Wie in der Antwort des Stadtratsbüros richtig ausgeführt wurde, würde die Umsetzung dieses Bevölkerungsvorstosses keine bestehenden politischen Rechte verletzen oder tangieren oder gar eine Neuvergabe politischer Rechte bedeuten. Der Bevölkerungsvorstoss würde lediglich eine Ausweitung politischer Mitsprache auf Parlamentsebene bedeuten, ohne dabei aber das Parlament als solches, den Parlamentsprozess oder die Entscheidungsmacht des Parlaments und des Volkes zu beeinflussen. Somit gibt es für mich eigentlich keinen triftigen Grund, wieso Langenthal seinen Einwohnerinnen und Einwohnern keinen Bevölkerungsvorstoss ermöglichen sollte.

Man mag sich vielleicht fragen, ob ein solches Instrument nicht zu einer Flut von sinnlosen Parlamentsvorstössen führen würde, wenn da plötzlich jeder etwas einbringen kann. Oder im Umkehrfall, dass er vielleicht gar nicht gebraucht wird. Beides entspricht einem Szenario, aber beide Szenarien sind in meinen Augen nicht realistisch. Das eine kann man steuern, indem man die notwendige Anzahl Unterschriften optimal definiert. In diesem Punkt streben wir durchaus einen Mittelweg an und wir finden, dass die als Idee vorgebrachten 40 Unterschriften durchaus auch zu tief angesetzt sein könnten. Gleichzeitig sind wir aber auch der Meinung, dass die Hürde nicht zu hoch angesetzt werden darf. Setzt man sie dann vielleicht mit 200 Unterschriften fest, wäre sie dann wieder zu unattraktiv. Wenn wir es beispielsweise mit denjenigen Städten vergleichen, die einen Bevölkerungsvorstoss bereits kennen wie beispielsweise St. Gallen, Winterthur oder Burgdorf, das etwas in diese Richtung einführte, oder Köniz, Luzern und Kriens, so verlangt Luzern 100 und St. Gallen lediglich 15 Unterschriften, was ich persönlich auch zu tief finde. Entsprechend denke ich, dass man einen Weg finden müsste, diese Unterschriftenzahl der Bevölkerung entsprechend



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

irgendwo zwischen den im Antrag vorgeschlagenen 40 und den vom Büro vorgeschlagenen 100 Unterschriften festzulegen, was ja dann von Stadtrat und Gemeinderat zu definieren wäre, falls dieser Vorstoss angenommen wird.

Falls nun aber dieser Bevölkerungsvorstoss fast nie genutzt würde, so muss ich ehrlich sagen, dass, wenn auch dieses Instrument nur alle fünf oder zehn Jahre zum Einsatz gelangt, es seinen Zweck bereits erfüllte, wenn dabei etwas Sinnvolles herauskommt, das der Stadt etwas bringt oder damit etwas in Gang gebracht werden kann, was der Bevölkerung auch dienlich ist und die Stadt auf irgendeine Art weiterbringt.

Liebe Anwesende, wir können mit der Einführung des Bevölkerungsvorstosses eigentlich nichts verlieren, sondern können nur etwas gewinnen. Wir können damit demokratische Fortschrittlichkeit demonstrieren und Menschen eine Stimme geben, die aktuell in der Politik in unseren Augen zu wenig Gehör finden. Somit hoffe ich, dass Sie den Mehrwert eines Bevölkerungsvorstosses erkennen können, sodass ich Sie bitte, im Sinne einer umfangreichen gerechten und möglichst direkten Demokratie, in der alle Menschen unserer Langenthaler Bevölkerung ein Minimum an Mitsprache haben sollen, dem Beschlussantrag des Stadtratsbüros zu folgen und einer Ausarbeitung des Bevölkerungsvorstosses für Langenthal zuzustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. So kommen wir nun zu den Fraktionen. Wem von den Fraktionen darf ich das Wort erteilen?

**FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos):** Die FDP/jll-Fraktion machte es sich nicht einfach zu diesem Vorstoss eine Haltung zu finden, respektive zu beschliessen, weil das Anliegen auf den ersten Blick natürlich gut tönt. Die Partizipation, also das Teilhaben an den demokratischen Prozessen ist grundsätzlich immer erfreulich und damit natürlich auch erwünscht. Somit tönt das Anliegen auf den ersten Blick sympathisch, aber, wenn man dann genauer hinschaut, was wir dann auch machten, kamen wir zum Schluss, dass es primär wohl vor allem falsche Erwartungen weckt, wenn man einen solchen Bevölkerungsvorstoss einführen würde. Schon allein an der Vorstellung, dass ein solcher Bevölkerungsvorstoss eingereicht werden sollte, ohne dass man auch nur ein Mitglied dieses Rates, ein Stadtrat oder eine Stadträtin vom Anliegen hätte überzeugen können, sich diesem entsprechenden Thema anzunehmen, sieht man bereits, dass man dann in einem solchen Fall auch kaum eine Mehrheit im Rat erreichen würde.

Es steht ja allen offen, und zwar eben nicht nur den Stimmberechtigten, sondern allen offen, auf jemandem von uns vierzig Stadträtinnen und Stadträten zuzukommen und etwas einzubringen. Wenn dann dieses Anliegen einem Teil der Bevölkerung entspricht, und ein Teil der Bevölkerung es als berechtigt ansieht, so wird sich sicherlich auch ein Mitglied aus diesem Stadtrat finden, das dies aufnimmt und hier vorbringt, zumal dies am Ende ja auch unsere Aufgabe ist und wir uns doch nicht primär mit uns selber beschäftigen sollten – auch wenn ich zugeben muss, dass wir dies hin und wieder machen, sondern eigentlich sollten wir die Bevölkerung repräsentieren und eben auch Vorschläge und gute Ideen aus der Bevölkerung aufnehmen und anschliessend hier hineinbringen. Das wäre unsere Aufgabe. Wenn dies nicht gelingt, und keine oder keiner von uns vierzig überzeugt werden kann, wie sollte es dann bei Einreichung eines solchen Bevölkerungsvorstosses gelingen, hier im Rat auch eine Mehrheit zu finden? Hier haben wir unsere Zweifel und kommen deshalb eben zum Schluss, dass dies wahrscheinlich der falsche Weg wäre. Es müsste eigentlich vielmehr so laufen, dass man jemanden von uns von einem Thema überzeugen könnte, was dann so in den Stadtrat einfliesst.

Wenn nun aber ein solches Anliegen im Stadtrat eine Mehrheit finden würde, muss man sich aber auch bewusst sein, was danach passiert. Dazu gibt es dann halt schon immer wieder Beispiele, an denen ersichtlich wird, dass das Anliegen dann in den Mühlen der Verwaltung mehr oder weniger versandet und dadurch auch eine gewisse Frustration ausgelöst werden könnte. Ich möchte hier nicht allzu lange werden, aber ich erinnere dabei an verschiedene Vorstösse wie beispielsweise die Motion von Stefan Ryser vom 18. August 2008, wonach auf der Nordseite des Bahnhofs einen Lift zu bauen ist. Dieser Vorstoss wurde hier im Rat überwiesen, aber auch 14 Jahre später steht dieser Lift immer noch nicht. Oder noch älter war der Vorstoss von Nadine Masshardt mit der Forderung, dass man die Fussgängerüberquerung in der Hasenmattstrasse





verbessern sollte. Auch dieser Vorstoss wurde überweisen und bleibt weiterhin nicht umgesetzt. Ich könnte mit dieser Liste noch weiterfahren und es wird ja bereits geschmunzelt im Saal, sodass ich es nicht mache. Es gäbe noch weitere Dinge wie die Revitalisierung der Fliessgewässer und so weiter. Kurz zusammengefasst glauben wir, obschon dieser Beschlussantrag sympathisch tönt, dass man damit eben falsche Hoffnungen weckt und eben auch zu Frustrationen führt und am Schluss damit eigentlich nichts gewonnen ist. Ich möchte aber an dieser Stelle ganz klar wiederholen, dass alle vierzig Stadträtinnen und Stadträten für Anliegen und Ideen aus der Bevölkerung offen sein sollen, diese so in diesen Rat hineinzutragen, was aus unserer Sicht der richtige Weg ist, damit man wirklich alle miteinbeziehen kann. Aus diesem Grund stimmt unsere Fraktion diesem Beschlussantrag nicht zu. Danke.

**GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP):** Wir diskutierten diesen Vorstoss in der Fraktion kritisch und wir diskutierten ihn auch sehr kontrovers. Dabei merkten wir, dass wir ganz unterschiedliche Meinungen dazu haben. Grundsätzlich ist es aber so, dass wir für diesen Vorschlag Sympathien hegen, die Pro- und Contra-Argumente dann aber ganz unterschiedlich gewichteten. Grundsätzlich ist es wie gesagt ein sympathischer Vorstoss, da eine grössere politische Teilhabe immer wünschenswert ist. Es gibt aus unserer Sicht aber auch Argumente, die es nicht so einfach machen diesen Vorstoss zu unterstützen. Georg Cap nahm bereits einige Punkte unserer Gedanken auf, wozu wir dann vielleicht zu etwas anderen Schlussfolgerungen kommen.

Dabei fragten wir uns aber auch ganz konkret, wer denn ein solches Instrument nutzen würde? Wir gingen davon aus, dass dies eine Person sein müsste, die entweder politisch sehr interessiert ist, oder Leute kennt, die politisch sehr interessiert sind. Dies sehen wir deshalb so, weil erstens diese Person ein Anliegen haben muss, das sie auf politischem Weg einbringen möchte und zweitens dann auch dieses Instrument des Bevölkerungsvorstosses kennen müsste. Wenn wir uns dabei hingegen vergegenwärtigen, wie bereits Schweizer über wenige Kenntnisse verfügen, welche politischen Möglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen, so können wir uns dazu schwer jemanden vorstellen, der dies nutzen wird. Das heisst, dass sich die Person entweder mit unserem politischen System sehr gut auskennt, oder eben in Kontakt mit Menschen steht, die das so machen. Gleichzeitig ist dies aber auch eine Person, die sich – egal aus welchen Gründen, so wie es auch Georg Cap bereits erwähnte, nicht durch die bestehenden Parteien vertreten fühlt, weil sie ansonsten ihr Anliegen via eine Partei oder einer der vierzig Stadträtinnen und Stadträte eingeben würde. Da stellt sich dann halt auch wieder die Frage, warum sie das nicht macht; ob das Anliegen so abwegig ist, dass sich damit niemand von uns Stadträtinnen und Stadträte damit die Finger verbrennen oder deshalb das Anliegen nicht einbringen möchte? Oder wünscht diese Person trotz allem politischen Interesse keinen Kontakt zu bestehenden Parteien oder Stadtratsmitgliedern? Gleichzeitig findet sie dann aber doch vierzig Menschen – oder wie viele es dann auch immer sein werden, die das Anliegen unterstützen? Wie gesagt, haben wir ein bisschen Mühe zu sehen, wer konkret solch eine Möglichkeit nutzen würde und ob es sinnvoll ist, wenn man ein Instrument einführt, deren Nutzung fraglich ist? Dies lassen wir so offen stehen. Wie gesagt, diskutierten wir es kontrovers und deshalb wird es auch kein einheitliches Abstimmungsverhalten unserer Fraktion geben.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke vielmals. Gibt es jetzt weitere Fraktionen, die sich zu Wort melden möchten?

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Dieser Bevölkerungsvorstoss wurde ja bereits in wenigen Parlamentsgemeinden eingeführt, dabei immer von viel hehren Überlegungen und grossen Zielen begleitet. Wenn man dann aber die Praxis anschaut, muss man eigentlich konstatieren, dass dieses Instrument dann irgendwo «toter Buchstabe» bleibt, redete ich doch heute mit einem Vertreter aus einer Gemeinde, die einen solchen Bevölkerungsvorstoss kennt. Das bestärkt ein bisschen die Aussage von Vorredner Pascal Dietrich, dass man damit vor allem Erwartungen erweckt, die man danach nicht erfüllen kann. Wir in der SVP-Fraktion sind eigentlich der Meinung, dass die heute vorliegenden Instrumente gut und ausreichend sind. Es ist namentlich auch nicht so, dass Leute unter 18 Jahren oder Leute, die keinen Schweizer Pass besitzen, einfach von der politischen Teilhabe ausgeschlossen sind. Einmal abgesehen davon, dass man in einer Partei Mitglied werden kann, möchte ich hier auch auf das Petitionsrecht hinweisen, das es schweizweit gibt und es



auch im Kanton Bern gibt. Und im Kanton Bern hat man gemäss Kantonsverfassung auch Anspruch auf eine Antwort, womit der Kanton Bern sogar über die verfassungsmässigen politischen Rechte der Schweiz hinausgeht und das Petitionsrecht im Kanton Bern damit sogar etwas weitergeht. Und auch Ausländerinnen und Ausländer können Petitionen unterzeichnen und auch damit verfügt man hier über eine politische Teilhabe. Und wer gerne umfassend politisch teilhaben möchte, der oder die ist herzlich eingeladen das Einbürgerungsverfahren an die Hand zu nehmen. Es ist auch nicht mehr so, wie es vielleicht vor 20 Jahren gewesen sein mag, dass dies besonders restriktiv gehandhabt wird. Mittlerweile wurden die Voraussetzungen auch schweizweit harmonisiert. Wenn man dann jeweils die Anzahl der Eingebürgerten in die richtigen statistischen Verhältnisse setzt, so kommt dabei auch die Schweiz relativ durchschnittlich weg. Auch wenn gleichwohl Hürden für eine Einbürgerung bestehen, sind sie doch auch nicht mehr so hoch. Wer sich hier gerne politisch engagieren möchte, soll doch dann diesen Weg gehen.

Wir hatten in der SVP vor allem die Auffassung, dass dieser Vorstoss uns allen hier im Saal doch eigentlich ein schlechtes Zeugnis ausstellt, weil wir Frauen und Männer im Stadtrat ja eigentlich als Volksvertretung da sind, auch wenn wir nur von «denjenigen mit Stimmrecht», das heisst von Schweizerinnen und Schweizern über 18 Jahre, gewählt werden können, aber die Volksvertreterinnen und Volksvertreter für die gesamte Bevölkerung sind und dabei – und ich versuche dies zumindest so zu handhaben, für alle Anliegen von allen aus der Bevölkerung offen sein sollten. Also wenn man hier quasi sagt, dass man zwar ein Parlament hat und wir eine Parlamentsgemeinde sind und keine Gemeindeversammlung wollen, wir aber dennoch solch eine Bevölkerungsmotion brauchen, so heisst das vor allem, dass der Stadtrat eigentlich ungenügend handelt.

Ich bin nicht dieser Meinung, sondern ich glaube, dass wir hier im Saal vierzig Leute sind, die aus verschiedensten Schichten kommen und verschiedene Standpunkte vertreten und damit ein vielfältiges Gremium darstellen. Wir sollten uns deshalb nicht in dieser Art heruntermachen, um irgendwie begründen zu können, dass es daneben eben dennoch ein Gefäss für eine Bevölkerungsmotion braucht, wie es auch Vordner Sigrist richtig ausführte. Auf der einen Seite müsste es jemand sein, der an Politik sehr interessiert ist und auf der anderen Seite aber jemand, der irgendeine grundlegende Skepsis gegenüber dem politischen System hegt, das es ihm verunmöglicht mit einer gewählten Volksvertretung zu diskutieren. Wenn man so schaut, was das hier für eine Schnittmenge ergibt, so würden nicht mehr so viele Leute übrigbleiben, die es rechtfertigen ein solches System einzuführen. Ergänzend lässt sich noch festhalten, dass wir vielleicht bei dieser Einführung eines Bevölkerungsvorstosses auch einen Zielkonflikt haben. Der Vorstösser Georg Cap sagte, dass er gerne 40 Unterzeichnende hätte. Und da sind sich wohl eigentlich die meisten von uns recht einig, dass diese Hürde damit viel, viel zu tief angesetzt ist. Gerade wenn man es in Vergleich zu einer Volksinitiative setzt, die 900 Unterschriften von Stimmberechtigten benötigt. Und hier könnten bereits 40 Leute eine Motion veranlassen, was viel zu tief ist. Wenn man dann aber die Höhe auf ein halbwegs vertretbares Level hieven möchte, so wäre es vielleicht so, dass diese Hürde dann doch wieder zu hoch wäre um sich einzubringen, wenn man nun den Narrativ von Georg Cap bedient. Wie man es macht, gibt es keine gute Lösung; entweder ist die Hürde so hoch, dass es vollends toter Buchstabe bleibt, oder die Hürde ist so tief, dass es viel zu einfach ist.

Ganz zum Schluss möchte ich noch in operativer Hinsicht darauf aufmerksam machen, dass wir mit diesem Bevölkerungsvorstoss ja auch ein Stück Neuland betreten würden. Bisher kennen wir bereits das Jugendpostulat, bei dem sich 40 Jugendliche einbringen können, dabei aber alleine in Form eines Postulats. Wenn man nun diesen Bevölkerungsvorstoss einführen würde, so könnte so etwas beispielsweise als Motion eingebracht werden. Dazu stellen sich dann aber die einen oder anderen Fragen, wie man dies sinnvoll umsetzen möchte? Was macht man beispielsweise mit einer Wandelung? Dabei müsste wahrscheinlich eine Person als Vertretung von allen Vorstösserinnen und Vorstössern anwesend sein. Wenn dabei der Gemeinderat sagt, dass ein solcher Vorstoss 100 Leute unterzeichnen sollten, so wäre eine Person für 100 Leute hier und müsste aufgrund einer Debatte kurzfristig entscheiden, ob sie wandeln möchte oder nicht. Wie bitte schön wollen Sie gewährleisten, dass der Vertreter oder die Vertreterin tatsächlich in der Lage ist, den Willen der anderen 99 Leute angemessen zu vertreten und diese dabei bereit wären, eine solche Motion zu wandeln?



Das kann man hier im Saal als Stadträtinnen und Stadträte machen, wenn man eine Wandelung vornehmen möchte. Man kann dabei halt während der Debatte direkt das Gespräch suchen und das ist hier bei uns so möglich. Aber wenn Sie 100 Unterschriften für einen Bevölkerungsvorstoss haben und da ein armer Teufel vor Ort den Entscheid treffen muss, ob er nun wandeln oder nicht wandeln will, so wird das einfach ein bisschen schwierig. Mit Blick auf die operationellen Bedenken zeigt sich eigentlich, dass dieses Instrument letztendlich auch nicht ganz durchdacht ist und bezeichnenderweise findet es dann auch in der Praxis nicht allzu viel Nachhall. Wir möchten Ihnen deshalb beliebt machen auf diese durchaus systemwidrige Desavouierung des Parlaments zu verzichten und die bestehenden guten politischen Rechte zu nutzen. Danke.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke, Saima. Du sprichst für die SP/GL-Fraktion, richtig? Gut.

**SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP):** Ja einfach, dass dies auch im Protokoll festgehalten wird, weil wir natürlich genau das unterstützen, was Georg Cap als Motionär sagte. Das entspricht 1:1 unseren Vorstellungen von Demokratie als SP/GL-Fraktion, damit das hier jetzt noch einmal festgehalten ist. Ich würde mir wünschen, dass man ein bisschen weniger von sich selber ausgeht und ein wenig weiterdenkt, dabei nicht nur an Einzelpersonen oder an Gruppen denkt, die solch einen Vorstoss entwickeln und einreichen könnten. Es geht darum, ihnen dies zuzutrauen, dass sie mit diesem Instrument bei entsprechender Anwendung auch umzugehen wissen und beispielsweise auch solch eine Wandelung selbständig durchführen könnten. Die Frage ist ja, ob eine Wandelung überhaupt Eingang in ein solches Reglement finden müsste, weil es hier ja um die Ausarbeitung dieser Möglichkeiten geht, und man dabei festlegen kann, in welchem Ausmass man dies zur Verfügung stellen möchte. Es ist ein wenig einfach, bereits von Beginn an die Demokratie bremsen zu wollen, bevor man es überhaupt ausprobiert und bevor man es überhaupt ermöglicht und schaut, wen es betrifft und wen es interessiert. Diese Zurückhaltung ist gemütlich und entspricht der Gewohnheit, aber es ist nicht das, was wir uns vorstellen, wenn es darum geht, dass die Bevölkerung mitreden können soll. Da reicht es nicht, dass wir hier vierzig Mitglieder sind, denn nicht alle haben Kontakte zu Nichtstimmenden oder Menschen ohne Schweizer Pass. Deshalb wäre eine solche Erweiterung im Sinn der SP/GL-Fraktion absolut notwendig. Merci.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke vielmals. Damit sind die Fraktionen abgeschlossen und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Wem darf ich in dieser Funktion dazu das Wort erteilen?

**Fanny Zürn (GL):** Wie von Georg Cap bereits erwähnt wurde, wird heute ein grosser Teil der Bevölkerung von der politischen Partizipation ausgeschlossen, weil sie eben wie gesagt keinen Schweizer Pass besitzt. Es sind Menschen, die mit uns in die Schule gingen, die hier in den Vereinen aktiv sind und eine breite Allgemeinbildung zur Schweizer Geschichte haben. Es sind Menschen, die zu unserem gesellschaftlichen Alltag einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb finde ich, dass auch sie die Möglichkeit bekommen sollten, in unserer Gemeinde mitzureden und unsere Gemeinde mitgestalten zu können. Aber es gibt auch noch einen weiteren Punkt, weshalb ich diesen Bevölkerungsvorstoss sehr, sehr wichtig finde. Unser politisches System ist überhaupt nicht so zugänglich, wie wir immer behaupten. Für viele Menschen ist es aufgrund ihres Berufs nicht möglich, oder stellt zumindest eine grosse Hürde dar, sich beispielsweise aufgrund ihrer Arbeitsschichten in der institutionellen Politik zu engagieren. Das betrifft zum Beispiel Arbeitnehmer:innen von Transportunternehmen, Leute, die in der Pflege arbeiten oder auch im Service. Diese Leute müssen oft abends arbeiten und haben nicht die Möglichkeit, regelmässig an Stadtratssitzungen teilzunehmen.

Aber es betrifft auch alleinerziehende Eltern, die privat sehr beansprucht werden und auch aus diesem Grund nicht regelmässig für ein institutionelles Amt Zeit finden oder in einer Partei aktiv sein können. Und dies ist aus meiner Sicht sehr problematisch. Wenn ganze Gruppen in einem politischen System zu wenig repräsentiert werden, so hat dies auch Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Werden Probleme von ihren Lebensrealitäten nicht erkannt, so kann das zu Frustrationen führen und zur Ablehnung politischer Entscheide. Und da finde ich, dass wir im Glauben, immer alles sogleich zu erkennen, auch nicht zu arrogant sein sollten. Der Bevölkerungsvorstoss gibt deshalb nicht nur Ausländern und Ausländerinnen,



sondern auch diesen Bevölkerungsgruppen eine wichtige Möglichkeit ihre Meinung einzubringen. Dies erfolgt mit einem niederschweligen Instrument, das auch für Leute zugänglich ist, die beruflich fest eingebunden sind und nicht immer über die Zeit verfügen, sich zu engagieren.

Noch ein Wort zu Deinem Votum, lieber Pascal. Du sagtest, dass eine Motion keine Chance hat, wenn es nicht einmal geschafft wird eine Person aus dem Stadtrat davon zu überzeugen. Dem möchte ich gerne zwei Punkte entgegenhalten. Einerseits haben nicht alle Menschen einen leichten Zugang zu uns Stadträt:innen; sei es, weil beispielsweise unsere Kontaktdaten auf dem Internet nicht immer so einfach zugänglich sind, oder weil die Berührungspunkte zu weit auseinander liegen. Aber vor nicht allzu langer Zeit kam hier ein Jugendpostulat zum Klimanotstand in den Rat und – soweit ich das Gefühl habe, schafften wir das ganz gut ohne Stadträte oder Stadträtinnen als Sprachrohr. Und an dieser Stelle, liebe SVP, möchte ich gleichwohl noch etwas sagen, dass ich Euch nicht immer verstehe, gebt Ihr Euch doch immer mega volksnah, weshalb ich wirklich nicht verstehen kann, wieso man Angst davor haben kann, die Ideen der eigenen Bevölkerung entgegenzunehmen. Sehen wir es doch als Chance, dass Ideen der Bevölkerung zusammenkommen könnten, die eine Bereicherung für unsere Stadt sind. Deshalb bedanke ich mich für die Annahme dieses Bevölkerungsvorstosses.

**André Rentsch (JU):** Klar ist es wichtig, dass die Bevölkerung mitredet und sich einbringt. Wir sind schliesslich auch alle froh, kommen Ideen von uns, damit wir darüber reden können. Ich redete bereits mit diversen Kollegen und Kolleginnen und Familien über ihre Ideen. Dank diesen Gesprächen konnte ich ihnen sagen, dass in diesem bestimmten Anliegen auch vielleicht gar nicht die Stadt zuständig ist. Oder ich konnte ihnen erklären, dass das Thema bereits vor ein, zwei Jahren diskutiert wurde. Oder dann ging es um Ideen, die ich gut fand und mit meiner Fraktion besprechen und dabei erkennen konnte, dass, wenn sich kein Fraktionsmitglied dafür ausspricht, es auch im Stadtrat kaum eine Chance haben wird. Ich finde, dass es den Erfolg eines Vorstosses ausmacht, wenn man über die Parteigrenzen hinweg schaut, ob es eine Möglichkeit für eine Mehrheit gibt. Bei einem Bevölkerungsvorstoss habe ich das Gefühl, dass man dies nicht hat. Ich schaute kurz nach, wie viele Vorstösse in den letzten zwei Jahren 2021 und 2022 eingereicht wurden. Es waren in beiden Jahren jeweils knapp 30 Vorstösse. Davon wurden natürlich längst nicht alle behandelt. Aus meiner Sicht besteht doch die Gefahr, dass viele Vorstösse eingereicht würden. Gleichzeitig hörten wir aber, dass man keine Angst davor haben sollte, da nicht viele Anliegen eingereicht würden. So fragt sich dann, was es überhaupt bringt? Ich denke, jeder von uns hier im Saal und vor allem auch die Parteien müssen bestrebt sein, die Bevölkerung volksnah zu machen, damit die Berührungspunkte klein sind und sich die Leute vertrauen auf uns zuzukommen, damit Ideen eingebracht werden können. Merci.

**Fabian Fankhauser (GLP):** Ich komme nicht ganz nach, einerseits heisst es, dass es zu viele Vorstösse geben wird, und andererseits sagt man, dass es nicht genutzt werden wird. Wahrscheinlich wird die Wahrheit irgendwo dazwischen liegen. Und ich sehe es, anders als Kollege Freudiger, überhaupt nicht als Downgrade unserer Arbeit an, sondern ich sehe es als Ergänzung. Es stimmt, dass wir alle aus verschiedenen Schichten stammen, aber soweit mir bekannt ist, ist hier im Saal niemand ohne Wahl- und Stimmrecht. Und dies würde doch noch einen anderen Blickwinkel bieten, zumal sich diese Leute im Moment nicht einbringen können oder nicht über diese Möglichkeit verfügen, weil sie vielleicht auch niemanden kennen. Es ist ganz sicher keine systemwidrige Desavouierung unseres Parlaments, wenn wir der Bevölkerung eine Mitsprache anbieten. Klar wäre es schön, wenn sich solche Leute einbürgern lassen könnten, doch geht das leider nicht immer in jedem Fall; sei es wegen der Wohnsitzpflicht und es da Leute gibt, die seit Ewigkeiten in der Schweiz leben, aber aus verschiedenen Gründen einmal zügelten, weil sie studierten und dann wieder zurückkamen. Dabei konnten dann nicht immer die Fristen bezüglich des Wohnsitzes eingehalten werden. Trotzdem wuchs man in der Schweiz auf, kennt die Leute hier, kennt das politische System und sollte deshalb doch auch das Recht haben, sich zumindest mit diesem Instrument einzubringen – und ich muss es so als sanften Vorstoss bezeichnen, kann man damit ja nur eine Motion dem Stadtrat vorlegen. Zumindest das sollte doch gemacht werden dürfen. Ich bitte Sie doch alle diesen wirklich sanften Vorstoss wirklich anzunehmen und damit ein bisschen Mitsprache zu ermöglichen.

**Linus Rothacher (SP):** Ich möchte die Sache nicht unnötig in die Länge ziehen, aber ich habe doch das



Bedürfnis auf einige Punkte zu reagieren, die insbesondere von meinen Vorrednern erwähnt wurden. Ich bin persönlich sehr erfreut, dass wir heute über dieses sehr wichtige Thema diskutieren können. Um was geht es? Es geht darum, dass, wie bereits ausgeführt wurde, eine kleine Form von Mitbestimmung für alle Langenthalerinnen und Langenthaler geschaffen werden soll. Viele Punkte zur Begründung dieses Vorstosses wurden bereits genannt, wovon ich den einen besonders hervorheben möchte. Die in Langenthal wohnhaften und nicht stimmberechtigten Personen tragen zu all dem bei, was Langenthal heute ist. Deshalb ist es nichts als richtig, wenn auch ihnen in der Form des Bevölkerungsvorstosses ein griffiges Antrags- und Auskunftsrecht erteilt werden soll. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch nochmals gerne darauf, dass das mit der Staatsbürger:innenschaft verbundene Wahl- und Stimmrecht mit diesem Vorstoss nicht berührt wird, geht es doch lediglich darum, eine Möglichkeit zu bekommen, um Vorschläge auf den Tisch zu bringen.

Jetzt möchte ich noch kurz etwas zu diesen Frust- und Desavouierungsängsten sagen, die da geäußert wurden. Es ist vielleicht klar, dass mit diesem Vorschlag noch nicht die optimale Lösung gefunden wurde, aber es ist auch so, dass wir das bei Vorliegen der konkreten Vorlage diskutieren und entsprechend ausgestalten können, gerade auch bezüglich der Höhe der dafür notwendigen Unterschriften etc. Und ich glaube, wenn etwas frustrierend ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, wozu ich auch aus eigener Erfahrung reden kann, dann ist es doch die Tatsache, dass man eben gerade über kein Mittel zur Mitsprache verfügt, respektive einem die Möglichkeit verwehrt wird, seine Meinung entsprechend einzubringen. Der vorliegende Beschlussantrag würde mithelfen diese Problematik ein Stück weit zu entschärfen und könnte auch in vielerlei Hinsicht eine Möglichkeit zu mehr politischer Partizipation schaffen. Und ich glaube, dass die Zeichen der Zeit auch da sind, in Langenthal ein Stückchen in diese Richtung zu gehen, sodass ich Sie in dem Sinn dazu einlade, den Weg frei zu machen und diesen Bevölkerungsvorstoss in Langenthal zu ermöglichen. Merci vielmals.

**Dyami Häfliger (GLP):** Ich machte es mir selber mit diesem Bevölkerungsvorstoss gar nicht leicht und dachte sehr viel über den Inhalt, über den Sinn und Zweck und schlussendlich über die Ausgestaltung nach. Auf den ersten Blick war mir der Bevölkerungsvorstoss sympathisch und er ist es durchaus immer noch. Mehr Partizipation, beziehungsweise Teilhabe an einer Lösungsfindung durch unterschiedliche Personen mit ganz diversen Hintergründen kann durchaus einen Mehrwert darstellen. Gleichzeitig kann auch das Aufzeigen von Problemen von unterschiedlichen Personen mit diversen Hintergründen überhaupt erst einen Handlungsbedarf für uns Politikerinnen und Politiker aufzeigen. Für mich ist fraglich, ob wir mit diesem Bevölkerungsvorstoss die gewünschte Partizipation erreichen und ob wir dadurch effektiv zu einer grösseren Partizipation kommen? Ich stellte mir auch die Frage, wie die Politik überhaupt die Leute erreicht? Dabei kam ich dann ziemlich schnell auf die Institution der Parteien; die Parteien, die die Brücke zwischen der Politik und Bevölkerung gewährleisten sollen. Wenn nicht alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden können, stehen primär die Parteien und die Parlamentarier selber in der Pflicht, die entsprechende Bevölkerungsgruppe aufzusuchen und sich darzubieten, sich zu informieren und sich zu sensibilisieren und dies am besten parteiübergreifend, daneben Veranstaltungen zu organisieren oder vielleicht konkret an Orte oder sogenannten Bubbles zu gehen, die von der realen Politik, die hier stattfindet, entsprechend weit weg ist. Wenn ich an meinen Freundeskreis denke oder an mich selber, bevor ich Stadtrat wurde, so ist dies in dem Sinn nicht gross bekannt, wie wir Politik betreiben und Entscheidungen treffen.

Dann ging mir natürlich nochmals durch den Kopf, dass, wenn dann eine solche Person überhaupt einmal Kenntnis von dieser Vorstossmöglichkeit hat und auf die Stadträtinnen und Stadträte zugeht, ob sie dann auch noch diese Schlaufe macht und sich diese 40 oder vielleicht 80 zusätzlichen Personen für das konkrete Anliegen zusammensucht? Ich denke, dass wir hier wirklich als Parteien und als Parlamentarier:innen in der Pflicht stehen, diese Brückenfunktion von der Politik zur Bevölkerung mehr wahrzunehmen und für die Partizipation zu öffnen. Ich persönlich bin als Parteimitglied sehr gerne bereit, dies so zu machen und entsprechend anzubieten, um damit zusätzliche Handlungsfelder eröffnen zu können. Ich kann somit zu diesem Vorstoss nicht mit Überzeugung Ja, aber auch nicht mit Überzeugung Nein sagen. Ich bin hier nach wie vor, auch nach meiner Auslegeordnung, unentschlossen. Dazu möchte ich noch sagen, dass, wenn die



Rede davon ist Leute auszuschliessen, diese Leute ja nicht aktiv ausgeschlossen werden, sondern es ja mit dem Stimm- und Wahlrecht die Möglichkeit zur Teilhabe gibt und auch die Möglichkeit zur Einbürgerung besteht, um dadurch ebenso das Stimm- und Wahlrecht zu erlangen. Ich bin immer ein grosser Befürworter der Idee «Club Schweiz», sodass alle in diesem Club mitreden sollen, aber die Hürde um diesem Club beitreten zu können, möglichst tief sein sollte. Besten Dank.

**Martin Lerch (SVP):** Ich möchte gerne noch versuchen eine Aussensicht einzubringen. Wie Sie wissen, war ich ja zwischen 2010 und 2020 im Ausland und dabei wurde man als Schweizer natürlich laufend auf unsere direkte Demokratie angesprochen. Als glühender Verfechter dieser direkten Demokratie gaben wir natürlich auch laufend Auskunft; sei dies im kleinen Kreis oder sei es im Rahmen von Anlässen, die ausdrücklich gewünscht und von der Botschaft organisiert wurden. Das löste sehr viel Bewunderung aus, zum Teil auch ungläubiges Staunen, dass wir beispielsweise über die Steueranlage auf verschiedenen staatlichen Ebenen abstimmen können. Das glauben sie doch in Deutschland und England nicht, gibt es in diesen Ländern doch nur einen einzigen Einheitsbrei. Deshalb komme ich eigentlich zum Schluss, dass wir den Bogen mit unseren demokratischen Rechten auch überspannen können. Und ich habe den Eindruck, dass das hier gerade geschieht. Nebst den Abstimmungen und Wahlen steht unseren Bürgerinnen und Bürger bereits eine ganze Palette an Instrumenten zur Verfügung, wie sie sich einbringen können, was ich bewusst noch einmal wiederhole. Es gibt die Gemeindeinitiative, die in unserer Stadtverfassung geregelt ist, dito den Volksvorschlag, Petitionen, Jugendpostulat und damit stehen wir einzigartig da, was gewaltig ist. Und der Bevölkerungsvorstoss in vorliegender Form ist sicherlich gut gemeint, was ich auch nachvollziehen kann, dass man hier noch etwas weitergehen möchte, aber ich bin der Meinung, dass es doch über das Ziel hinausschiesst, weil einerseits die Unterschriftenzahl lächerlich tief angesetzt ist und andererseits die Rolle des Stadtrats damit geschwächt wird. Ich habe laufend Bürger, die sich an mich wenden und ich reichte auch schon entsprechende Vorstösse ein, was auch von Ausländern passieren kann. Und ich bin auch der Meinung, dass Einbürgerungen, die sehr erwünscht sind, dadurch tendenziell eher gebremst werden. Ich plädiere deshalb klar für die Ablehnung dieses Bevölkerungsvorstosses. Danke.

**Päivi Lehmann (SP):** Ich dachte, dass ich auch noch schnell etwas sage. Selbst wenn man an eine Stadträtin oder an einen Stadtrat herantreten kann, so ist es einem vielleicht bei einem eigenen Projekt oder einem eigenen Vorstoss wichtig, dass man sich wirklich selber direkt einbringen und diesen Vorstoss auch selber in dieses Parlament hineinbringen kann. Des Weiteren könnte der Nutzen eines solchen Vorstosses gerade bei Leuten ohne Schweizer Pass auch vielleicht dazu führen, dass, wenn sie sich einbürgern, sie sich danach auch eher am politischen Prozess beteiligen werden. Merci.

**Corinna Grossenbacher (SVP):** Ich fragte mich soeben, wie ich eigentlich in die Politik kam. Ich arme Ausländerin. Ich besitze ja erst seit dem 1. Januar 2011 den Schweizer Pass. Aber hier gibt es etliche im Rat, die wissen, dass ich mich bereits vorher politisch einbrachte. Ich behaupte, so sympathisch dieser Vorstoss ist, umso mehr glaube ich, dass er unnötig ist, weil ich denke, dass jeder, der sich einbringen will, sich auch einbringen kann. Ich will jetzt nicht nochmals alles wiederholen, was andere hier schon sagten, was an Petitionen und Co. zur Verfügung steht. Es ist grundsätzlich sympathisch, aber ich glaube echt unnötig. Ich kenne genügend Bürger, die auch so zu uns kommen und die auch zu uns in die Partei kommen und sich so einbringen. Und wie gesagte startete ich selber auch so. Ich versuchte mich einzubringen und nahm mit Leuten Kontakt auf. Also ist es nicht unmöglich, wenn man es wirklich will. Danke.

**Cornelia Gerber-Schärer (SP):** Es ist tatsächlich so, dass ich sehr viel über subjektives Erleben höre, es um Annahmen und Vermutungen geht, was für mich schon fast einem Orakel gleichkommt, wenn ich hier diesen subjektiven, persönlichen Meinungen und Einschätzungen zuhöre, ob man es schafft oder nicht. Für mich ist es einfach ganz klar eine Handlungsfrage, nicht mehr und nicht weniger. Mehr muss ich gar nicht dazu sagen. Und das ist das, was für mich eine demokratische Haltung ausmacht. Es ist eine Handlungsfrage auf der Sachebene und irgendwelche selbstpropheteisenden Aussagen haben für mich in dieser Frage keinen Platz. Deshalb unterstütze ich diesen Vorstoss.



**Diego Clavadetscher (FDP):** Ich hörte in all den Voten der befürwortenden Seite, dass es darum geht, Anliegen in den Stadtrat zu bringen. Es ist nun aber faktengestützt, dass es dafür bereits ein Instrument gibt. Art. 30 der Stadtverfassung besagt, dass «jede Person das Recht hat mit einer Petition Bitten, Anregungen und Beschwerden an den Stadtrat einzubringen», was somit auch nicht an das Stimmrecht geknüpft ist. Seit es diese Stadtverfassung gibt, wurde diese Möglichkeit bislang noch nie von jemandem genutzt. Es gibt es bereits, was von mir aus gesehen faktenorientiert ist. Falls wir als Stadtrat einfach x Petitionen abgeschmettert und damit diese Anliegen regelmässig nicht umgesetzt hätten, so könnte man über einen Ausbau reden. Aber nun starten wir hier einen Riesenprozess in einem System, das zumindest nach meiner Überzeugung bereits mit Aufgaben überlastet ist, um etwas einzuführen, das nichts Neues bringt. Man kann sich bereits an den Stadtrat wenden und es reicht dafür sogar eine Person. Und das ist doch der Punkt und das sind die Fakten, was nichts mit Prophezeiungen zu tun hat.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

**Fabian Fankhauser (GLP):** Also, wenn das nicht Neues darstellt, Diego, so kannst Du das nächste Mal ja auch eine Petition anstatt einer Motion einreichen, womit dann auch unser System etwas entlastet wäre.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke auch dafür, vor allem weil es kurz war. Möchte sich ansonsten noch jemand in der Eigenschaft als Einzelsprecherin oder Einzelsprecher äussern? Das ist nicht der Fall. Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen? Nein, so erkläre ich die Beratung als geschlossen. Nun frage ich den Sprecher des Beschlussantrags an, ob er sich nochmals zu Wort melden möchte?

**Sprecher des Beschlussantrags, Georg Cap (GL):** Ich hätte nicht gedacht, dass es zu diesem Thema ein solches Diskussionspotential gibt und ich hätte mir das nie träumen lassen, als wir diesen Vorstoss ausarbeiteten. Es zeigt aber, dass ein Bedürfnis und auch eine Skepsis vorliegen, wurde doch immer wieder gefragt, was wäre wenn, und ob es dann viel oder wenig genutzt würde etc. Wir finden dies nur heraus, wenn wir es probieren und umsetzen, um einmal zu schauen, ob es etwas bringt. Und glauben Sie mir, liebe Leute, die diesen Vorschlag ablehnen, dass ich der Erste bin, der bereit ist das wieder zu liquidieren, falls es sich als katastrophal, schlecht, schädlich oder wie auch immer herausstellt. Aber es wäre einfach einmal spannend zu sehen, ob die Bevölkerung dies sinnvoll nutzen kann und es wirklich einer wichtigen Sache entspricht. Dabei geht es auch um die symbolische Geste, diese Mitsprache den Leuten ermöglichen zu wollen.

Ich möchte daneben vielleicht noch auf einen Punkt eingehen, wonach die Gefahr eines Frusts bei der Bevölkerung entstehen könnte, wenn es beispielweise nicht zu einer Annahme käme. Es wurde ja viel darüber diskutiert, ob eine solche Motion dann auch überhaupt mehrheitsfähig wäre. Es geht doch bei so vielen politischen Vorstössen gar nicht unbedingt um die Annahme, sondern es werden auch hier von uns Stadträtinnen und Stadträten so viele Sachen eingereicht, bei denen man weiss, dass man damit ziemlich sicher nicht durchkommt und es dabei alleine darum geht, dass man das Thema mal zur Diskussion stellen kann. Eine Interpellation ist ja beispielsweise nichts Anderes als dass man bei Gemeinderat zu einem Thema nachfragt, vielleicht auch mit der Intention, dass man das Thema im Stadtrat diskutieren kann und dann vielleicht auch die Medien dafür interessieren und sich der Gemeinderat und die Stadt dazu äussern müssen. Ich denke, dass dies ebenso etwas Wichtiges ist, weil die Bevölkerung mit einem Bevölkerungsvorstoss auch erwirken kann, dass sich die Gemeinde zu etwas äussern muss. Das kann sie aber beispielsweise mit einer Petition in meinen Augen nicht, oder viel, viel, viel schlechter, als dass sie dies mit einem Bevölkerungsvorstoss könnte. Damit möchte ich diese Bedenken etwas zu zerstreuen versuchen. Ich glaube ebenso wenig, dass irgendjemand frustriert wäre, wenn dies jemand wirklich umzusetzen versucht, würde sich diese Person doch sicherlich auch etwas damit auseinandersetzen, was das Ganze bedeutet. Ich finde dies ehrlich gesagt ein bisschen ein paternalistisches Argument, als wären wir viel, viel gescheiter als die Bevölkerung und die Bevölkerung soll uns dann einfach immer alles glauben. Seien wir doch ehrlich, dass wir ja auch nur Laienpolitiker:innen sind, mit Ausnahme der zwei, drei Grossräten, die hier im Saal sitzen und das Ganze vielleicht ein bisschen professioneller betreiben als die andern. Ich glaube auch nicht, dass wir immer besser wissen, was das Volk will, nur weil wir als Stadtratsmitglieder gewählt wurden. In dem Sinn hoffe ich, dass sich im Rahmen der Diskussion noch ein Teil der Meinungen zum Positiven änderten und ich Sie



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

deshalb bitten und einladen möchte dem Vorstoss zuzustimmen. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke vielmals. So kommen wir nun zur Abstimmung über diesen Beschlussantrag. Wer dem Büro Stadtrat folgen möchte und diesen Beschlussantrag überweisen möchte, soll dies nun bitte mit der Stimmkarte anzeigen. Wer diesen Beschlussantrag nicht überweisen möchte, bitte ich jetzt die Stimmkarte in die Höhe zu halten. Gibt es Enthaltungen?

Bevor wir nun zum nächsten Beschlussantrag im Zusammenhang mit dem Jugendvorstoss kommen, machen wir nun eine Pause, damit wir uns vielleicht auch wieder ein bisschen sammeln können, zumal uns die Sandwiches dann auch nicht davonlaufen, sodass wir uns wieder pünktlich um 20.45 Uhr zur Fortsetzung der Sitzung treffen.

*(Pause von 20.30 Uhr bis 20.45 Uhr)*

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 18 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein und 3 Enthaltungen:**

- 1. Der Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Bevölkerungsvorstosses wird abgelehnt.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





## 6. **Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Paivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Jugendvorstosses: Stellungnahme**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Wir kommen zum nächsten Traktandum Nr. 6 mit dem Beschlussantrag von Cap, Zürn, Lehmann, Fankhauser zur Einführung eines Jugendvorstosses. Das Eintreten zu diesem Vorstoss ist zwingend und so fahren wir direkt mit der Beratung fort.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Die Berichterstattung durch das Büro des Stadtrats liegt erneut bei Vizestadtratspräsident Michael Schenk.

**Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP):** Ich fasse das Anliegen nochmals kurz zusammen, weil dessen Einreichung auch dieses Mal bereits eine Zeit lang zurückliegt. Dabei soll es neu möglich sein, dass Jugendliche einen Vorstoss als Motion, Postulat oder als Interpellation dem Parlament von Langenthal einreichen können. Konkret vorgeschlagen ist eine notwendige Anzahl von 40 Unterschriften von Personen, die unter 18 Jahre alt sind. Dies wird als Erweiterung oder als Nachfolge des bereits heute möglichen Jugendpostulates gesehen, das gemäss Art. 52 der Geschäftsordnung des Stadtrates schon heute existiert. Es ist wichtig, dass Jugendliche ihre Anliegen und ihre Themen in der Politik einbringen können und damit auch frühzeitig Belange der Allgemeinheit thematisiert werden können. Das Büro des Stadtrats diskutierte das Anliegen dieses Beschlussantrags und begrüsst das Begehren grundsätzlich. Nun existiert aber mit dem Jugendpostulat bereits seit über 20 Jahren ein solches Mitwirkungsinstrument. In den vergangenen 20 Jahren wurden dabei insgesamt fünf Postulate eingereicht. Das Büro des Stadtrats erachtet daher die bereits bestehenden Möglichkeiten als ausreichend. Auch zu diesem Vorstoss lud das Büro den Gemeinderat zu einer Stellungnahme ein. Der Gemeinderat wie auch das Büro erachten die Einführung eines Jugendvorstosses als nicht nötig. Deshalb empfiehlt das Büro dem Stadtrat diesen Beschlussantrag abzulehnen. Danke.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Besten Dank auch dafür. Nun frage ich den Gemeinderat an, ob er sich dazu äussern möchte? Nein, er möchte sich nicht zu Wort melden. Aus der GPK liegt keine Berichterstattung vor. So kommen wir bereits schon zum Sprecher des Beschlussantrags, bitte sehr.

**Sprecher des Beschlussantrags, Georg Cap (GL):** Ich werde zu diesem Vorstoss ein bisschen kürzer reden als beim letzten Traktandum. Ich möchte in erster Linie dem Stadtratsbüro und dem Gemeinderat auch für die Befürwortungen zu diesem Vorstoss herzlich danken. Die Empfehlung zur Ablehnung ist allerdings eher unerfreulich, wenn auch in gewissem Mass für uns Motionärinnen und Motionäre nachvollziehbar. Analog zum Bevölkerungsvorstoss soll der Jugendvorstoss ein besseres politisches Mitspracherecht ermöglichen und die ganze Palette an politischen Mitteln öffnen. Es ist richtig, dass es ja das Jugendpostulat in Langenthal bereits gibt und auch schon eingesetzt wurde, aber halt nur ein Postulat ist. Wir von den Motionär:innen sind der Meinung, dass Jugendliche auch die Möglichkeit von Motionen und Interpellationen haben sollten, da ein Postulat ja nicht das Gewicht hat wie beispielsweise eine Motion und man mit einer Interpellation auch einfache Fragen stellen kann. Es gibt verschiedene Beispiele an Städten, die eine Art Jugendvorstoss bereits kennen. Häufig ist es dabei dann so, dass diese Städte den Jugendlichen die ganze Palette an Vorstössen ermöglichen. Somit fänden wir das auch in Langenthal sinnvoll, da wir den Jugendlichen durchaus zutrauen, auch das stärkere politische Mittel wie etwa eine Motion verantwortungsbewusst und sinnvoll gebrauchen zu können.

Auch hier erachten wir den spärlichen Gebrauch des Jugendpostulats, der immer wieder gerne moniert wird, als kein stichhaltiges Argument. Die Möglichkeit der politischen Mitsprache soll jungen Menschen umfangreich offenstehen; wie oft sie danach Gebrauch davon machen, ist weniger relevant und die Sinnhaftigkeit von politischer Mitsprache darf sich nicht an der Menge des Gesagten messen. Es verhält sich hier ja ähnlich wie im Stadtrat, dass das Politisieren nicht gehaltvoller wird, je häufiger man redet. Wir verstehen aber das



Argument, dass mit dem Jugendpostulat bereits ein einigermaßen gutes Werkzeug für die politische Partizipation von Jugendlichen besteht, würden uns aber dennoch über eine Ausweitung des Postulats auf einen Jugendvorstoss mit Motion und Interpellation sehr freuen und uns das auch so wünschen. Wir sind auch der Meinung, dass eine Verbesserung der politischen Partizipation auch das Interesse und die Teilnahme an der Politik bei jungen Menschen fördern kann, zumal sie ja noch über kein Stimm- und Wahlrecht verfügen, aber Politik beispielsweise im Alter von 15 bis 17 Jahren in der Sek oder in der Berufsschule sehr viel thematisiert wird, man dann aber noch ein Jahr oder zwei zu warten hat, bis man auch abstimmen kann und dadurch das Interesse dann vielleicht auch wieder verfliegt. Man möchte ja genau dann partizipieren, wenn die Thematik ein bisschen à jour ist und wenn auch gleichzeitig in der Schule darüber geredet wird. Ich muss ehrlich sagen, dass ich an Podien oder auch selber beim Unterrichten die Erfahrung machte, dass Jugendliche im Publikum oder eine Klasse politisch sehr interessiert sein und auch bereits schon über sehr gefestigte Meinungen verfügen können. In dem Sinn möchte ich Sie dazu ermuntern nicht gemäss dem Gemeinderat die Ablehnung dieses Beschlussantrags über einen Jugendvorstoss zu befürworten, sondern dass Sie sich für eine Ausarbeitung eines Jugendvorstosses in Langenthal auszusprechen. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci. Es folgen nun die Voten der Fraktionen. Wem darf ich dazu das Wort übergeben?

**FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos):** Unsere Fraktion ist der Meinung, dass man mit diesem Jugendpostulat bereits über ein richtiges Mittel für diese Partizipation verfügt und dass es nicht nötig ist, dies noch zusätzlich auszuweiten. Deshalb lehnen wir diesen Vorstoss ab. Danke.

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Die SVP-Fraktion wird auch diesen Vorstoss ablehnen. Die Argumente sind so etwa die ähnlichen wie in der letzten Debatte. Hier kommt einfach dazu, dass man das Jugendpostulat bereits hat, das aber nicht häufig gebraucht wird, was dafür spricht, dass man nicht noch zusätzliche Massnahmen zu ergreifen hat. Jetzt könnte man natürlich sagen, dass der Grund der wenigen Nutzung darin liegt, dass es sich nur um ein Postulat handelt, was dann aber doch auch sehr, sehr theoretisch begründet wäre. Wir sind im Gegenteil der Meinung, dass man mit dem Jugendpostulat ein Gefäss hat, womit sich auch Leute unter 18 Jahren mit einem Vorstoss entsprechend Gehör verschaffen können. Dies ist eben mit einem Postulat möglich, damit dann auch die operationellen Schwierigkeiten bei einer Motion wegfallen, die ich zuvor beim Bevölkerungsvorstoss erläuterte. Daneben hat man ja auch noch alle anderen Optionen wie das Petitionsrecht oder dann gibt es ja auch noch das Engagement in Jungparteien. Wie zuvor Fanny Zürn ausführte, wäre der Bevölkerungsvorstoss allen offen gestanden, natürlich Ausländerinnen und Ausländern sowie Jugendlichen und somit der ganzen Bevölkerung. Bei dieser Jugendmotion schafft man nun aber ein Gefäss für eine einzelne Bevölkerungsgruppe, schliesst damit aber zugleich eine andere Gruppe aus. Die Leute über 18 Jahre hätten dann diese Möglichkeit für eine Motion genau nicht. Jetzt kann man dagegenhalten, dass die dann wählen können, was selbstverständlich richtig ist. Und gleichwohl finden wir es ein bisschen schwierig, wenn man einer Bevölkerungsgruppe ein Recht verschafft, quasi mit einer Direktmotion in den Stadtrat reinzusteuern, was ansonsten anderen nicht möglich ist. Wir würden auch hier den Weg befürworten, dass man auf die stark ausgebauten Volksrechte setzt.

Dann möchte ich vielleicht gerade auch noch zuhänden der SP/GL-Fraktion bemerken, dass es doch immer mal wieder die Diskussion gibt, ob man die Volksrechte ausbauen möchte. Da würden wir im Fall mithelfen, sind wir doch auch der Meinung, dass beispielsweise die Unterschriftenzahlen im Kanton Bern mit Blick auf die kurzen Sammelfristen viel zu hoch angesetzt sind. Da sehen wir ein echtes Verbesserungspotential und damit hätte man auch ein zielführendes Instrument, das sich auf eine Volksinitiative bezieht, anstatt es nur um ein Postulat oder um eine Motion als Vorstoss geht, der dann eventuell überwiesen, aber vielleicht auch nicht umgesetzt und dann irgend einmal auch noch abgeschrieben wird, worüber wir nämlich noch nicht redeten. Was machen Sie bei einer Motion, wenn diese anschliessend abgeschrieben wird und über diese Abschreibung ja auch noch abgestimmt werden muss? Ist dafür dann der Erstunterzeichner verantwortlich, der vielleicht in einen anderen Kanton zügelte, oder müsste der dann nochmals vorgeladen werden, damit er vielleicht die Abschreibung bestreiten könnte, weil der Prüfauftrag nicht erfüllt wurde? Daraus ergeben sich Fragen über Fragen. Solche Punkte gibt es bei einer Volksinitiative nicht, sondern damit hat man ein



Instrument, womit man 1:1 einen Initiativtext in die Verfassung oder in das Gesetz schreiben kann. Bei diesen Instrumenten müssen wir ansetzen und die können wir auch gerne noch ausbauen. Aber es sollten nicht so per Entschuldigung Instrumente eingeführt werden, die dann irgendwo in der Wirkung das schuldig bleiben, was man sich von ihnen erhoffte. Danke für die Ablehnung.

**GLP/EVP-Fraktion, Michael Schenk (EVP):** Ich mache es wirklich ganz kurz. Wir folgen grossmehrheitlich der Argumentation und dem Antrag des Stadtratsbüros und des Gemeinderates.

**SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP):** Die SP/GL-Fraktion unterstützt vollumfänglich das Begehren der Motionärinnen und Motionären und wird deshalb nicht dem Büro folgen und den Vorschlag des Büros ablehnen.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. Somit äusserten sich alle Fraktionen und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern.

**Linus Rothacher (SP):** Ich erlaube mir jetzt auch noch schnell eine Aussensicht einzubringen. Seit einiger Zeit gibt es in Langenthal wieder ein Jugendparlament, das auch wieder aktiver ist, als wie das lange Zeit der Fall war. Bei aller berechtigten Kritik zu diesem Vorstoss möchte ich hier doch dazu einladen, schon alleine auf diesem Hintergrund den Gedankengang nicht abubrechen, sondern die Diskussion, wie man eventuell eine politische Partizipation von Jugendlichen verbessern kann, weiterzuführen. Deshalb bitte ich darum den Antrag des Büros abzulehnen. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

**Fabian Fankhauser (GLP):** Zuerst möchte ich mich bei Diego Clavadetscher für die Bemerkung von vorhin entschuldigen, was unangebracht war. Nichtsdestotrotz sind wir wahrscheinlich auch bei diesem Traktandum erneut nicht gleicher Meinung. Es wurde zuvor erwähnt, dass noch nicht viele Jugendpostulate eingereicht wurden. Ich bin der Meinung, dass dies damit begründet ist, dass man mit einem Postulat keinen bindenden Vorstoss einbringen kann. Wenn die Jugendlichen eine Motion einreichen könnten, so hätte man damit doch etwas Bindenderes und auch eine grössere Motivation etwas zu erarbeiten, worüber im Stadtrat abgestimmt werden könnte. Beispielsweise beim Klimareglement kam das ja nur zum Teil so heraus oder man fand dann einen Kompromiss. Aber eventuell hätten die Jugendlichen, die dieses Postulat einreichten, weitergehende Massnahmen gewollt. In dem Sinn bitte ich Sie, doch für diesen Jugendvorstoss zu stimmen. Merci.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das sieht nicht danach aus. Gibt es ansonsten weitere Wortmeldungen? Das ist auch nicht der Fall. Somit erkläre ich die Beratung als geschlossen. Möchte der Sprecher des Beschlussantrags noch ein Schlusswort?

**Sprecher des Beschlussantrags, Georg Cap (GL):** Ich möchte nur ganz kurz auf die Thematik eingehen, wie oft so etwas genutzt wird oder eben auch nicht, was ja auch schon beim Bevölkerungsvorstoss ein bisschen das Thema war. Ich denke, es ist vor allem wichtig, dass die Gemeinde hier auch nach aussen klar kommuniziert, welche politische Mittel zur Verfügung stehen und es vielleicht auch in Schulen angesprochen wird und die Schulen, wenn Politik schon auch als Fach angeboten wird, es den Schülerinnen und Schülern bewusst machen und sie darüber informiert werden, dass es dieses Postulat gibt. Ich denke, dass man damit sicher eine grössere Nutzung dieses Postulats einreichen würde und es die Aufgabe der Gemeinde ist, dies beispielsweise auf der Homepage ganz klar darzustellen, zumal es einem die Langenthaler Homepage ein bisschen schwierig macht, so etwas herauszufinden, gerade auch wenn ich an Ausländerinnen und Ausländer denke, die sich informieren möchten, welches Angebot in diesem Bereich zur Verfügung steht. Es gibt andere Gemeinden, die das viel besser machen und man beim Anklicken der Rubrik «Politik» sogleich eine Information erhält, was man als Bürgerin oder Bürger alles machen kann. Hier sollte die Gemeinde das Ganze sicher noch besser nach aussen tragen und besser kommunizieren, damit sich die Leute auch bewusst sind, über welche Mittel sie verfügen und sie auch sehen, dass diese Mittel auch sehr einfach nutzbar sind. Das wäre alles, danke.



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

**Stadratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. So kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Büro des Stadtrats folgen möchte und diesen Beschlussantrag ablehnen möchte, erhebt nun die Hand mit der Stimmkarte. Wer dem Büro des Stadtrats nicht folgen möchte und diesen Beschlussantrag annehmen möchte, soll dies jetzt mit der Stimmkarte bezeugen. Gibt es Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

1. **Der Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Jugendvorstosses wird abgelehnt.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 7. Dringliche Motion Bayard Paul (SP), Cap Georg (GL), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Forcierter Ausstieg aus der Erdgasfalle: Stellungnahme

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Bei Traktandum Nr. 7 geht es um die dringliche Motion von Paul Bayard, Georg Cap und Fabian Fankhauser zum forcierten Ausstieg aus der Erdgasfalle. Das Eintreten bei diesem Geschäft ist zwingend und wir fahren mit der Beratung weiter.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Nun übergebe ich gerne das Wort an Paul Bayard als Erstunterzeichner der Motion, der den Rückzug dieser Motion bereits im Vorfeld zu dieser Sitzung ankündigte.

**Sprecher der Motion, Paul Bayard (SP):** Sie hörten es soeben, dass ich diese Motion zurückziehe, dies auch ganz im Sinn einer verkürzten Beratung heute Abend. Nein, darum geht es nicht. Aber «gut gemeint» ist manchmal eben auch nicht ganz gut. Unsere Motion hatte zum Ziel, dass man eben beschleunigt aus dieser Erdgasfalle herauskommt, aber es zeigte sich dann im Detail, dass wir damit möglicherweise genau das Gegenteil erreicht hätten. Zurzeit befindet sich der Energierichtplan beim Kanton in der Vorabklärung und wenn wir diese Motion durchgebracht hätten, so hätte dies möglicherweise dazu geführt, dass wir bei diesem Energierichtplan vielleicht noch eine Ehrenrunde hätten einlegen müssen. Und genau das möchten wir ganz sicher nicht, wäre es doch das Falscheste, was wir machen könnten. Das Grundanliegen der Motion bleibt natürlich erhalten, den Ausstieg aus Erdgas in Langenthal zu beschleunigen, wobei der Vorgang der Beschleunigung noch fast schwierig ist. Ich anerkenne nämlich, dass eigentlich der Energierichtplan sehr ambitionierte Ziele verfolgt, will man dabei bei den fossilen Energieträgern doch bis ins Jahr 2035 auf 12% runterkommen, gegenüber einem Umfang von 93% im Jahr 2015. Von dem her ist da bereits viel im Gang und ich anerkenne das.

Wenn der Energierichtplan im Stadtrat zu beraten ist, haben wir nochmals die Gelegenheit darüber zu diskutieren. Es gibt dann in diesem Zusammenhang auch noch ein Reglement, das ebenso in den Stadtrat kommt. Auch dazu wird es Gelegenheit geben unsere Anliegen einzubringen. Für heute Abend ist dieses Thema aber somit erledigt. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke. Das bedeutet nun, dass die Motion gemäss Art. 45 der Geschäftsordnung des Stadtrats zurückgezogen wurde und das Traktandum damit beendet ist und wir nicht darüber zu befinden haben.

### III Abstimmung:

*Entfällt.*

\_\_\_\_\_  
Protokollauszug an

■ Gemeinderat

\_\_\_\_\_



## 8. Dringliche Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Fluri Patrick (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Drohende Energiemangellage im kommenden Winter – Vorbereitungsstand der Stadt Langenthal?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es folgt mit Traktandum Nr. 8 die Beantwortung und der Antrag auf Abschreibung der dringlichen Interpellation Lerch, Grossenbacher, Fluri, Grossenbacher und Mitunterzeichnende zur drohenden Energiemangellage im kommenden Winter, Vorbereitungsstand der Stadt Langenthal. Das Eintreten zu diesem Vorstoss ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Es liegt vom Gemeinderat keine Berichterstattung, weil eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. Auch seitens der GPK gibt es keine Berichterstattung, sodass der Interpellant die Gelegenheit für eine kurze Stellungnahme bekommt und dabei erklären kann, ob er sich mit der Antwort einverstanden erklärt oder nicht.

**Sprecher der Interpellation, Martin Lerch (SVP):** Das Thema ist nicht neu, sondern in aller Munde und beschäftigt uns schon lange. Als die Antwort eintraf, schluckte ich zuerst etwas leer, weil inhaltlich materiell nichts ausgeführt wurde, aber der Grund klar ist, setzte man doch einen Ausschuss ein, der dann sein Konzept unterbreitete, was dann aber erst im Oktober erschien, der Vorstoss aber bereits im August 2022 eingereicht wurde. Ich nehme nicht an, dass Sie alle dieses Konzept sahen. Es ist auf der Webseite aufgeschaltet und es ist sehr lesenswert. Ich bin deshalb sehr positiv gestimmt und es ist 40 Seiten stark und behandelt vier verschiedene Szenarien, jeweils in einer Kaskade abgestuft. Dabei erachte ich die Kommunikation gerade auch für die Bürger, dass das Konzept auf der Webseite für alle zugänglich aufgeschaltet ist, als nicht ausreichend, denn wer liest schon die Homepage um diese Information mitzubekommen? «In der Krise Köpfe kennen» ist solch ein Motto, hätte ich es doch an sich begrüsst, wenn die zuständigen Verantwortlichen dies auch gegenüber der Bevölkerung proaktiv kommunizieren würden, damit dies rüberkommt und man nie weiss – obwohl diese Mangelsituation etwas rückläufig ist, ob ein solches Blackout nicht doch möglich ist.

Wir sahen es heute Abend anhand der Matrix zur Gefahrenanalyse und Risikobeurteilung, dass dafür noch nicht die höchste Gefahrenstufe gilt. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts natürlich auch Ermessenssache; dauert dies drei Tage, meine Damen und Herren, so ist das ein absolutes Horrorszenario. Dann geht nichts mehr, Sie können nicht mehr kommunizieren, die Heizungen brechen zusammen, die Wasserversorgung bricht zusammen, Lebensmittel können nicht mehr eingekauft werden, der öV kommt zum Erliegen, die Kühe können nicht mehr gemolken werden, falls keine Generatoren zur Verfügung stehen. Deshalb ist es wichtig, dass auf allen Stufen, auch auf Gemeindeebene dies entsprechend angeschaut wird und auch entsprechende Übungen stattfinden, um in dieser Situation die Sicherheit der Bevölkerung und die Versorgung der Bevölkerung soweit wie möglich gewährleistet zu können. Wir sehen es jetzt in der Ukraine, was es alles dafür braucht, ich nenne da beispielsweise wärmende Räume oder die Zufuhr von Lebensmitteln. Da kann man dann nicht sagen, dass der Bund oder der Kanton dafür zuständig ist. In einer solch flächendeckenden Situation kommt der Bund uns nicht helfen und auch der Kanton nicht, denn dann müssen wir uns selber helfen. Wer dieses Thema vertiefen möchte, dem empfehle ich das Buch «Blackout» von Marc Elsberg, der dies europaweit beschreibt. Natürlich ist die Chance gering, aber wenn dies passieren sollte, ist es wirklich ein schlimmes Szenario. Ich ziehe somit aber das Fazit, dass die auf kommunaler Ebene geleistete Arbeit eine gute Grundlage ist und wir hoffen einfach, dass wir dies nicht anwenden müssen oder zumindest nicht in diesem extremen Ausmass, wie ich es jetzt kurz beschrieb. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. Eine Diskussion im Rat findet nur dann statt, wenn der Rat eine solche Diskussion beschliesst. So wie ich es sehe, ist dies nicht der Fall. Damit kommen wir bereits zur Abstimmung über diese dringliche Interpellation. Dabei geht es darum diese Interpellation als erledigt vom Protokoll abschreiben zu können. Wer dem Vorschlag des Gemeinderates so folgen kann,



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

soll dies nun mit der Stimmkarte zeigen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Die dringliche Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Fluri Patrick (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Drohende Energiemangellage im kommenden Winter – Vorbereitungsstand der Stadt Langenthal? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 9. **Dringliche Interpellation Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Förderbeitrag hydrogeologische und geologische Abklärungen: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung**

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Wir kommen zu Traktandum Nr. 9 mit der dringlichen Interpellation von Gerhard Käser und Mitunterzeichnende betreffend Förderbeitrag hydrogeologische und geologische Abklärungen. Auch hier gilt, dass das Eintreten zwingend ist und wir sogleich zur Beratung übergehen.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Aus dem Gemeinderat gibt es keine Berichterstattung, weil wir dazu eine schriftliche Stellungnahme erhielten. Auch die Geschäftsprüfungskommission gibt keinen Bericht ab, sodass der Interpellanten die Gelegenheit für eine kurze Stellungnahme erhält.

**Interpellant Gerhard Käser (SP):** Merci vielmals für die Antwort zu dieser Interpellation. Dass es nun grundsätzlich ein Reglement zur Spezialfinanzierung von klimafreundlichen Energiequellen gibt, ist natürlich sehr, sehr gut. Ambitionierterweise soll es ja sogar bereits im nächsten Sommer eingeführt werden. Es wäre ja schön gewesen, wenn dies bereits für diesen Herbst geklappt hätte, zumal Sie ja alle die aktuelle Situation kennen. Aber immerhin ist etwas auf dem Weg und kommt ja offenbar noch dieses Jahr in den Stadtrat. Ich weiss allerdings nicht, ob dies immer zutreffend ist, haben wir in diesem Jahr ja nicht mehr so viele Gelegenheiten dafür. Aber seien wir gespannt, was da drinsteht. Ich möchte einfach sicher darauf aufmerksam machen, dass ich hoffe, dass dieses Reglement auch mutig sein wird. Ich hörte nun von vielen Rückmeldungen auch aus der Bevölkerung, wonach sich die Leute Gedanken über einen Umstieg machten, insbesondere bezüglich des Heizungssystems. Sie wissen, wie sich im Moment die Situation zeigt, haben sich die Preise dieser Geräte doch teilweise verdoppelt und die Auslieferung ist zum Teil gar nicht möglich. Es ist hier aufgrund von Corona und dem Ukraine-Krieg der wohl denkbar schlechteste Zeitpunkt für einen solchen Umstieg. Da bin ich der Meinung, dass man den Privaten bei diesem Umstieg effektiv mit einer Spezialfinanzierung helfen sollte, ansonsten wir das definierte Ziel bezüglich des Klimas nie im Leben erreichen werden. Dass beim Grundwasser nur eine Nutzung ab einer Leistung von 70 kW gefördert wird, ist eher ein ungelöstes Problem, auch wenn ich die Argumentation natürlich nachvollziehen kann, weil es ja vom Kanton auch so vorgesehen ist, dass nicht jeder nach Grundwasser bohren kann. Aber auf der anderen Seite ist es so, dass es mit 70 kW extrem viele Häuser braucht, die sich zusammenschliessen. Ich versuchte das nun mal selber im Quartier und es ist wirklich kein so einfaches Unterfangen diese 70 kW zusammenzubringen und dabei einfach beim Nachbar zu klingeln und ihn zu fragen, ob er nicht auch Lust hat gleich morgen und nicht erst übermorgen umzusteigen. Das ist einfach relativ schwierig. Wenn es dort irgendwie eine Möglichkeit gibt, sich dabei als Privatpersonen einfacher zu verbinden und dies dann in diesem Reglement steht, so wäre das gut. Seien wir doch gespannt, was dann in diesem Reglement steht und mehr muss ich sicherlich gar nicht sagen, weil wir dann beim Studium des Reglements wieder etwas dazu sagen. Merci.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. Auch hier gilt, dass eine Diskussion im Rat nur dann stattfindet, wenn dies so beschlossen wird. Ich sehe da keinen Hinweis darauf und es ist nicht der Fall, sodass wir zur Abstimmung schreiten können. Wer diese dringliche Interpellation gemäss Antrag des Gemeinderates als erledigt vom Protokoll abschreiben möchte, zeigt das jetzt mit der Stimmkarte. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Die dringliche Interpellation Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Förderbeitrag hydrogeologische und geologische Abklärungen wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**





# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10.

## **Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP), Fluri Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Neue Eissporthalle Hard – quo vadis?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung**

### **I Eintreten:**

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Traktandum Nr. 10 behandelt die Interpellation von Lerch, Grossenbacher, Fluri, Grossenbacher und Mitunterzeichnende zum Thema: «Neue Eissporthalle Hard -Quo vadis?». Auch hier ist das Eintreten zwingend und wir steigen direkt in die Beratung ein.

### **II Beratung:**

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Aus dem Gemeinderat gibt es keine Berichterstattung, weil die Stellungnahme schriftlich vorliegt und die Geschäftsprüfungskommission lässt sich dazu nicht verlauten. So erhält der entsprechende Interpellant auch hier die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme, sodass er erklären kann, ob er mit der Antwort befriedigt ist oder nicht.

**Interpellant Martin Lerch (SVP):** Vorneweg besten Dank für die Beantwortung dieses Vorstosses. Dieser wurde auch von einer Mehrheit der hier Anwesenden unterzeichnet und zeigt auch die Bedeutung. Das breite Interesse ist sicherlich auch auf die Verunsicherung zurückzuführen, die sich im letzten Sommer ergab. In den recht umfassenden Vorbemerkungen rekapituliert der Gemeinderat den bisherigen Werdegang des Projekts und die Antworten auf die fünf Fragen sind interessant und aufschlussreich. Auch der Gemeinderat sagt, dass er die Medienmitteilung des SCL vom 5. Juli 2022 mit Erstaunen zur Kenntnis nahm. Positiv ist aus meiner Sicht die Darstellung des Gemeinderates, dass er eine abgespeckte Variante weiterverfolgen möchte und er auch die Öffentlichkeit zeitnah darüber informieren wird. Es ist erfreulich, dass das Gespräch und die Verhandlungen mit den Hauptbeteiligten und den Stakeholdern weitergehen.

Ich erlaube mir auch hier eine Bemerkung zur Information. Es liegt mir natürlich fern hier irgendwelche Empfehlungen abzugeben, aber die Interpellation wurde aus meiner Sicht nötig, weil gewisse Informationen einfach nicht vorhanden waren. Die Info via Homepage ist gut und recht, aber ich frage mich, wer das so recherchieren geht, worauf ich bereits zuvor hinwies. Das machen höchstens wenige, besonders interessierte Leute. Meine Erfahrung bei Grossprojekten ist eigentlich, dass man kontinuierlich informieren sollte; das schafft Vertrauen bei der Bevölkerung und es ansonsten passieren kann, dass man zwar ein Superprojekt plant, hinter den Kulissen sehr gut arbeitet, dies dann aber der Bürger ablehnt, weil er in solch einem Prozess nicht mitgenommen wurde. Das ist mir ein Anliegen, dass man das hier macht, weil die fundierten und hilfreichen Antworten gut sind. Sicherlich hoffen wir hier alle im Saal, dass im Interesse des SCL, unserer schönen Stadt und unserer Bevölkerung eine von allen Seiten mitgetragene Lösung in vernünftiger Zeit realisiert werden kann. Damit bin ich mit der Abschreibung einverstanden. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. Auch hier gilt, dass eine Diskussion nur dann stattfindet, wenn der Rat eine Diskussion beschliesst. Das ist aber nicht der Fall. Wir können sogleich abstimmen. Auch hier beantragt der Gemeinderat, dass wir diese Interpellation als erledigt vom Protokoll des Stadtrats abschreiben. Wer diesem Antrag des Gemeinderates folgen kann, zeigt das bitte mit der Stimmkarte. Wer dagegen ist, zeigt dies jetzt mit der Karte an. Gibt es Enthaltungen?

### **III Abstimmung:**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Die Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP), Fluri Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Neue Eissporthalle Hard – quo vadis? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



11.

## **Motion Sägesser Saima Linnea (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021: Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

### **I Eintreten:**

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Wir kommen zu Traktandum Nr. 11. Dabei geht es um die Motion von Saima Sägesser und Mitunterzeichnende zur Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung betreffend «Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung». Das Eintreten dazu ist erneut zwingend und es folgt die Beratung.

### **II Beratung:**

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Vom Gemeinderat gibt es keine Berichterstattung, weil hier eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. Die GPK liess sich dazu nicht verlauten, sodass ich das Wort bereits der Sprecherin der Motion an Saima Sägesser übergeben kann.

**Sprecherin der Motion Saima Sägesser (SP):** Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Motion. Ich muss dazu aber sagen, dass ich recht enttäuscht bin. Das, was ich lesen konnte, entspricht nicht dem, was ich mir gerne gewünscht hätte. Mit den Veranstalter:innen, Institutionen und Kulturtreibenden, mit denen ich redete, liegt die Erwartung vor, dass es nach Einreichen des Vorstosses für mehr Flächen nur noch darum geht, per wann diese zur Verfügung stehen. Ja, das würde ich auch gerne wissen. Ich hätte jetzt eigentlich gehofft, dass man hier die kurzfristige Lösung anstrebt und man die fehlenden APG-Säulen gemäss vertraglicher Vereinbarung auch wieder dort hinstellt, wo sie einst standen. Somit würde die APG so auch ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen und diese drei Säulen, für die man die entsprechende Werbefläche in unserem Stadtgebiet vorsah, könnten auch wieder bespielt werden. Anstatt man diese sehr kurzfristige und kostengünstige Massnahme ergreifen würde – es geht dabei lediglich um ein paar Tausend Franken, um diese Säulen wieder installieren zu können, schiebt man nun hier die Bearbeitung dieses Anliegens wieder auf, wie dies leider auch bei vielen anderen Dingen passiert, soll dies wieder in ein Gesamtkonzept und in eine Gesamtstrategie einfließen. Das ist schon gut, aber es geht jetzt aktuell darum das Publikum wieder für die Institutionen zurückzugewinnen und in die Theater, in die Museen, in die Kunsthäuser, in die Galerien und in die Konzertlokale zu holen.

Wenn man das aber im öffentlichen Raum nicht sichtbar machen kann, oder nur sehr begrenzt mit einer Säule und an wenigen Bushaltestellen, so ist dies nicht genug. Mit meinem Vorstoss möchte ich eigentlich auch nicht eine digitale Variante anstreben, was hier ja vorgeschlagen wird. Ich denke dabei als Stichwort an den Energieverbrauch von irgendwelchen LED-Screens, an die entsprechende Wartung, was vielleicht mehr kosten wird oder die Standortfrage bezüglich der Wettersicherheit. Dabei sind Säulen, die man ganz einfach mit Plakaten bekleben kann, viel einfacher zu handhaben. In Bern gibt es diese APG-Säulen, was sehr schöne runde Säulen sind, bei denen das Material mit einem darüber liegenden Dächlein entsprechend geschützt wird. Ich würde mir also wünschen, dass man hier vorwärts macht und nun auch kurzfristig reagiert und das Ortsbild auch dementsprechend aufwertet, indem man nämlich zeigt, was für verschiedene Veranstaltungen und Angebote wir hier in dieser Stadt haben. Deshalb möchte ich diese Motion noch nicht abschreiben. Auch die SP/GL-Fraktion wird meinem Antrag grossmehrheitlich folgen. Merci.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke vielmals. Das heisst nun, dass Du den Antrag stellst den Antrag des Gemeinderates nicht zu unterstützen und man die Motion nicht abschreibt? Gut. Nun kommen wir zu den Fraktionen.

**FDP/jll-Fraktion, Irene Ruckstuhl (FDP):** Wir von der FDP/jll-Fraktion finden, dass es Sinn macht, dies in ein Gesamtkonzept einfließen zu lassen. Immer wieder steht aber die Frage im Raum, ob dies die Aufgabe der Stadt ist, für Kulturveranstaltungen Werbeflächen anzubieten. Wir würden es sehr begrüßen, wenn diese Frage einmal beantwortet werden könnte. Vielleicht gibt es für den Einsatz solcher Werbeflächen auch einfachere Möglichkeiten, beispielsweise an städtischen oder privaten Gebäuden – ich denke dabei an die WC-Anlagen auf dem Wuhrlplatz, mit Wechselrahmen zu arbeiten, wozu der Veranstalter auf der Gemeinde seine Plakate abstempeln lassen und danach selber aufhängen gehen könnte. Somit hätte man für den



Moment eine Lösung, es würden sich dadurch keine zusätzlichen Kosten ergeben und der Veranstalter hat dennoch die Möglichkeit auf seine Events aufmerksam zu machen. Unsere Fraktion stimmt deshalb dem Gemeinderat zu, dass die Motion als erledigt vom Protokoll abgeschrieben werden kann.

**GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP):** Die GLP/EVP-Fraktion nahm den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis und wir können das Anliegen des Gemeinderates dahingehend verstehen, dass er das motionierte Anliegen nicht unmittelbar umsetzen kann, sondern die anstehenden Arbeiten im Rahmen eines Konzepts für eine zukünftige Stadtmarketing-Strategie aufnehmen möchte. Aus unserer Sicht gilt es hier sicherlich auch noch einmal anzumerken, dass die in Aussicht gestellte Strategie erneut um ein Kapitel vielfältiger wurde und deshalb aus unserer Sicht auch wünschenswert wäre, wenn dieses Konzept doch auch möglichst pragmatisch gehalten werden kann, um beispielsweise auch solche Ideen, wie sie soeben meine Vorrednerin präsentierte, berücksichtigen zu können und nicht immer sogleich versucht wird, eine Deluxe-Variante umzusetzen, auch wenn dies auf guten Willen zurückzuführen ist. Dabei spreche ich diese LED-Plakate an, die auch wieder viel Energie verbrauchen. Wir vertrauen dabei aber dem Gemeinderat, dass er hier sicherlich pragmatische Lösungen wählen wird.

Bei uns in der Fraktion kam dann auch nochmals die Diskussion auf, dass wir grundsätzlich Geschäfte eigentlich nicht gerne abschreiben, die so nicht erfüllt sind. Hier wäre eine laufende Pendenzenliste oder ein ähnliches Planungsinstrument, das allein für den Stadtrat und nicht für die Öffentlichkeit einsehbar wäre, von grossem Vorteil, damit man über den Stand der Geschäfte informiert wäre und es so im Blick hätte, wenn man etwas abschreibt, das in Aussicht gestellt wird, aber in dem Sinn noch nicht fertig ist. Solange es da aber keine Praxisänderung gibt oder wir über ein ähnliches Planungsinstrument verfügen, müssten wir dann wieder über jede abgeschriebene Motion oder Interpellation, die nicht erfüllt wurde, neu entscheiden. Solange es dazu aber keine einheitliche Praxis gibt, werden wir wie immer fortfahren und der Abschreibung dieser Motion entsprechend zustimmen. Besten Dank.

**SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP):** Auch ich möchte mich in Anbetracht der Zeit kurzhalten. Wir diskutierten das Traktandum auch anlässlich unserer Fraktionssitzung und wundern uns natürlich auch darüber, wie diese Kulturnägel einfach so verschwinden können. Wenn man gleichwohl sieht, dass diese Rundsäulen entsprechend baubewilligungspflichtig sind und wir an den bereits bekannten Bewilligungstau denken, so ist natürlich die Frage, ob man dies nun wirklich zwingend unterstützen muss, oder ob es nicht sinnvoller ist, wirklich abzuwarten, bis das Gesamtmarketingkonzept steht. Wir diskutierten dies entsprechend und kamen dann wie bereits bei der Motion zuvor überein, dass wir dem Gemeinderat folgen und abwarten werden, was dann die Marketingstrategie letztendlich bringen wird. Infolgedessen wird die SVP den Antrag des Gemeinderates stützen. Danke.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. Ich frage die SP/GL-Fraktion, ob sie sich auch noch dazu verlauten lassen will oder nicht? Gut, dann wurde das bereits mit dem Votum von Saima Sägeser erledigt. So kommen wir nun zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Darf ich dazu jemandem das Wort übergeben? Ich sehe keine Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern? Das ist nicht der Fall, merci Reto Müller. Sodann erkläre ich die Beratung zu diesem Vorstoss als geschlossen. So frage ich aber nochmals die Motionärin, ob sie nochmals etwas sagen möchte? Nein, so können wir direkt darüber abstimmen. Wer dem Gemeinderat folgen und diese Motion als erledigt vom Protokoll des Stadtrats abschreiben möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Wer der SP/GL-Fraktion folgen möchte und diese Motion nicht als erledigt vom Protokoll abschreiben möchte, bitte ich nun die Hand in die Höhe zu halten. Wer möchte sich der Stimme enthalten?



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

## III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**
  1. **Die Motion Sägesser Saima Linnea (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2021:** Mehr Flächen für Langenthaler Kultur- und Veranstaltungswerbung **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
  2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 12. Motion der SVP-Fraktion und der FDP/jll-Fraktion vom 19. September 2022: Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten: Stellungnahme

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Wir kommen zu Traktandum Nr. 12 mit der Stellungnahme zur Motion der SVP- und FDP/jll-Fraktion betreffend «Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten». Das Eintreten zu diesem Vorstoss ist zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung fort.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Vom Gemeinderat gibt es dazu keine Berichterstattung, weil eine schriftliche Stellungnahme abgegeben wurde. Die Geschäftsprüfungskommission wünscht auch keine Berichterstattung, sodass ich das Wort gerne dem Sprecher der Motion übergebe.

**Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP):** Das Einreichen dieser Motion ist dadurch bedingt, dass wir in Langenthal auf der einen Seite – und ich glaube, dass man das sagen darf, ein sehr breites Angebot an Dienstleistungen haben. Man weitete in den Zeiten nach den Onyx-Millionen das Angebot an öffentlichen Leistungen aus und nahm Aufgaben an die Hand, die man zuvor nicht an die Hand nahm. Man kann jetzt sagen, dass man nun auf einem sehr guten Level zugunsten der Bürgerinnen und Bürger ist und man sehr viel machte. Auch wenn ich die Budgetdebatte nicht wiederholen möchte, zeigen auf der anderen Seite die finanzpolitischen Prognosen, dass es halt einfach zunehmend schwieriger wird ein finanzielles Gleichgewicht zu behalten, zumal man ja mit den Steuern bereits hoch ging. Jetzt ist es quasi wichtig, um man das strukturelle Defizit einigermaßen in Zaunhalten halten zu wollen, dass man mit den Ausgaben nicht noch völlig überbordert. Dies ist nun einmal die Ausgangslage.

Was macht man nun? Auf der einen Seite gibt es Investitionen, die wir in der Budgetdebatte ausführlich behandelten und hier jetzt nicht Gegenstand dieses Vorstosses sind. Auf der anderen Seite gibt es die Frage der öffentlichen Aufgabe. Die Überlegung der Motionäre ist, dass unter diesen Umständen jetzt eine einfache, vielleicht auch zufällige Mehrheit nicht mehr ausreichen soll, falls man noch weitere neue Aufgaben – die bisherigen sind nicht betroffen, an die Hand nehmen möchte, zumal man bereits über einen sehr guten Service verfügt und man sich in einer finanziell angespannten Situation befindet. Wenn man nun in dieser Situation, in der man sich jetzt in Langenthal befindet, nochmals eine neue Aufgabe an die Hand nehmen möchte, soll es dafür eine qualifizierte Mehrheit brauchen; also nicht irgendwo ein Block von Parteien mit einer gewissen Zielrichtung, sondern im wahrsten Sinn des Worts eine überparteiliche Allianz mit der Überlegung, dass nur in einem solchen Fall ein wirklich breites Bedürfnis nach einer neuen Aufgabe besteht. Wie hoch dieses Quorum ist, müssen wir hier heute nicht bestimmen, was dann eine fundiert politische Diskussion ergeben soll. Die heutige Frage ist einzig und allein, ob man diesen Grundsatz einführen möchte; wie hoch man es dann auch ansetzt, wird zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren sein. Die Erfahrung mit Quoren ist nach Dafürhalten der Motionäre und auch nach meinem Dafürhalten eigentlich gut. Ich erinnere namentlich an das Beispiel der Schuldenbremse, das eigentlich von der grossen Mehrheit der politischen Kräfte als sehr gut beurteilt wird. Das Instrument der Schuldenbremse arbeitet mit Quoren; wenn das Quorum erreicht ist, kann man beispielsweise die Schuldenbremse ausser Kraft setzen. Es ist somit ein erfolgreiches Mittel, damit sich die Politik vielleicht auch ein bisschen selber disziplinieren kann und einfach dann tätig wird, wenn man überzeugend grosse Mehrheiten hat.

Im Sinne eines Tatbeweises, dass man eben überzeugend grosse Mehrheiten möchte, werde ich diese Motion nun auch in ein Postulat wandeln. Dies erfolgt in der Hoffnung, dass man die Zustimmung noch ein bisschen weiter fassen könnte, hat man jetzt ja bereits eine stolze Trägerschaft von Urheberinnen und Urhebern. Aber wir hätten gerne noch eine etwas breitere Mehrheit, weshalb wir auch die Wandelung in ein Postulat vornehmen, auch quasi ungesehen von der Diskussion, sodass wir nicht abwarten und schauen, wie es läuft und erst dann wandeln oder nicht. Vielmehr lösen wir das Ticket bereits jetzt und wollen damit eine breite politische Mehrheit erzielen. Ich glaube auch nicht, dass dies irgendwie für die Katz ist, wenn



das Anliegen als Postulat überwiesen wird. Man könnte zwar den Eindruck gewinnen, zumal der Gemeinderat der Meinung ist, dies lieber nicht für erheblich zu erklären, dass es dann ja bereits irgendwie geprüft wurde und es nicht klar ist, was man dann noch will. Aber es ist hier natürlich eine etwas andere Situation, Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie doch, dass eine Forderung zur Einsetzung einer Kommission eingereicht wurde, die für die finanzpolitische Konsolidierung sorgen soll. Themen wie die Schuldenbremse sind auch ein Teil des Prüfauftrags, wobei der Prüfauftrag aber nicht abschliessend definiert ist. Wir haben selbstverständlich im Sinn oder wollen, dass sich diese Kommission auch dem Thema bezüglich des Quorums für neue Aufgaben annimmt. Das macht dann auch vom Zeitplan her einen guten Sinn, weil man dann nicht ein Thema vorzieht und separat behandelt und die anderen daneben, zuvor oder danach, sondern man dann alles zusammen und aus einem Guss macht. Das Postulat ermöglicht somit auch eine synchronisierte Zeit- und Ablaufplanung. Nachdem man nun quasi von den Motionären einen Schritt auf die anderen zumachte, hoffen wir, dass der Schritt erwidert wird und dass wir eine breite Mehrheit für ein Postulat bekommen. Danke für die Diskussion und die Aufmerksamkeit.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Herzlichen Dank. So rekapituliere ich kurz, dass es nun keine Motion, sondern ein Postulat ist. Das heisst gleichzeitig, dass wir über Ziff. I und somit über die rechtliche Qualifikation gar nicht zu diskutieren und abzustimmen haben. Und ich stelle fest, dass der Gemeinderat beantragt, auch im Falle einer Wandelung das Anliegen für nicht erheblich zu erklären. Nun gehen wir in dem Sinn mit diesen Prämissen in die weitere Diskussion. Ich komme zu den Fraktionen und frage an, wem von den Fraktionen ich das Wort erteilen darf?

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** Ich kann es vorneweg nehmen, dass die SP/GL-Fraktion es zwar schön findet, dass die Motionäre uns entgegenkommen wollen, so fasste ich es zumindest auf, aber sie mit diesem Text einfach so weit weg von uns sind, dass sie trotz dem Entgegenkommen weiterhin auf der falschen Seite stehen. Es ist eben schon so, was ich immer nur wiederholen kann, dass wir in Langenthal nicht zu viel Geld ausgeben, sondern einfach schlichtweg zu wenig einnehmen. Vor zehn Jahren senkte man die Steuern so sehr, dass man wusste, dass man dadurch das Eigenkapital abbaut. Man ging das ganz bewusst ein und seither können Sie jedes Jahr über unser strukturelles Defizit jammern. Es ist einfach so und es ist nicht anders, auch wenn sie noch lange irgendetwas anderes behaupten. Es ist einfach so. Nun versucht man laufend alles in die Wege zu leiten, um dies für die Zukunft in Beton zu giessen und damit die repräsentative Demokratie, wie wir sie hier pflegen, eigentlich übergeht, indem man einfach sagt, dass auch eine Minderheit plötzlich alles blockieren kann. Das finde ich extrem bedenklich und finden wir komplett nicht in Ordnung, dass sie das versuchen. Wir wissen, dass in Zukunft eine ganze Armada an neuen Reglementen und Verordnungen kommen, mit denen man drein schiessen kann, damit dann auch die GPK immer wahn-sinnig viel Arbeit hat und sich mit diesen Sachen auseinandersetzen und sich zu überlegen hat, ob es sich dabei nun um eine neue Ausgabe handelt oder nicht. Damit wird die ganze Arbeit nur erschwert. Und schlussendlich können wir als Minderheit in diesem Rat doch feststellen, dass wir gar nicht mehr zu kommen brauchen, weil sie einfach durchregieren und mehr oder weniger machen, was sie wollen. Dabei können sie dann allenfalls mit einem mehr oder weniger relativen Zufallsmehr solch weitreichende demokratischen Eingriffe in unser Gesetz hineinschreiben. Und dies finde ich höchst, höchst, höchst bedenklich. Aus diesem Grund können wir dies nicht einmal ansatzweise unterstützen.

**GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP):** Die vorliegende Motion – und ich rede jetzt zuerst dennoch zur Motion, möchte in ihrem ersten Entwurf, dass die Stadt Langenthal neue öffentliche Aufgaben, sei es durch Reglemente oder Beschlüsse, nur noch mit einem noch zu definierenden qualifizierten Mehr, diesem sogenannten Quorum, beschliessen kann. In der Motion wird beispielsweise ein Quorum von 21 zustimmenden Parlamentarier:innen genannt. Die GLP/EVP-Fraktion diskutierte den Inhalt des Anliegens der Motion mehrmals und kontrovers. Grundsätzlich verstehen wir das Anliegen der Motionäre und können die Bestrebungen und Massnahmen für einen möglichst ausgeglichenen Haushalt auch unterstützen. Die von den Motionären geäusserten Regeln als Motion sind aus unserer Sicht so zu pauschal und können spätere und in diesem Kontext noch nicht bekannte Ausgaben eventuell verhindern. Insbesondere stellt sich auch die Frage, was denn alles als neue und öffentliche Aufgabe gelten soll? Dennoch sind wir uns als GLP/EVP-





Fraktion der finanziellen Verantwortung auch bewusst und möchten, dass das motionierte Anliegen in dem Sinn geprüft werden. Somit stimmen wir diesem Postulat nach erfolgter Wandelung zu, damit dies in der Gesamtbetrachtung der städtischen Finanzlage berücksichtigt werden kann. Insbesondere soll bei diesem Postulat auch die Dauer dieser Regelung geprüft werden, zumal sich die Frage stellt, ob es zeitlich zu beschränken ist. Das sind alles Fragen, die einer vertieften Prüfung unterzogen werden sollten. Wir wissen, dass die finanzielle Lage unserer Stadt angespannt ist, sodass es Massnahmen braucht und ich sehe keine Lösung darin, einfach nur mehr einnehmen. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. Möchte sich die SVP- oder die FDP/JLL-Fraktion auch noch zum Anliegen äussern? Das ist nicht der Fall, sodass wir nun zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern kommen. Darf ich dazu jemandem das Wort erteilen?

**Fanny Zürn (GL):** Ich sehe es auch so, dass es zu einem funktionierenden demokratischen System Sorge zu tragen gilt. In vielen Ländern sah man, was passieren kann, wenn die führende Machtelite langfristig versucht ihre Macht zu sichern. Es geht schnell und dann rutscht man von einer stabilen repräsentativen Demokratie ab. Es scheint, dass dieser Antrag zwar erst ein harmloser Anfang sein mag, aber er eröffnet Tür und Tor für weiterreichendere Ideen und Gelüste zur Machtsicherung und zur Aushebelung der demokratischen Repräsentation. Ich bin mir deshalb auch nicht sicher, ob das Bewusstsein existiert, wie sehr mit diesem Antrag am demokratischen Fundament gekratzt wird. Die Gemeinden haben schon heute bereits Mühe, für die kommunale Politik Leute zu finden. Hat ein grosser Anteil des Stadtrats gar nicht mehr die Möglichkeit in dieser Stadt etwas zu bewirken oder etwas Neues zu initiieren, so führt dies zu Frust und Resignation. Was dann wiederum dazu führt, dass noch weniger Leute motiviert sind sich in der kommunalen Politik zu engagieren, was bereits von Roland Loser erwähnt wurde, weil sie dann einfach alibimässig am Montagabend ein paar Stunden absitzen kommen. Jetzt denken Sie sich vielleicht, dass dies Ihnen eigentlich egal sein kann, da Sie sich ja in der Mehrheit befinden, was ja auch total stimmt und ich Ihnen nichts entgegenhalten kann. Ich fände es aber Ihrerseits einfach eine megaschöne Geste an Fairplay und man staunt, aber die Mehrheitsverhältnisse konnten sich in der Geschichte auch schon ändern.

Machen wir uns nichts vor, stehen wir doch an einem kritischen Punkt der Menschheit, dass es einfach nur gefährlich ist, wenn wir jetzt kein Geld mehr in die Finger nehmen. Viele Ausgaben sind jetzt in diesem Jahrzehnt vorzunehmen, damit wir überhaupt, wenn auch nur kleine Chance haben, die schlimmsten Folgen der Klimakrise abzuwenden. Und wenn wir es nämlich nicht schaffen, unter dieser kritischen Marke von 1,5 Grad Erwärmung zu bleiben, so haben wir eindeutig ein schlimmeres und deftigeres Problem als unser Budget. Es braucht in diesen kommenden Jahren Investitionen in die erneuerbaren Energien, in eine nachhaltige Mobilität und auch für Anpassungen gegen den Klimawandel. Und das wird einfach Geld kosten. Vermasseln wir es also nicht präventiv zu handeln, weil es ansonsten zu einem viel grösseren volkswirtschaftlichen Schaden führt, den Sie jetzt vielleicht noch gar nicht kommen sehen.

Und noch etwas Anderes: Vor nicht allzu langer Zeit wurde hier gesagt, dass man doch etwas sparsamer mit der Eingabe von Motionen und Postulaten umgehen soll. Im Moment habe ich aber das Gefühl, dass man in dieser Stadt eine Person anstellen könnte, die allein schon nur für die Beantwortung dieser Sparanträge eingesetzt werden könnte. Da man dabei von bürgerlicher Seite immer gegen die Bürokratie wettet, stellen diese Vorstösse zu diesem Thema doch eine ganz schöne Beschäftigungstherapie für die Verwaltung dar. Und sie verursachen entsprechende Kosten. Ob dann am Ende des Tages mehr Kosten als produziert eingespart werden konnten, bin ich mir nicht sicher. Deshalb bitte ich Sie von Herzen, lassen wir uns als Stadtrat doch die Möglichkeit, auch in Zukunft noch Investitionen an die Hand nehmen zu können, die wichtig sind und schrauben wir die Limite für Mehrheiten nicht so in die Höhe, sodass wir uns selber lähmen. Besten Dank.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

**Nathalie Scheibli (SP):** Die Motion mag als Schuldenbremse vielleicht sinnvoll sein. Auch als Postulat. Aber für mein demokratisches Verständnis geht dieses Anliegen absolut nicht auf. Eine Mehrheit ist eine Mehr-



heit, und auch dann, wenn es nur um eine Stimme geht. Ich erinnere mich daran, dass die Kampfjet-Abstimmung mit einer ganz knappen Mehrheit gewonnen wurde. Stellen Sie sich vor, es würde auf Bundesebene bei Volksabstimmungen solch eine Klausel geben, die einen gewissen Prozentsatz an Zustimmung vorschreibt. Das ist dann keine Demokratie mehr, das ist eine Bananenrepublik.

**Pascal Dietrich (parteilos):** Jetzt muss ich da doch noch ein paar Sätze sagen, weil mir diese hier verbreitete Weltuntergangsstimmung, all diese Schreckensszenarien – und ich möchte es sogar Hysterie nennen, langsam doch ein bisschen auf die Nerven geht. Es möchte ganz sicher niemand hier im Saal die Demokratie abschaffen, denn darum geht es überhaupt nicht. Und Sie sind von mir ausgesehen einfach ein wenig auf dem falschen Dampfer. Wenn Sie sich die Gemeindeordnung des Kantons Bern anschauen, steht dort in Art. 12 ganz klar, dass ein Gemeindeerlass so etwas, wie es jetzt hier vorgeschlagen wird, vorsehen kann und dies somit überhaupt nichts mit der Abschaffung der Demokratie zu tun hat. Im Gegenteil wird so etwas demokratisch beschlossen. Und hier nun solche Dinge zu sagen, geht einfach ein bisschen zu weit. Es geht uns auch überhaupt nicht darum, Sie irgendwie zu provozieren oder Ihnen etwas weg zu nehmen. Nathalie Scheibli sagte es ja richtig, wenn dies nun auf nationaler Ebene existiert hätte, würde es keinen neuen Kampfjet geben. Aber hier ist diese Möglichkeit vorhanden, denn hier haben wir durch die kantonale Gesetzgebung gewisse Möglichkeiten etwas zu machen. Wenn dies eine Mehrheit will, so passiert es und wenn es dafür keine Mehrheit gibt, so passiert es eben nicht. Das sind die demokratischen Spielregeln. Sie müssen jetzt nicht so tun, als dass man heute Abend alles kehren, drehen und abwürgen möchte. Das ist nicht so und Sie hörten soeben, dass dieser Vorstoss nun in ein Postulat gewandelt wurde, sodass heute Abend dennoch alle ruhig schlafen können. Seien Sie so gut und hören Sie ein bisschen mit diesem Alarmismus auf.

**Georg Cap (GL):** Ich möchte vielleicht kurz sagen, dass Du Pascal vielleicht der Falsche bist, um solche Dinge vorzubringen. Ich glaube, Du warst während Corona mit der klaren Mehrheit auch nicht so einverstanden. Ich finde es völlig daneben, dass man hier allenfalls mittels Zufallsmehr solch eine «neue Mehrheit» in der Demokratie einführen könnte, was völlig undemokratisch ist. Es kann doch nicht sein, dass wir uns damit völlig blockieren und wir uns bei möglicherweise wichtigen Investitionen sowohl links, wie auch bürgerlich rechts selber gegenseitig aushebeln. Das kann doch nicht unser Ziel sein, dass wir uns so ins Bein schiessen. Zudem kommt dies einfach einer Mehrheitsregierung gleich, was bereits erwähnt wurde. Das ist nicht zufällig, dass solch ein Vorstoss von dieser Seite kommt, bei der zwei Fraktionen zusammen die Hälfte des Stadtrats stellen.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht der Gemeinderat noch das Wort?

**Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Ich möchte vielleicht mit ein bisschen weniger emotionsgeladenen Worten darauf hinweisen, dass wir seitens des Gemeinderats das Votum und auch die Mehrheit der Antwort in der Meinung vorbereiteten, dass es sich um eine Motion handelt. Aber Sie sahen, dass wir auch im Fall einer Wandelung in ein Postulat die Nichterheblicherklärung beantragen. Warum? Sie redeten jetzt viel, aber das Schlüsselwort wurde auch seitens des Sprechers der Postulanten genannt, dass es eigentlich um das Wort «Selbstdisziplin» geht. Der Stadtrat hat es in der Hand, jedes Mal über jede Ausgabe, die in Ihrer Finanzkompetenz liegt, zu beschliessen. Die Frage ist lediglich, ob es für die einen oder anderen Aufgaben ein spezielles Quorum braucht, insofern, als dass man sich eben in dieser sogenannten Ausgaben- und Selbstdisziplin eher gegenseitig misstraut. Auf der anderen Seite wurde zu diesem neu einzuführenden System auch bereits erwähnt, dass aus Sicht des Gemeinderates auch die Verkomplizierung steht, was das politische System für die Öffentlichkeit produziert. Also überall dort, wo nebst den einfachen Mehrheiten auch noch andere Quoren erreicht werden müssen, kann das Erklären kompliziert werden. Die andere Seite sagte es vorhin, dass es sein kann, dass man Minderheiten blockieren kann, es aber auch als Minderheitenschutz ausgelegt werden kann. Hätte man es so umgesetzt, wie es ursprünglich verlangt wurde, hätte es die Stadtverfassung tangiert, sodass man zur Frage des Quorums hätte vor das Volk gehen müssen. Das dünkt uns dann schon eine relative hohe Flugebene, wenn man dies hätte machen müssen, um dies dann auch erreichen zu wollen.



Jetzt reden wir aber nicht mehr von einer Motion, sondern der Gemeinderat soll einen Prüfbericht vorbereiten, was auch mit einer Kommission begründet wurde, wozu für uns der Zusammenhang dann nochmals zu ergründen ist, weil diese in einem anderen Zusammenhang steht und vom Stadtrat auch noch nicht beschlossen ist. Machen Sie sich einfach nicht zu viel Hoffnungen, welche Art von Inhalt dieser Prüfbericht in Bezug auf das motionierte Anliegen dann zu Tage führt. Ich denke, dass die rechtlich formale Seite auf dem Tisch liegt, denn falls man neue Quoren in unser heutiges System implementieren möchte, man dies in der Stadtverfassung regeln müsste. Ebenso wurde heute auch bereits erwähnt, dass eine gewissenhafte Abfassung des Prüfberichts – und unsere Leute in der Stadtverwaltung machen dies immer gewissenhaft, personelle Ressourcen benötigt, beispielsweise dann, wenn man einen Vergleich anstellen oder einen Benchmark zu anderen Gemeinden erarbeiten möchte, sodass dann geschaut werden muss, was da möglich ist etc. Wie auch immer ist es so, dass auch ein Prüfbericht Geld kostet. Spitzfindig könnte man jetzt auch fragen, ob dann dieser Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung dieses Prüfberichts zu diesem Thema einer neuen Aufgabe entspricht oder als wiederkehrend anzuschauen ist? Auch diese Frage ist irgendwann zu regeln. Aber darum geht es jetzt nicht. Für uns als Gemeinderat ist klar, dass der Gemeinderat selbstverständlich das macht, was die Mehrheit hier im Stadtrat beschliesst. Merci vielmals.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke. Somit ist die Beratung geschlossen und nun erhält der Sprecher des Postulats noch die Möglichkeit für ein Schlusswort.

**Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP):** Der Zusammenhang mit dem eingereichten Vorstoss, lieber Stadtpräsident Reto Müller ist offensichtlich, weil die von uns verlangte Kommission, was noch nicht überwiesen, aber eingereicht wurde, keinen abschliessenden Aufgabenkatalog hat und es von daher noch Platz für mehr gibt. Es braucht dann auch nicht zwingend einen Prüfbericht von Ihnen, sondern Sie können einfach die Arbeit der Kommission weitergeben. Ich konnte den Vorwurf wegen dem Beüben der Verwaltung nicht ganz nachvollziehen, dies mit Blick darauf, dass wir in der Vergangenheit regelmässig Postulate beantwortet erhielten, bevor sie überwiesen wurden, hübscherweise noch verbunden mit dem Antrag auf Abschreibung, da man ja den Vorstoss, der noch nicht überwiesen war, bereits geprüft haben wollte. Von dem her muss man bei diesem Vorwurf auch ein bisschen die Relation sehen. Schade finde ich auch, wenn man hier nun kritisiert, dass von bürgerlicher Seite Anträge zur finanzpolitischen Disziplinierung gestellt werden und dass das dann ganz viele sind. Ich zählte nun zusammen, dass wir bei der heutigen Stadtratssitzung aus dem rotgrünen Lager sechs Vorstösse hatten und daneben gab es noch vier Traktanden auf Neuwahlen, respektive Mitteilungen des Gemeinderates und damit hätten wir dann bereits die meisten Traktanden des Abends zusammen. Wir kommen einfach nicht weiter, wenn der eine dem anderen sagt, dass er ein Böser ist, weil er Vorstösse einreicht. Und beim nächsten Mal sagt der andere dem einen, dass er auch ein Böser ist, weil er Vorstösse einreicht. Wir sollten doch eigentlich gescheiter über die Sache diskutieren.

Von einigen wurde die Diktatur der Mehrheit thematisiert und man sorgsam mit unserem Rechtsstaat umgehen sollte. Ja, genau, und genau deshalb geht dieser Vorstoss hier in die richtige Richtung, weil er keine Diktatur der Mehrheit schafft, sondern es ist im Gegenteil so – und da hatte der Stapi recht, dass es hier um einen Minderheitenschutz geht. Es geht genau nicht um eine Diktatur der Mehrheit, denn man bestimmt ja ein Quorum, um ein Zufallsmehr zu verhindern. Es geht auch nicht um ein Zufallsmehr, Georg Cap, denn das ist genau das, was man verhindern möchte. Man möchte eine politisch breite Zustimmung. Somit geht es nicht um eine Diktatur und es geht um kein Zufallsmehr, sondern es geht im Gegenteil um einen Minderheitenschutz, wenn man dann schon mit diesen Kategorien von Mehrheit und Minderheit arbeiten will. Und es geht um die Vermeidung von Zufallsmehrheiten.

Dyami Häfliger sprach Varianten wie beispielsweise die zeitliche Befristung an oder welche Aufgaben es genau betrifft, was ich als wertvolle Vorschläge ansehe. Bisher war es so, dass man dies beim Einbringen neuer Aufgaben seitens des Gemeinderates im Bericht & Antrag auch so deklarierte und es als «neue öffentliche Aufgabe» umschrieb. Dies könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Hinsichtlich einer zeitlichen Befristung könnte dies so lange gelten, als wir ein strukturelles Defizit haben und ich als wertvollen Ansatz betrachte, über den sich gut diskutieren lässt. Und dann gibt es noch die viel erwähnte Klimakrise, wogegen wir etwas machen müssen. Aber hier müssen wir mit Innovation arbeiten. Wir diskutieren diese



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

Woche im Grossrat über Vorschläge für Innovationen zur Bekämpfung der Klimakrise. Damit man beispielsweise endlich Leute, die mit der Wasserkraft vorwärtsmachen wollen, bauen lässt, und dass man Leute mit Seewasser-Solaranlagen oder mit Alpin-Solaranlagen vorwärtsmachen lässt, und nicht immer dann, wenn jemand eine gute Idee hat, sagt, dass man das nicht darf, weil es nicht zonenkonform ist und dabei auch das Ortsbild vielleicht nicht ganz eingehalten wird. Schaffen wir Innovation auf den richtigen Stufen, auf kantonaler und eidgenössischer Ebene mit neuen Gesetzen und schlankeren Verfahren, und auf kommunaler eben mit Schritten zur finanzpolitischen Konsolidierung. Merci.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke. So kommen wir jetzt schon zur Abstimmung. Ich erwähnte dazu bereits, dass Ziffer I hinfällig wurde und es geht jetzt noch um Ziffer II. des gemeinderätlichen Antrags. Dabei geht es um die Wandelung der Motion in ein Postulat. Wer dem Gemeinderat folgen möchte und das Postulat als nicht erheblich erklären möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte zeigen. Wer dem Gemeinderat nicht folgen möchte und das Postulat als erheblich erklären will, zeigt dies jetzt an. Wer möchte sich bei dieser Frage der Stimme enthalten?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:**

- I. **1. Das Postulat (gewandelte Motion) der SVP-Fraktion und der FDP/jll-Fraktion vom 19. September 2022:**  
Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten **wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 13. Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP), Fankhauser Fabian (glp) vom 19. September 2022: Pilotversuche für legale Abgabe von Cannabis: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

### I Eintreten:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Bei Traktandum Nr. 13 geht es um die Beantwortung und den Antrag auf Abschreibung der Interpellation von Sägesser und Fankhauser zu Pilotversuchen für die legale Abgabe von Cannabis. Auch hier ist das Eintreten zwingend und wir kommen zur Beratung.

### II Beratung:

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Da der Gemeinderat bereits eine schriftliche Stellungnahme abgab, gibt es dazu auch keine Berichterstattung. Die GPK liess dazu auch nichts verlauten. So erhält nun der Vertreter der Interpellation die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und er kann erklären, ob er mit der Beantwortung befriedigt ist oder nicht.

**Sprecher der Interpellation, Fabian Fankhauser (GLP):** Die Antwort des Gemeinderates löste bei uns nicht gerade Freudentränen aus. Obwohl wir ein gewisses Verständnis haben, dass der Gemeinderat gerade auch im Hinblick auf die letzten paar Sitzungen kein Geld ausgeben möchte, war das dann gerade das einzige, wozu der Gemeinderat eine Meinung hatte, versteckte er sich doch zu allem anderen hinter Reglementen und Gesetzen. Wir hätten uns schon auch erhofft, dass ein Siebner-Gremium mit drei Linken und zwei Liberalen eine satte Mehrheit für gesellschaftsliberale Anliegen erzielt. Aber so ist es dann eben ein bisschen eine verpasste Chance. Dies ist gerade auch deshalb so, weil wir der Meinung sind, dass Langenthal als Durchschnittsstadt auch eine gewisse statistische Signifikanz hätte und dies wissenschaftlich hätte vorantreiben können. Jetzt ist es eben so und wir hoffen auf die nationale Gesetzgebung, sodass sich die nationale Gesetzgebung – wie üblich ein paar Jahre zu spät, aber schliesslich dann doch noch, an die gesellschaftliche Realität anpassen wird. Nun sind wir auch schon beinahe fertig, sodass ich Ihnen ein gutes Feierabendbier oder ein Genussmittel Ihrer Wahl wünsche.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke. Eine Diskussion zur Interpellation findet nur dann statt, wenn der Rat dies beschliesst. Das ist offenbar nicht der Fall. So können wir bereits über diesen Vorstoss abstimmen. Der Gemeinderat beantragt dabei, diese Interpellation als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abzuschreiben. Wer sich dem anschliessen kann, zeigt dies jetzt mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

### III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Die Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP), Fankhauser Fabian (glp) vom 19. September 2022: Pilotversuche für legale Abgabe von Cannabis wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 14. Mitteilungen des Gemeinderates

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Unter Traktandum Nr. 14 folgen die Mitteilungen des Gemeinderates und es liegen drei Mitteilungen vor. Beginnen wird Gemeinderat Michael Schär mit der Information zu Wärmeverbänden und dem Energierichtplan.

**Gemeinderat Michael Schär (FDP):** Ich würde Ihnen kurz etwas zu den Wärmeverbänden und dem Energierichtplan erzählen. Dabei geht es um diejenigen Informationen, die ich präsentiert hätte, falls die Motion von Paul Bayard und den Mitmotionären zur Debatte gestanden hätte.

Entsprechend gebe ich hier einen Überblick, woraus der Energierichtplan besteht. Dazu gehören der Erläuterungsbericht, die Richtplankarte, die Massnahmenblätter und der Richtplantext. Die letzten beiden Sachen sind behördenverbindlich und der Erläuterungsbericht ist informativ. Dazu konnten Sie alle bereits schon einmal anlässlich der Mitwirkung Stellung nehmen.

**Was ist ein Richtplan?**

Der Richtplan besteht aus:

- Erläuterungsbericht (informativ)
- Richtplankarte
- Massnahmenblätter/ Richtplantext

behördenverbindlich (Exekutive)

Hier sehen Sie noch einmal den Ablauf, wo wir uns zurzeit befinden. Momentan kam der Richtplan unter Beilage der kantonalen Rückmeldungen soeben aus der Vorprüfung zurück. Die entsprechenden Anpassungen werden jetzt entsprechend eingearbeitet, dann wird er erneut dem Gemeinderat vorgelegt und von diesem anschliessend definitiv genehmigt und dann öffentlich aufgelegt. Darauf folgt dann das Inkrafttreten.

**Vorgehen / Ablauf**

	Erarbeitung & Entwurf	Öffentliche Mitwirkung	Vorprüfung	Beschlussfassung	Genehmigung	Öffentliche Auflage	Inkrafttreten
<b>Gemeinde</b>	Entwurf (Gemeinderat)	Öffentliche Mitwirkung (AGF)	Vorprüfung (AGF)	Beschlussfassung (Gemeinderat)	Genehmigung (Gemeinderat)	Öffentliche Auflage (Gemeinderat)	Inkrafttreten (Gemeinderat)
<b>Leitbehörde (AGF)</b>			Vorprüfung (AGF)	Beschlussfassung (AGF)	Genehmigung (AGF)		
<b>kantonale Fachstellen</b>							

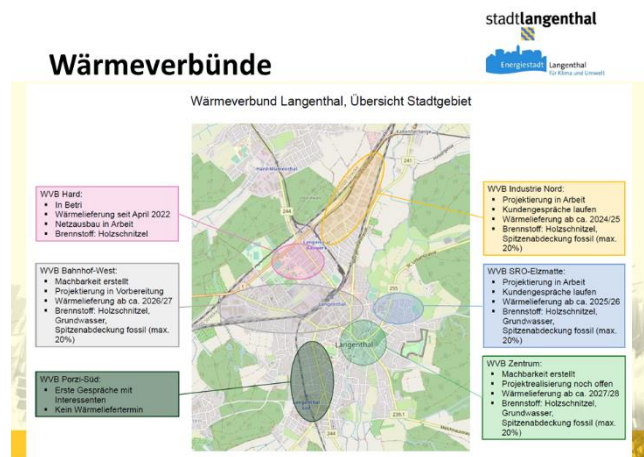




Wenn wir hier die Karte der IBL hinsichtlich der Planung der Wärmeverbände anschauen, sehen Sie auf der linken Seite den Wärmeverbund «Hard», der sich im Betrieb befindet und das Netz aktuell weiter ausgebaut wird und bei dem dann früher oder später auch der Anschluss der Schulhäuser, der Stadt selber kommen wird. Aktuell ist man daneben im Gebiet «Pappelhöfe» an dessen Erschliessung. Im Bereich WVB<sup>1</sup> Bahnhof-West ist man daran die Machbarkeit zu erarbeiten und steht kurz vor der Projektierung. Wenn alles nach Plan läuft, könnte dieser Verbund in etwa 2026/27 in Betrieb gehen. Dazu ist auch noch zu sagen, dass dieser, falls möglich, mit dem WVB Zentrum zusammengehängt wird. Die grosse Herausforderung jedes Wärmeverbands ist der Ort, wo die Zentrale gebaut werden kann. Langenthal ist sehr dicht und gut überbaut, sodass es nicht einfach ist, Wärmezentralen zu platzieren. Deshalb wird man versuchen diese beiden Verbände zusammenzufassen. Der WVB Industrie-Nord ist am zweitweitesten fortgeschritten und dort ist man daran, die Projektierung zu erarbeiten und führt dabei auch bereits Kundengespräche. Am drittweitesten fortgeschritten ist der Wärmeverbund SRO-<sup>2</sup>Elzmatte. Das SRO möchte ihre Wärmezentrale neu bauen und überarbeiten und wird in Zuge dessen mit der IBL auch Hand bieten, dass man von dort aus ebenso einen Wärmeverbund aufbauen kann. Über den WBV Zentrum informierte ich bereits. Am wenigsten weit ist zurzeit der WVB Porzi, wozu es zwar erste Gespräche gibt, man sich aber momentan auf die anderen Bereiche konzentriert.

Was hier nun ganz wichtig und Sie auch bereits der Zeitung entnehmen konnten, ist, dass es Quartiere geben wird, in denen es weder finanziell noch ökologisch sinnvoll ist alle Häuser zu erschliessen. Wenn es dabei um eine Strasse mit nur kleinen Einfamilienhäusern geht, die nicht so viel Wärme benötigen, so wird dies kostentechnisch nie aufgehen. Darauf nimmt ja auch der Energierichtplan Rücksicht, sodass für solche Häuser meistens Luft-Wasser-Wärmepumpen vorgesehen sind. Das ist noch ganz wichtig zu wissen, weil einfach die Kosten für das Verlegen der Leitungen in den Boden viel zu hoch sind, sodass sie bei reinen Einfamilienhaus-Quartieren je amortisiert werden können. Das bedeutet eben auch, dass man immer einen grossen Abnehmer benötigt, damit es funktioniert und auch alles anschliesst, was man auch noch unterwegs erwischt. Dies wären die Ausführungen zu den Wärmeverbänden.

Daneben habe ich eine zweite Mitteilung, die ich hier ebenso gleich anhängen. Ich musste zuvor ein bisschen schmunzeln, weil Martin Lerch die Kommunikation über die Energiesparmassnahmen ansprach, die der Gemeinderat beschloss. Die Information dazu war bereits für die letzte Sitzung vorgesehen, aber da der Rat die Sitzung abbrach, wurden eben auch unsere Mitteilungen verschoben. Deshalb darf ich dies heute nun mit einiger Verspätung nachholen. Es ist auch ergänzend zur Interpellation, die Sie ja zur Kenntnis nehmen konnten. Dabei unterstützt der Gemeinderat die Sparziele des Bundes, trat auch der Energieallianz bei und beschloss am 19. Oktober 2022 diverse Sparmassnahmen im Umgang mit der drohenden Energiemangellage. Beispielsweise verzichtet die Stadt auf die Weihnachtsbeleuchtung im öffentlichen Raum und in den städtischen Gebäuden. Weiter werden städtische Gebäude maximal auf 20 Grad, Turnhallen und wenig genutzte Räume auf 17 Grad geheizt. Die beschlossenen Massnahmen wurden der Öffentlichkeit am 21. Oktober 2022 in einer Medienmitteilung kommuniziert, was die Medien leider sehr wenig interessierte, sodass in der BZ nur ein sehr kleiner Artikel zu finden war und wir dies eben auch hier an dieser Stelle mitteilen. Weiterführende Informationen und das detaillierte Massnahmenpapier finden Sie auf der städtischen Webseite unter [www.langenthal.ch/energieversorgung](http://www.langenthal.ch/energieversorgung). Die weitere Entwicklung der Situation ist aktuell nicht absehbar, obwohl von einer



<sup>1</sup> WVB = Wärmeverbund.

<sup>2</sup> SRO = Spital Region Oberaargau.





leichten Entspannung geredet werden kann, man nicht weiss, wie es weitergeht und von einer Entspannung bis zu einer andauernden Mangellage alles möglich ist. Es ist in diesem Bereich momentan viel möglich. Die erarbeiteten Massnahmen werden fortlaufend überprüft und die Entwicklung entsprechend aktualisiert. Falls weitere Massnahmen nötig werden, wird die Öffentlichkeit zur gegebenen Zeit informiert, natürlich auch wieder per Medien oder hier im Rat. Damit es nicht so weit kommt, sind wir alle gefragt, sodass der Gemeinderat an die Solidarität appelliert, die Aufforderungen des Bundes zum Energiesparen zu befolgen, die Energie massvoll zu nutzen und wo immer möglich den Energieverbrauch einzuschränken. Merci.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Merci vielmals. So folgt als Nächstes Gemeinderat Matthias Wüthrich, der sich zum Schulwesen äussert.

**Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):** Der Gemeinderat beschloss an der Sitzung vom 19. Oktober 2022, das Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 einer Totalrevision zu unterziehen. Dazu setzt er eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Volksschulkommission, der Schulleiterkonferenz und der Verwaltung ein, die einen entsprechenden Entwurf ausarbeiten sollen. Der Zeitplan sieht ganz ohne Gewähr so aus, dass wir nächsten Herbst eine erste Vernehmlassung durchführen lassen möchten. Hier im Rat soll es in Q2 und Q3 2024 zur Diskussion stehen, um es noch vor Abschluss der Legislatur genehmigen zu lassen und auf den 1. Januar 2025 damit starten zu können. Danke für Ihre Kenntnisnahme.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Danke bestens. Nun kommt auch noch Stadtpräsident Reto Müller zum Thema «easyvote» an die Reihe.

**Stadtratspräsident Reto Müller (SP):** Wir hatten einen Vorstoss von alt Stadträtin Carole Howald von der jll und Mitunterzeichnende im August 2018 – momentan seit vergangenem Samstag Vize-Europameisterin im Curling, wozu wir herzlich gratulieren. Aufgrund dessen stellte man allen 18- bis 25-jährigen Bürgerinnen und Bürgern von Langenthal in den letzten drei Jahren im Rahmen eines Pilotversuchs bei eidgenössischen und kantonalen Abstimmungsvorlagen zusätzlich zu den ordentlichen Abstimmungsunterlagen auch die sogenannte easyvote-Broschüre zu. Deren Stimmrechtsausweise waren entsprechend mit einem Symbol markiert, sodass man diese Stimmrechtsausweise im Rahmen der Ausmittlungsarbeiten im Wahl- und Abstimmungsausschuss auch separieren konnte und entsprechend eine Statistik über die Wirkung führte. Bei den Auswertungen konnte man feststellen, dass sich nach der Einführung des Angebots eine kleine Steigerung der Stimmbeteiligung erkennen liess, längerfristig aber Rückgänge sichtbar wurden. Damit liess sich statistisch erkennen, dass nicht nachweisbar ist, dass es wirklich zu einer Steigerung der Stimmbeteiligung bei den Jungen führt, wenn man diese Broschüre beilegt. Der Gemeinderat befand letzten Mittwoch darüber, ob das Zustellen der easyvote-Broschüre definitiv fortgeführt werden sollte. Die Kosten dafür liegen bei Fr. 7'500.00 pro Jahr. Aufgrund der statistisch langfristig nicht wahrnehmbaren Auswirkungen sieht der Gemeinderat von einer Fortführung ab und wird auf diese Ausgabe künftig verzichten. Merci vielmals für die Kenntnisnahme.

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Besten Dank auch für die Information. Wenn ich es richtig verstand, wird Gemeinderat Michael Schär noch die Folien zu seinen Ausführungen der Stadtratssekretärin zukommen lassen, die sie dann an alle Stadratsmitglieder weiterleiten kann.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung vom Montag, 28. November 2022

---

## In eigener Sache

**Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP):** Wir kommen zu unserem letzten Traktandum des heutigen Abends und somit zu den parlamentarischen Vorstössen. Dazu höre ich, dass nichts eingereicht wurde und wenn jetzt noch nichts vorliegt, ist es nun dafür zu spät.

So danke ich Ihnen herzlich für Ihr reges Mitmachen und für Ihre Kreativität, aber gleichzeitig auch für Ihre Disziplin heute Abend. Nun haben Sie ja noch die Gelegenheit etwas zu sich zu nehmen und mich interessiert es ja nicht, was es ist und ob Sie etwas rauchen oder trinken gehen. Auf alle Fälle ist aber nach dem Stadtrat vor dem Stadtrat. Die nächste und somit letzte Sitzung in diesem Jahr findet am Montag, 19. Dezember 2022 wieder hier in der Alten Mühle statt. Denken Sie dabei daran, dass die Sitzung bereits um 16.30 Uhr beginnt. Wir werden dabei noch ein, zwei inhaltlich materielle Geschäfte abarbeiten und dann noch das Übliche dem Jahresende entsprechend. Der Aktenversand für diese Sitzung erfolgt nun bereits morgen Dienstag. So sind wir nun am Schluss angelangt und ich wünsche allen noch einen schönen Restabend und bis zur nächsten Sitzung eine gute Zeit. Die Sitzung ist damit geschlossen.